

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang Günter Lerch

Die Türkei als regionale „Großmacht“

Uwe Halbach

Islam und Nationalstaat in Zentralasien

Friedemann Müller

Ökonomie und Ökologie in Zentralasien

Abidin Bozdağ

Zentralasien zwischen Nationalbewegung
und Autokratie

Rainer Freitag-Wirminghaus

Krisenherd Aserbaidschan:
Der Krieg um Berg Karabach

B 38–39/93

17. September 1993

Wolfgang Günter Lerch, geb. 1946; seit 1978 Mitglied der politischen Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und zuständig für die Entwicklungen in der islamischen Welt.

Veröffentlichungen zur Türkei, zum Islam und dem Nahen und Mittleren Osten.

Uwe Halbach, Dr. phil., geb. 1949; seit 1986 Mitarbeiter des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen zur Nationalitätenfrage in der Sowjetunion, zur neuen Staatenwelt in Eurasien und speziell zum ehemals sowjetischen Zentralasien.

Friedemann Müller, Dr. rer. pol., geb. 1943; seit 1973 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Rußlands Energiepolitik: Herausforderung für Europa, Baden-Baden 1992; Polluted Potential: Ecology and the Economy in Central Asia, in: Harvard International Review, XV (1993) 3; Ökologie und die Wandlung weltwirtschaftlicher Strukturen, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), Weltordnung und Chaos, Baden-Baden 1993.

Abidin Bozdağ, Dipl.-Soz., geb. 1946; Studium der Soziologie, Politik, Sozialpsychologie und Philosophie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt; seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut, Hamburg.

Veröffentlichungen zu zentralasiatischen Republiken der ehemaligen UdSSR, insbesondere Kirgisien, Usbekistan, Turkmenien, Tatarstan und zu Fragen des Islams.

Rainer Freitag-Wirminghaus, Dr. phil., geb. 1948; Studium der Islamwissenschaft und Turkologie in Hamburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut, Hamburg.

Veröffentlichungen zur politischen Situation in der Türkei, im Transkaukasus und in Zentralasien.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Türkei als regionale „Großmacht“

Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung

I. Einleitung

Als im Jahre 1991 die Sowjetunion nach mehr als sieben Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft zusammenbrach, glaubten viele im Westen, auch die Türkei habe ihre bis dahin wichtige strategische Bedeutung als Wächter an der Südostflanke der Nato und als traditioneller „Hüter der Meerengen“ verloren; zwar brauche man das Land nach wie vor als Mittler zwischen Orient und Okzident, aber diese Aufgabe habe die Türkei ohnehin schon immer wahrgenommen, so daß sich ein weiteres Interesse an ihrer künftigen Entwicklung in Grenzen halte. Doch wer so dachte, wurde rasch eines Besseren belehrt: Mit dem Fall der Sowjetunion stürzte nicht nur das vorläufig letzte Großreich der Weltgeschichte ein, sondern zahlreiche Völker wurden praktisch über Nacht unabhängig. Es dauerte eine Weile, bis man im Westen realisierte, daß die fünfzig Millionen Nicht-Russen im Kaukasus, in Transkaspien und Mittelasien zu neunzig Prozent Türken und Muslime und darüber hinaus turksprachig sind.

Die Türkei ist mit dem Beginn der neunziger Jahre, im übertragenen Sinne, fünf Millionen Quadratkilometer größer geworden. Darin besteht ihre neue, wichtigere Rolle für die internationale Politik. Der Westen, vor allem die Amerikaner wollen, daß Ankara engen Kontakt zu den türkischen Brudervölkern im Kaukasus und in Zentralasien herstellt, diesen Völkern bei der ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung hilft und darüber hinaus auch für politische Stabilität in einer Region sorgt, die aus einem langen historischen Schlaf erwacht und in eine möglicherweise turbulente Epoche ihrer Geschichte eintritt. Als besonders wichtig gilt auch die immer wieder zu hörende Vorstellung, die kemalistisch, das heißt säkularistisch und laizistisch geprägte Republik Türkei müsse zum Modell werden, nach dem die übrigen Länder Mittelasiens ihr neu zu ordnendes Verhältnis zur Religion, dem Islam, gestalten sollten. Die unabhängig gewordenen Turkvölker der früheren Sowjetunion sind allesamt Muslime,

wobei die Sunniten gegenüber den Schiiten eine überwältigende Mehrheit bilden. Schon heute ist deutlich sichtbar, daß die Türkei mit Saudi-Arabien, vor allem jedoch mit der Islamischen Republik Iran in Mittelasien wetteifern muß. Iran, das in der Vergangenheit die Geschichte und Kultur Mittelasiens tief beeinflußt hat, möchte seine Form des stark politisierten, des „fundamentalistischen“ Islams in der Region verbreiten. Es macht aus diesem Ziel keinen Hehl und verbindet wirtschaftliche Hilfe mit religiöser und politischer Propaganda.

Sowohl der Westen als auch die Türkei mußten sich auf die neue Situation erst einstellen, ein Prozeß, der längst nicht abgeschlossen ist. Es ist auch ein Lernprozeß, denn um die vielen Völkerschaften des einstigen Sowjetreiches hatte man sich vor dem Zerfall der Sowjetunion kaum gekümmert. Dabei entdeckten manche politische Beobachter überrascht, daß die türkische Welt, die sich vom Balkan bis nach China hinzieht, einen wahrhaften Kosmos darstellt, der weitgehend unbekannt geblieben ist. Nur einige wenige Spezialisten hatten sich mit den dortigen Verhältnissen befaßt. Dies gilt sogar für die Türkei selbst. Zwar beschworen türkische Politiker immer wieder die brüderlichen Bande, die zwischen den Türken der Türkischen Republik, Mittelasiens und des Kaukasus bestehen; zwar besuchten auch Ministerpräsidenten wie Süleyman Demirel in den sechziger Jahren gelegentlich die eine oder andere der asiatischen Sowjetrepubliken, aber die Bindung blieb doch relativ lose, das Wissen um die türkischen Brüder gering.

Diese relative Abstinenz hat eine Vorgeschichte. Länger als drei Jahrhunderte waren das Osmanische Reich und das zaristische Rußland Erzfeinde gewesen. Zahlreiche Kriege, deren Verlierer in der Zeit des Verfalls zunehmend der Sultan in Istanbul/Konstantinopel gewesen war, hatten das Verhältnis zwischen den beiden Staaten schwer belastet. Als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges das universalistische islamische Reich der Türken zusammenbrach und Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938) aus seiner Konkursmasse einen modernen türkischen Nationalstaat schuf, setzte er sich bewußt mit dem früheren Angstgegner der

Osmanen ins Benehmen. Er normalisierte das Verhältnis zu dem mächtigen russischen Nachbarn und setzte sich sogar erfolgreich für freundschaftliche Beziehungen ein. Zwar lehnte er die kommunistische Ideologie ab; aber er anerkannte, daß die Russen wie die Türken dabei waren, ein gesellschaftliches Experiment zu wagen, einen gänzlichen Neuanfang. Hinzu kam, daß er auf jede Form des Pantürkismus verzichtete. Auch mit dieser Haltung setzte er sich von den anderen Jungtürken ab, die in den letzten zwei Jahrzehnten des Osmanischen Reiches starke pantürkische Ambitionen gehabt hatten. Enver Pascha zum Beispiel, der Heeresminister und Befehlshaber der Osmanen im Ersten Weltkrieg, war noch 1922 bei Buchara im Kampfe gefallen, als er dort den militärischen Widerstand der Bevölkerung gegen die Russen organisierte. Dieser Widerstand der Muslim-Völker ist unter dem wenig glücklichen Namen „Basmatschen-Aufstand“ in die Geschichte eingegangen. Mustafa Kemal wollte keine pantürkischen Abenteuer, schon gar nicht militärische. „Yurtta sulh, cihanda sulh – Frieden zu Hause, Frieden in der Welt!“ wurde eine seiner wichtigsten Maximen. Sie gilt auch noch heute.

Die Frage nach einer Neuorientierung des türkischen Geschichtsverständnisses und damit der Politik hat jedoch parallel zum Zerfall des Sowjetreiches noch eine andere Komponente erhalten. Die noch immer andauernde Balkan-Krise – es ist die dritte in unserem Jahrhundert – hat deutlich gemacht, daß sich die Türkei in irgendeiner Form wieder stärker mit ihrer osmanischen Geschichte identifizieren muß. Man sollte nicht voreilig von einer „Neuaufgabe“ des Osmanischen Reiches in modernem Gewande reden; doch richtig ist, daß die Kämpfe in und um Bosnien gezeigt haben, wie stark das osmanisch-türkische Erbe in diesen Gebieten siebenzig Jahre nach dem Ende der Osmanenherrschaft noch immer ist. Dies könnte noch deutlicher werden, wenn die Kämpfe von Bosnien auf das Kosovo, auf Albanien und Mazedonien übergreifen sollten. Eine solche Ausweitung der balkanischen Wirren ist ziemlich wahrscheinlich.

Auch der stärkere Rekurs auf das Osmanische Reich, der sich in der Bevölkerung und in Teilen der türkischen Publizistik schon vor Jahren angekündigt hatte, bedeutet einen gewissen Bruch mit der kemalistischen Tradition. Nach dem Willen Atatürks sollte die von ihm neugeschaffene Türkische Republik mit dem Osmanischen Reich nichts mehr gemeinsam haben. Die islamische Universalmonarchie wurde durch die Republik ersetzt; das Kalifat wurde abgeschafft, die Religion von der Politik getrennt. Westliche Reformen, von

der Kleidung über die Sprache und Schrift bis zum politischen und gesellschaftlichen Leben, sollten die Türkei zu einem westlich-zeitgenössischen Nationalstaat machen. Dahinter stand eine philosophische und politische Vision, die von einer gänzlichen Abkehr von allem Osmanischen getragen war. Das Osmanische wurde abgewertet, das Türkische aufgewertet. Die sechs Jahrhunderte währende Epoche des Osmanischen Reiches, in der die Türken im Zeichen des Islams Weltgeltung erlangt hatten, wurde zu einer beliebigen, wenn auch nicht unwichtigen Epoche innerhalb einer umfassenderen türkischen Gesamtgeschichte degradiert. Bei der Schaffung dieser Ideologie, die der neuen Republik zugrunde lag, bediente sich Atatürk unter anderem der Werke Ziya Gökalps (1876–1924), der eine nationale Wende gepredigt hatte, die man am besten mit den Schlagworten „Türkisierung und Verwestlichung“ zusammenfassen kann. Die Türkei sollte ihre eigene, urtürkische Kultur entwickeln, sich aber ganz in die westliche Zivilisation einfügen, das heißt in die einzige Form von Zivilisation, die es überhaupt gab.

Ob diese historische Wende angesichts der heutigen Verhältnisse ganz geglückt ist, ist schwer zu sagen; bedenkenswert bleibt, daß sich in unseren Tagen infolge weltgeschichtlicher Umwälzungen Themen und Strukturen wieder zu Wort melden, die man historisch für überholt hielt. Die Geschichte ist, entgegen den Behauptungen der Ideologen, wohl offen, aber anscheinend nicht unbegrenzt manipulierbar; sie rächt sich an ihren ideologischen Vergewaltigern.

Doch nun zurück zu den konkreten Entwicklungen in Mittelasien und im Kaukasus. Es sind zunächst einmal fünf Staaten, um die sich Ankara dort kümmern muß, ob es will oder nicht: Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgystan. Tadschikistan gehört nicht zu diesen Ländern, da die Tadschiken zwar Muslime sind, aber der ostiranischen Kultur angehören. Ihre Affinität zu den Persern und der Republik Iran ist größer als zu den Türken. Alle diese Länder sind seit etwa zwei Jahren unabhängig, wobei es in Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgystan vorläufig gelungen ist, ohne größere Turbulenzen und Irritationen einen eigenen Weg zu gehen. In Tadschikistan hingegen herrscht noch Bürgerkrieg, und in Aserbaidschan wird die Konsolidierung eines Regimes durch Machtkämpfe sowie den Krieg um die Enklave Nagornyj Karabach mit Armenien erschwert. In allen Ländern der Region hat sich gezeigt, daß die anfangs sich abzeichnende Entwicklung zu mehr Demokratie ins Stocken geraten ist.

II. Staaten und Völker – Der Kosmos der Türken

Die beiden ethnisch homogensten Turkrepubliken sind vermutlich Aserbajdschan und Turkmenistan. Extrem unhomogen sind dagegen Usbekistan und Kasachstan, mit etwa hundert verschiedenen Ethnien. In Aserbajdschan, mit der Hauptstadt Baku, leben sieben Millionen Menschen, von denen etwa 75 Prozent dem Aseri-Volk angehören. Die Aseri sprechen eine Turksprache, die den Dialekten im Osten der heutigen Türkei sehr ähnlich ist. Türken und Aserbajdschaner haben kaum Verständigungsschwierigkeiten. Da die Mehrzahl der Aseri dem schiitischen Islam anhängt und Iran bis zum Jahre 1828 über große Teile des Kaukasus herrschte, ist auch der iranische Einfluß auf die Aseri immer groß gewesen, doch überwiegt die Hinwendung zur türkischen Kultur. Nicht nur die geographische Nähe, sondern auch die kulturellen Faktoren haben dazu geführt, daß sich die Regierung in Ankara seit Beginn der neunziger Jahre am entschiedensten um Aserbajdschan gekümmert hat. Baku ist von Istanbul aus mit dem Flugzeug in zweieinhalb Stunden zu erreichen; in Gestalt der Exklave Nachitschewan, die zu Aserbajdschan gehört, grenzen beide Länder sogar auf wenige Kilometer aneinander. Neben der Auseinandersetzung um Nagornyj Karabach ist die Teilung Aserbajdschans das größte politische Problem des Landes, denn die Mehrzahl des Aseri-Volkes lebt seit 1828 jenseits des Grenzflusses Araks im Nordwesten Irans, und zwar im Gebiet um Täbris. Wer die Politik Aserbajdschans zwischen Ankara und Teheran verstehen will, muß diese Teilung berücksichtigen. Ökonomisch hat Baku lange Zeit vom Öl gelebt, eine Einnahmequelle, die mit Hilfe westlicher Technik neu belebt werden soll.

Turkmenistan ist ein vorwiegend von den nomadisierenden Turkmenen geprägtes Land, die 68 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Diese beträgt freilich nur etwa 3,5 Millionen. In der Hauptstadt Aschqabad (früher Aschchabad) macht man keinen Hehl aus der Auffassung, daß man sich von Usbekistan bedroht fühle. Überhaupt wird das politische Bewußtsein der Turkmenen davon beeinflusst, daß sie ein kleines Volk sind, umgeben von mächtigen Nachbarn. Die jetzige politische Führung – es ist die alte, vormals kommunistische unter Präsident Saparmurad Niyazow – unterhält deshalb intensive Kontakte mit Rußland und sieht in Moskau immer noch so etwas wie eine Schutzmacht. Mit der Türkei haben die von Schafzucht und Baumwoll-Monokultur lebenden Turkmenen Kooperationsabkommen ab-

geschlossen, die auch eine Zusammenarbeit auf den Feldern der Erdöl- und Erdgasgewinnung sowie des Transports vorsehen. Das künftige Schicksal Turkmenistans wird mit davon abhängen, ob es gelingt, die Austrocknung des Aral-Sees aufzuhalten oder nicht; sie ist eine Folge der verfehlten Bewässerungstechnik aus der russischen, vor allem jedoch sowjetischen Zeit.

Mit diesem Problem hat auch Usbekistan zu kämpfen, das vom Kreml als wichtigster Erzeuger von Baumwolle ausersehen worden war. Doch im Unterschied zu Turkmenistan hat Usbekistan andere Pfunde, mit denen es wuchern kann: eine Bevölkerung von zwanzig Millionen, von denen die Usbeken alleine 16 Millionen ausmachen. Im Osten des Landes, im Fergana-Becken, wurden Erdölvorräte entdeckt, die ungefähr so groß sein sollen wie diejenigen Kuweits. Manches spricht dafür, daß sich Usbekistan zur führenden Macht in Mittelasien entwickeln könnte. Der gegenwärtige Staatspräsident und frühere kommunistische Parteichef Islam Karimow hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß dies sein Ziel sei. Seine Beziehungen zur Türkei sind gut, doch verhält er sich gegenüber den Nachbarn pragmatisch. Wenn Iran, Pakistan oder China Geld geben, ist es ihm auch recht. Die Usbeken sind ein türkisch-iranisches Mischvolk, auf dessen Staatsgebiet sich mit Buchara und Samarkand die beiden wichtigsten Kulturstädte des islamischen Mittelasiens befinden. Einen islamischen Fundamentalismus allerdings gibt es dort bis jetzt so wenig wie in den übrigen Republiken, Tadschikistan vielleicht ausgenommen.

Wichtigster Konkurrent Usbekistans ist der Nachbar Kasachstan, ein riesiges Land von fast drei Millionen Quadratkilometern, das allerdings nur von 17 Millionen Menschen bewohnt wird. Davon machen die Kasachen nur etwa 6,5 Millionen aus. Sie haben sich im ausgehenden 15. Jahrhundert von den Usbeken abgespalten und bildeten unter Kassim Beg im 16. Jahrhundert ein Steppen-Imperium, das vorübergehend bis an das Gebiet der Tadschiken im Süden reichte. An diese große Tradition wollen sie heute anknüpfen, doch tun sie sich dabei besonders schwer. Schon die Ausdehnung des Landes, vor allem jedoch die ethnische Vielfalt machen die Schaffung eines autochthonen kasachischen Nationalismus zu einem heiklen Unterfangen. Hinzu kommt, daß die Kasachen nur eine Minderheit im eigenen Staat ausmachen. Die Russen hingegen stellen noch mehr als ein Drittel der Bevölkerung; ihr Einfluß ist sehr viel größer und ihre Fähigkeiten sind wichtig für das Land. Kasachstan hat von allen mittelasiatischen Gebieten wohl am meisten unter russischer, später bolschewistischer Entfremdung gelitten. Gleichwohl sorgt schon seine lange Grenze mit Rußland dafür,

daß es zum nördlichen slawischen Nachbarn besondere Beziehungen unterhalten muß. Ein Befürworter dieses besonderen Kurses ist der Präsident Nursultan Nasarbajew, der ökonomisch allerdings auf die Amerikaner und die Japaner setzt. Auch mit Europa will er eng kooperieren, vor allem mit Deutschland, zu dem sein Land schon deshalb gute Beziehungen wünscht, weil etwa eine Million Rußlanddeutsche innerhalb der kasachischen Grenzen leben. Die Regierung in Alma-Ata will die Rußlanddeutschen unter allen Umständen im Lande halten, stellen sie doch einen besonders tüchtigen und zuverlässigen Bevölkerungsteil dar.

Kasachstan ist jedoch noch aus einem anderen Grund ein besonders wichtiger Staat im neu entstehenden Mittelasien: Es beherbergt auf seinem Gebiet Atomwaffen, eine Erblast der früheren Sowjetunion, die dem Land zusätzliches Gewicht verleiht. Zudem liegt das sowjetische Kosmodrom von Leninsk-Baikonur in Kasachstan und steht dort den Staaten der GUS, aber auch westlichen Ländern zur gemeinsamen Nutzung offen. Der politische Umbruch hat die Regierung in Alma-Ata allerdings in so große ökonomische Unsicherheiten gestürzt, daß eine weitere Finanzierung des Kosmodroms schwierig erscheint. Selbst Rußland – es trägt den Löwenanteil der Kosten – kann angesichts seiner schlechten Wirtschaftslage nur einen Teil der Gelder aufwenden, die für den weiteren Erhalt des Kosmodroms notwendig wären. Angesichts der reichen Bodenschätze und der relativ hoch entwickelten Industrie hat Kasachstan für die Zukunft keine schlechten Aussichten, doch hat auch hier die welthistorische Wende zunächst einmal zu einer Verschlechterung der ökonomischen Lage geführt. Groß ist die Gefahr einer Teilung in einen russisch dominierten Norden und einen kasachischen Süden. Eine Wanderungsbewegung gibt es schon.

Sehr schlecht ist auch die ökonomische Lage in Kyrgystan, dem kleinen Staat der Kirgisen zwischen Fergana-Becken und Tien-Schan-Gebirge. Die Kirgisen betrachten sich als Vettern der Kasachen. Noch mehr als Kasachstan und Usbekistan wurde ihr kleines, von nur 4,5 Millionen Menschen bewohntes Land von der Sowjetregierung als Rohstofflieferant ausgebeutet. Die wenige Industrie, früher oft für die sowjetische Rüstung produzierend, kämpft heute um das Überleben. Trotzdem stellt sich das kleine Kyrgystan dem ausländischen Besucher als das reformfreudigste Land Mittelasiens dar. In der Hauptstadt Bischkek (früher: Frunse) agiert der junge Präsident Askar Akajew, ein ehemaliger Physiker, in einer Weise, die Respekt abnötigt. Kyrgystan hat als einziges Land der Region die Rubelzone verlassen und eine eigene Währung, den Som, eingeführt. Dies wird die

Selbständigkeit Kyrgystans weiter fördern, allerdings auch eine gewisse Isolierung von den Nachbarstaaten, besonders von Kasachstan, bewirken.

Stärker als alle anderen Länder muß Kyrgystan auch die politische Unruhe im benachbarten Tadschikistan fürchten. Der Bürgerkrieg dort ist allerdings ohne die Ereignisse in Afghanistan nicht zu verstehen. Sollte Afghanistan nicht zur Ruhe kommen, werden alle mittelasiatischen Turkrepubliken früher oder später davon betroffen sein. Sie alle sind fragile Gebilde, da ihre Grenzen von den Sowjets nach ihrem Gutdünken gezogen wurden. Sie durchschneiden das Siedlungsgebiet der Völker auf äußerst künstliche Weise. Alle Staaten Mittelasiens haben potentielle Grenz- und ethnische Konflikte, die bisher trotz einiger kleiner Vorbeben noch nicht eskaliert sind. Dies könnte sich jedoch ändern, falls ihre ökonomische Situation sich weiter verschlechtern sollte.

Dieser Überblick zeigt, wie umfangreich und mannigfaltig die Probleme sind, die sich der Türkei, dem Westen und den anderen potentiellen Partnern in dieser Region stellen. Doch der türkische Kosmos ist damit noch längst nicht durchschritten. Zu den erwähnten Turkvölkern kommen all jene türkisch sprechenden und muslimischen Völkerschaften hinzu, die nicht unabhängig geworden sind, sondern sich auf dem Gebiete Rußlands, der heutigen Russischen Föderation, befinden. Bei den meisten von ihnen sind zumindest Bestrebungen nach größerer Autonomie festzustellen. Der Kosmos der Türken insgesamt reicht geographisch von der Krim bis nach Ostsibirien. In dem Standardwerk „The Islamic Peoples of The Soviet Union“ von Shirin Akiner werden mehr als hundert türkische oder islamische Völker aufgezählt, wobei nur einige wenige dieser Ethnien nicht dem Islam anhängen, etwa die Jakuten, die Buddhisten oder Schamanisten sind, oder die Tschuwaschen und Gagauzen, die sich zum Christentum bekennen. Die übrigen jedoch sind Muslime mehr oder weniger strenger Provenienz. Zu ihnen zählen: die Krimtataren, die Tataren von Kazan an der Wolga, die Baschkiren, die Karakalpaken, die Kumüken, die Karatschaier und Balkaren, die Kabardiner, die Tschetschenen und Inguschen, die Mescheten, die Tscherkessen, Adyger und Abchasen, um nur die bekanntesten von ihnen zu nennen. All diese Völker erleben heute eine Renaissance ihres kulturellen und politischen Bewußtseins, bei dem eine mehr oder weniger starke Bindung an die Türkei als die einstige Vormacht des Islams zum Tragen kommt. Es wäre allerdings verfehlt, wollte man deshalb schon von einem rabiaten Pantürkismus, gar einer „türkischen Gefahr“ sprechen. Die Türken und Muslime in Rußland wie in Mittelasien müssen erst einmal wieder zu sich selbst finden und

ihren Platz in der Weltpolitik neu definieren. In gewisser Weise sind sie Teil eines historischen Prozesses, der sich dialektisch interpretieren läßt.

III. Nomadenreiche und russischer Imperialismus

Die vergangenen zwei Jahrtausende mittelasiatischer Geschichte bewegen sich zwischen Aggression und Bedrückung. Bis zum Einbruch des „Westens“, der die Völker der Region in Gestalt der russischen Siedler, Eroberer und Kolonialisten traf, war Zentralasien das „Herzland“ jener eurasischen Steppen gewesen, aus denen immer wieder türkisch-mongolische Reiterheere in die Länder Europas und des Vorderen Orients einbrachen. Die türkischen Hunnen gelangten unter Attila bis zu den Katalaunischen Feldern, die mit ihnen verwandten Magyaren bis zum Lechfeld, die Mongolen bis nach Liegnitz. Unter Dschingis Khan und Timur Lenk erreichten die nomadisierenden Steppenvölker Asiens im 13. und 14. Jahrhundert ihre größte Machtentfaltung. Dschingis, dessen Heere schon zum größten Teil aus Türken bestanden, gründete ein Weltreich, das für kurze Zeit die „pax mongolica“ verwirklichte. Seine Nachfolger herrschten über große Teile des islamischen Orients, dessen Religion sie annahmen, über Rußland und über China. Timur, der Samarkand zu seiner Hauptstadt machte, wirkte wie eine Art zweiter Dschingis, so, als wolle er dessen Werk wiederholen. Im Zeichen Timurs sehen denn auch heute viele Völker Mittelasiens ihre jüngste Entwicklung. Dies gilt sogar für das Verhältnis zu den Russen, das für die Völker Mittelasiens schicksalhaft war und es auch bleiben wird. Bis zum Aufstieg des Fürstentums Moskau herrschte die türkisch-mongolische Goldené Horde über die Russen. Dann begann die welthistorisch gegenläufige Entwicklung, Zentralasien geriet in die Defensive.

Zar Iwan IV., der „Schreckliche“, zerschlug im Jahre 1554 das Khanat von Kazan, zwei Jahre später das von Astrachan. Dies bedeutete einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der asiatischen Völker Rußlands. Die bislang als unbesiegbar eingeschätzten „Tataren“ mußten zurückweichen. In der Folgezeit drangen russische Siedler, Händler und Soldaten nach Sibirien vor. Mit Peter dem Großen setzte zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine Welle von Türkenkriegen ein, deren Stoßrichtung nach Süden gerichtet war, auf die Gebiete nördlich des Schwarzen Meeres und gegen das Osmanische Reich. 1783 zerstörte Katharina die Große das Khanat der Krim-Tataren, viele Tataren flohen darauf-

hin in die Türkei. Seinen Höhepunkt erreichte der russische Kolonialismus freilich erst am 19. Jahrhundert. Unter den Generälen Woronzow, Baratsinskij und Paskjewitsch begannen die Russen mit der Unterwerfung der kaukasischen Bergvölker. Die Muslime antworteten mit einem Aufstand, einem „Dschihad“ (heiliger Krieg), der dreißig Jahre dauerte. Er stand unter der Führung des Awaren Schamil und endete erst 1859 mit der Kapitulation der Kaukasier.

Ein zweiter Keil richtete sich nach Südosten. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts drangen russische Heere unter General Kaufmann „auf der Suche nach der sicheren Grenze“, wie Otto Hötzsch es genannt hat, nach Turkestan vor. Diese Eroberungen, die den Zaren in Konflikt mit Großbritannien stürzten, waren in den achtziger Jahren im wesentlichen abgeschlossen. Kaufmann wurde in Taschkent zum Generalgouverneur eingesetzt; Sankt Petersburg beherrschte nun ein muslimisches Gebiet, das bis zur afghanischen Grenze reichte und die früheren Khanate von Kokand, Chiwa und Buchara umfaßte, auch wenn ein Teil der dortigen Herrscher nominell noch an der Macht blieb. Nach der Revolution gelang es den Kommunisten, den Besitzstand des Zaren zu wahren, nun allerdings unter sozialistischen Vorzeichen. Vor allem unter Stalin erlebten die mittelasiatischen Völker ihre schlimmsten Demütigungen. Ihre selbständige Geschichte schien an ein Ende gekommen zu sein.

Mit dem Afghanistan-Krieg (1979–1989) und der Reformpolitik Gorbatschows zeichnete sich ein weiterer Wechsel in der Dialektik der zentralasiatischen Geschichte ab, die schließlich zur Gewinnung der nationalen Unabhängigkeit führte. Durch seine Unterstützung der Mudschahedin in Afghanistan war der Westen, vor allem seine Führungsmacht Amerika, an dieser Entwicklung nicht unbeteiligt. Die Amerikaner unterstützten die Mudschahedin ungeachtet ihrer islamisch-fundamentalistischen Gesinnung, solange es gegen die Sowjetunion ging; nun besteht die Gefahr, daß ein schwer kontrollierbarer Islamismus auf lange Sicht bei jenen türkischen Völkern Fuß faßt, die ihre Stellung im Gefüge der Weltpolitik neu definieren müssen. Nicht zuletzt um dies zu verhindern, blicken die politischen Führer Mittelasiens – neben Moskau – auf die Türkei, von der sie Hilfe und Unterstützung erwarten. Ankara ist für sie die sozusagen natürliche Anlehnungsmacht. Aus der Sicht des Westens ist das türkische Engagement schlicht lebensnotwendig. Die postkommunistische Welt ist krisenanfälliger als die Welt des Kalten Krieges. Wenn es der pro-westlichen, an Reformen orientierten Türkei gelänge, den Kaukasus und Mittelasien zu stabilisieren, wäre der Weltgemeinschaft damit ein großer Dienst erwiesen.

Die entwickelten Industrienationen Europas, dessen östlicher Teil nach der Befreiung vom Kommunismus ebenfalls mit großen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, leben in unmittelbarer Nachbarschaft zur islamischen Welt, die sich in innerer Aufruhr befindet. Dort werden die modernistischen Kräfte von Islamisten herausgefordert, die eine gänzliche Islamisierung des Lebens und der Politik sowie, auf lange Sicht, auch den Export der islamischen Ideologie verlangen. Mittelasien ist gewissermaßen die Nahtstelle, an der sich beide weltgeschichtlichen Entwicklungen begegnen: der Zerfall des Kommunismus und das Erstarken eines politisierten Islams. Viel wäre gewonnen, wenn laizistische, geordnete und stabile Islam-Staaten sich in Mittelasien wie ein Sicherheitsgürtel zwischen die Industriestaaten und den unruhigen Islam legen würden.

IV. Kann die Türkei ihre neue Rolle erfüllen?

Somit befindet sich die Türkei auf dem Wege zur regionalen Vormacht. Sie ist auch bereit, diesen Part in der Weltpolitik zu übernehmen. In den vergangenen zwei Jahren hat sie beträchtliche Aktivitäten entfaltet, vor allem auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Kultur. Folgende Schritte wurden von der Türkei eingeleitet:

1. In der Politik hat sie umgehend intensive Kontakte mit den Führungen der Turkrepubliken aufgenommen. In allen Hauptstädten Mittelasiens sowie in Baku wurden Botschaften eingerichtet und direkte Flugverbindungen geschaffen. Kooperationsabkommen mit den einzelnen Regierungen wurden abgeschlossen. Fast alle wichtigen Politiker Ankaras haben den neuen Staaten inzwischen offizielle Besuche abgestattet, zuletzt der am 17. April 1993 verstorbene Staatspräsident Turgut Özal. Umgekehrt besuchen die Politiker der „neuen Länder“ häufig die türkische Hauptstadt Ankara; besonders intensiv sind die Kontakte mit Aserbaidshan gewesen. Die jüngste Machtverschiebung in Baku hat das Klima allerdings ein wenig beeinträchtigt. Man muß abwarten, wie sich die Entwicklung in den kommenden Monaten gestalten wird.

2. Auf dem Felde der Wirtschaftspolitik hat Ankara bisher zwei Milliarden Mark für die östlichen Brüder aufgewendet, ein gigantischer Betrag, wenn man den Zustand der türkischen Wirtschaft bedenkt. Neben staatlichen Finanzhilfen ist das private Engagement besonders hoch. Nicht nur be-

kannte Unternehmen wie die Sabanci-Gruppe oder die Koç-Holding, sondern auch kleinere Firmen haben in Projekte in Mittelasien investiert, allerdings nicht immer erfolgreich. Der Zusammenbruch der alten ökonomischen Strukturen und Verbindungen führt zu teilweise ähnlichen Schwierigkeiten wie im Falle der deutschen Wiedervereinigung. Die östlichen Brüder ihrerseits honorieren die türkische Hilfe mit Zusagen bei der Energieversorgung. Mit Turkmenistan, um nur dieses Beispiel zu nennen, sind umfangreiche Erdgaslieferungen vereinbart worden.

3. Besonders umfangreiche Hilfe leistet die Türkei auf dem Gebiet der Kultur. Viele Jahrzehnte waren die früher selbstverständlichen Kontakte abgerissen gewesen, so daß sie jetzt erneuert werden müssen. Dies ist um so schwieriger, als sich die Türkische Republik und die Gebiete Mittelasiens in diesem Jahrhundert auch kulturell auseinanderentwickelt haben. Seit dem vorigen Jahr sendet das türkische Fernsehen im Rahmen des „Eurasia-TV“ ein Programm, das bis nach Singkiang in China empfangen werden kann. Sinn und Zweck dieser Sendungen ist es, die Türken Mittelasiens mit dem modernen Türkei-türkischen, aber auch mit den Lebensverhältnissen und mit dem politischen System der kemalistischen Türkei vertraut zu machen. Über die Akzeptanz dieses Programms im Kaukasus und in Mittelasien liegen noch keine systematischen Untersuchungen vor, doch sind die Schwierigkeiten, etwa sprachlicher Art, größer, als viele meinen. Einmal sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Türksprachen stärker, als die Pantürkisten dies wahrhaben wollen; zum andern hat sich das moderne Türkei-türkisch in diesem Jahrhundert so radikal gewandelt, daß es mit dem alten Türkisch-Osmanisch nicht mehr viel zu tun hat, besonders beim Wortschatz. In die Turksprachen des Ostens sind überdies viele russische Wörter eingedrungen, in das Türkei-türkische viele englische und französische.

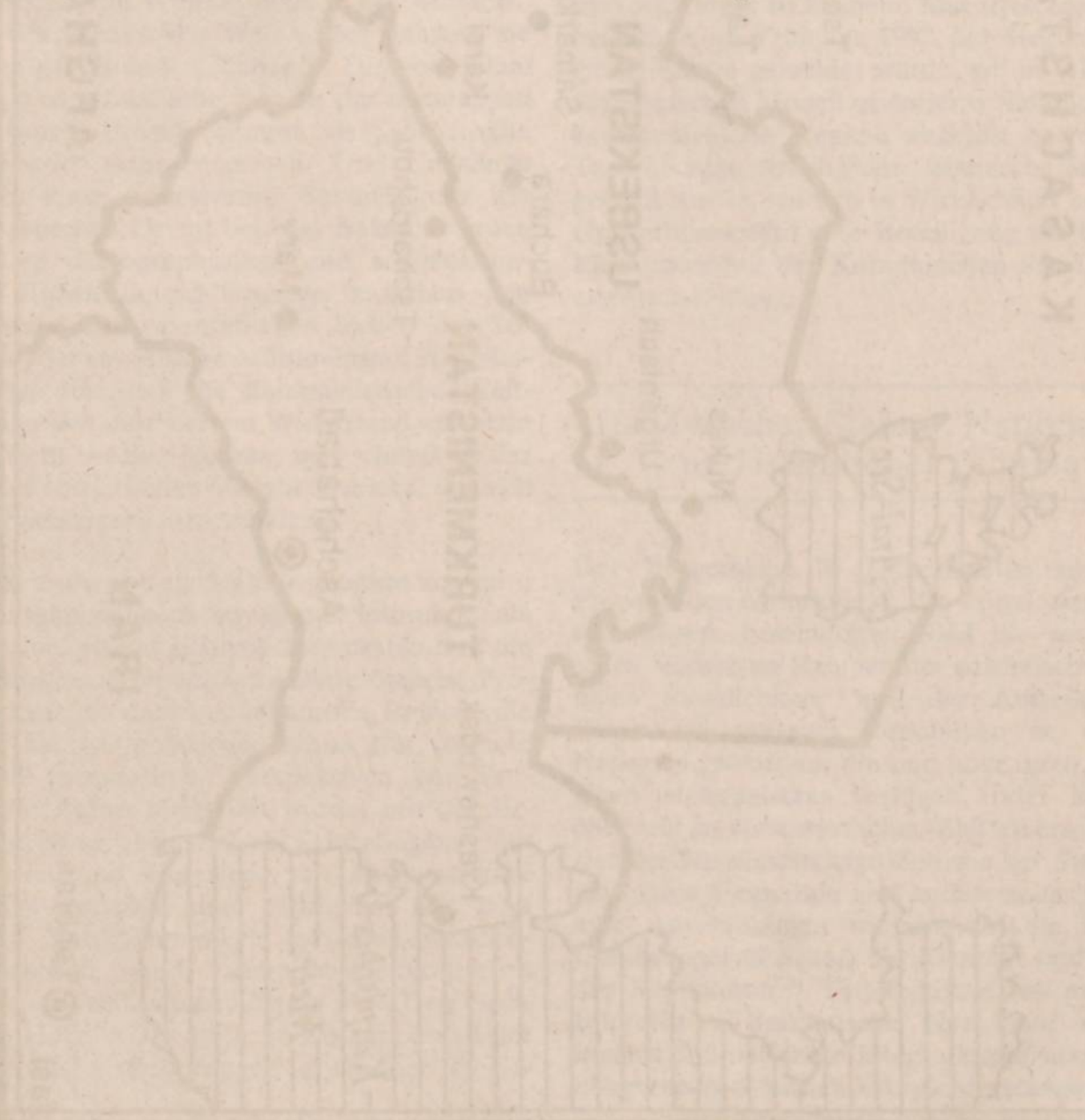
Ein weiteres Problem ist die Umstellung bei der Schrift. Die Türkei will helfen, das Lateinalphabet durchzusetzen. Zu seiner Einführung sind alle Regierungen in Mittelasien prinzipiell entschlossen, doch verläuft die Entwicklung eher langsam. Am größten ist das Tempo in Aserbaidshan. In Kasachstan wird im staatlichen Fernsehen ein Kurs in arabischer Schrift ausgestrahlt. Man schreibt in diesem Kurs das Kasachische mit arabischen Lettern. Auch in Usbekistan ist die Neigung, das arabische Alphabet zumindest zu unterrichten, nicht gering. Dies hat gewiß damit zu tun, daß Buchara und Samarkand immer große Zentren der islamischen Gelehrsamkeit gewesen sind. Ansonsten verwenden alle Turkrepubliken nach wie vor das kyrillische Alphabet; noch für lange Jahre wird das

Russische als gemeinsame Verkehrssprache in der Region dienen, nicht nur, weil man noch Russen im Lande hat, sondern auch, weil die Angehörigen der vormaligen Nomenklatura oft ihre eigene Sprache nicht können; sie wurden sprachlich ganz russifiziert. Sprache und Schrift sind jedoch die wichtigsten Faktoren bei der Stärkung des kulturellen Bandes zwischen den türkischen Völkern.

Umgekehrt müssen die Türken in der Türkei sich verstärkt um die Erforschung der übrigen Turksprachen bemühen. Allgemein kann man die Frage stellen, ob so etwas wie ein türkisches Esperanto geschaffen werden soll, oder ob man die jetzt existierende Ausdifferenzierung beläßt, wie sie ist, und das Türkische zusätzlich unterrichtet. Die Frage ist nicht akademisch, sondern betrifft die kulturelle Substanz aller Völker, die Schriftsteller, Dichter und Wissenschaftler. Ankara hat bereits Tausende von Stipendien an mittelasiatische oder kaukasische Studenten vergeben; es wird freilich Jahre dauern, bis diese Absolventen türkischer

Hochschulen ihre Ausbildung in der Kultur oder im Rechtswesen, in der Politik oder in der Religion fruchtbar machen können.

Sicher ist allerdings, daß die türkische Hilfe auf kulturellem Gebiet am effektivsten sein kann. Ökonomisch stößt die Türkei schon jetzt an Grenzen, die sie nicht übersteigen kann. Sie ist ein Schwellenland, das in der Ära Özal zwar große Fortschritte gemacht hat, aber trotzdem nur über eingeschränkte Mittel zur Hilfe verfügt. Hinzu kommen innenpolitische Schwierigkeiten. Das ungelöste Kurden-Problem belastet das Land politisch wie finanziell über Gebühr. Die Ereignisse auf dem Balkan erfordern die ungeteilte Aufmerksamkeit der Türken, ebenso die Kämpfe zwischen Aserbaidschan und Armenien. Wahrscheinlich sind die Schwierigkeiten zu groß und zu vielfältig für die Regionalmacht Türkei, so daß sie bei der Aufgabe, die Staaten Mittelasiens in ein berechenbares politisches System zu integrieren, auf westliche Hilfe angewiesen ist.





Islam und Nationalstaat in Zentralasien

I. Einleitung

Vor zwölf Jahren erschien ein Überblick über die vom Islam geprägten Völker der Sowjetunion im Westen unter der Überschrift „Die vergessenen Muslime“¹. Damals standen rund 50 Mio. Angehörige von über dreißig Völkern, die der „Welt des Islam“ zugeordnet werden, unter sowjetischer Herrschaft weitgehend außerhalb der islamischen Weltgemeinschaft, die kurz nach der Revolution im Iran die internationale Politik zu beschäftigen begann. Weder in der Orientalistik und Sowjetunionforschung im Westen, noch in der Aufmerksamkeit der islamischen Welt selber nahmen sie den ihnen gebührenden Platz ein. Die vom Islam geprägte zentralasiatische Region der ehemaligen UdSSR wurde fremdbestimmt als „sowjetische Südperipherie“ wahrgenommen. Drei Umstände trugen zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem sowjetischen Orient bei: das Bekanntwerden wachsender demographischer und sozialökonomischer Entwicklungsdifferenzen zwischen den europäischen und orientalischen Teilen der Sowjetunion, der sowjetische Militäreinsatz in Afghanistan, bei dem sich die kommunistische Weltmacht islamisch motiviertem Widerstand aussetzte und ihn nicht brechen konnte, und schließlich der Zerfall des sowjetischen Vielvölkerreichs, der sich Ende der achtziger Jahre anbahnte.

Kaum ein anderer Teil der Sowjetunion zog nach deren Zusammenbruch so abrupt internationale Aufmerksamkeit auf sich wie Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken. Die plötzliche Prominenz einer bis dahin unbekannteren Region, die nun auf die weltpolitische Bühne trat, öffnete Raum für geopolitische Perspektiven und Prognosen, der sofort ausgefüllt wurde: mit der Erweiterung eines „islamischen Krisenbogens“ um Zentralasien und Eurasien, mit einer strikten Alternative zwischen dem türkischen und dem iranischen Entwicklungsweg, zwischen westlich-säkularistischen und islamisch-theokratischen Modellen, mit reißerischen Titeln wie „Den Gottlosen die Hölle“. Der zeitliche Zusammenfall mit schweren Herausforderungen arabischer Regie-

rungen durch islamistische Parteien sorgte dafür, daß die Probleme in Algerien auf Usbekistan projiziert wurden. Insbesondere die Frage, ob sich der Islam in der Region in eine fundamentalistische Richtung entwickelt, beherrschte die westliche Aufmerksamkeit für Zentralasien und drängte andere Probleme in den Hintergrund.

Die Fixierung auf den „islamischen Faktor“ und seine fundamentalistische Variante sowie auf die ideologischen Einflüsse von Drittstaaten wird neuerdings durch das Übergreifen des afghanischen Bürgerkrieges auf ehemals sowjetisches Territorium aktualisiert. Sie hat aber in der Vergangenheit eine Reihe von Falschmeldungen in der Presse hervorgerufen: so als beim Machtwechsel in Aserbaidschan im Frühjahr 1992 der Sieg radikalreligiöser Kräfte gemeldet wurde, wo in Wirklichkeit am türkischen Modell orientierte Nationalisten das kommunistische Regime abgelöst hatten, als in Tadschikistan voreilig der „islamische Staat“ festgestellt wurde, wo sich in Wirklichkeit heterogene Oppositionskräfte eine Beteiligung am bisherigen Machtmonopol der Kommunisten aus Leninabad erstritten hatten.

II. Zwischen Stamm, Nationalstaat und islamischer „Umma“

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan rückte eine Frage in den Mittelpunkt, die Mittelasienspezialisten seit langem beschäftigte: Sind die zentralasiatischen Völker im Rahmen der sowjetischen „nationalen Staatlichkeit“ und der Aufteilung ihrer Region in separate Republiken zu modernen Nationen geworden, die nun über ihren unabhängigen Nationalstaat verfügen, oder bestimmen eher wie in vorsowjetischer Zeit einerseits subnationale Gemeinschaftsgrößen wie der Stamm oder die lokale Gemeinde und andererseits transnationale Ausrichtungen wie die auf die islamische Glaubensgemeinschaft die Identität und Loyalität der Bevölkerung? Tadschikistan hat mit seinem Bürgerkrieg dramatische Nachweise dafür erbracht, daß nationale Integration in seinen Republikgrenzen offensichtlich nicht gelungen ist. Bei der Auseinandersetzung mit der gestellten Frage ist folgendes zu beachten: Identifikation mit kol-

¹ A. Bennigsen, *Les musulmans oubliés. L'Islam en Union Soviétique*, Paris 1981.

lektiven Größen ist flexibel und wechselt die Bezugsebenen, je nachdem in welcher Situation und wem gegenüber sie sich ausweisen soll.

Die Ermittlung von Identität und Loyalität kann nicht dogmatisch erfolgen und Befunde auf einer bestimmten Ebene fixieren. Dies gilt gerade für eine Region, deren Völker keine Erfahrungen aus eigener Entwicklung mit dem modernen Nationalstaat und seinen Identifikationszwängen gemacht haben. Hier ist die Suche nach relevanten Gemeinschaftsgrößen zwischen subnationalen, nationalen und transnationalen Angeboten auch mit den Unabhängigkeitserklärungen ehemaliger Unionsrepubliken noch lange nicht abgeschlossen. Wenn westliche Untersuchungen in der Vergangenheit Identität und Loyalität sowjetischer Muslime zu ermitteln versuchten, machten sich Verzerrungsfaktoren bemerkbar: Erstens ging die Wahrnehmung aus sowjetischen Quellen und weniger aus eigener empirischer Ermittlung hervor, zu der kaum Gelegenheit bestand. Zweitens war die ermittelte Identität meist die der nationalen Kultureliten, die sich in der Literatur und Publizistik artikulierten. Damit mußte das weniger bekannte Bewußtsein der breiteren Bevölkerung keineswegs übereinstimmen. Mit zunehmender Politisierung der Gesellschaft und Liberalisierung der Meinungsäußerungen in der Sowjetunion am Ende der achtziger Jahre entstanden neue Wahrnehmungsmöglichkeiten.

Was kann man nun knapp zwei Jahre nach der Verkündung staatlicher Unabhängigkeit in Zentralasien über dieses Thema aussagen? Belege lassen sich nach wie vor für alle drei Ebenen finden. So bestimmen subnationale Loyalitäten gegenüber Stämmen, Sippen und Regionen auch heute die Zusammensetzung neu-alter Machteliten, die nun anstelle des Kommunismus den unabhängigen Nationalstaat beschwören und sich gleichzeitig für eine transnationale Integration im Rahmen „Turkestans“, der GUS, der islamischen Staatenwelt oder regionaler Kooperationsgemeinschaften aussprechen.

1. Die subnationale Ebene

Traditionelle subnationale Strukturen wurden weder durch sowjetische „Modernisierung“ noch durch die Errichtung neuer Bezugssysteme für nationale Loyalität mit den Unionsrepubliken beseitigt. Sie wurden im Gegenteil vom kommunistischen Herrschaftssystem besonders in der Breschnew-Ära konserviert und instrumentalisiert. Soweit das lokale Partei- und Staatspersonal vom einheimischen, nichtrussischen Element gestellt wurde – und in der genannten Periode wurden lokale Machtorgane wieder verstärkt mit Ein-

heimischen besetzt –, folgte deren Rekrutierung in den meisten nationalen Gebietseinheiten des sowjetischen Orients der Priorität bestimmter Landsmannschaften oder Stammesverbände. Die ersten Parteisekretäre umgaben sich mit Mitgliedern des eigenen Geburtsortes, des eigenen Stammes oder der eigenen Großfamilie, da die traditionellen verwandtschaftlichen und tribalen Beziehungen verlässlicher waren als die Kameradschaft der Partei. So wurden unter der Kruste der sowjetischen und der „nationalen Staatlichkeit“ der Unionsrepubliken segmentäre Gesellschaften und subnationale Kräfte konserviert, die heute die Integration im Rahmen „unabhängig“ gewordener „Nationalstaaten“ gefährden.

Die Situation von heute ist dadurch charakterisiert, daß z. B. in Tadschikistan bislang benachteiligte regionale Gruppen der alten Machtelite aus kommunistischer Zeit unter verschiedenen ideologischen Etiketten, darunter vor allem im Namen des Islam, das Machtmonopol streitig machen. Während man in bezug auf die übrige ehemalige Sowjetunion und auf Osteuropa den neuen Nationalismus als eine Hauptgefahr im interethnischen und zwischenstaatlichen Verkehr auf dem Boden des zerbrochenen Imperiums ausmachte, verdeutlicht das Tadschikistan-Syndrom eher ein entgegengesetztes Konfliktmuster: den Mangel an Nation und die mörderische Konkurrenz subnationaler Kräfte. Freilich kommen in ganz Zentralasien interethnische Konflikte wie die zwischen Tadschiken und Usbeken und interkulturelle zwischen asiatischen und europäischen Bevölkerungsteilen hinzu.

Tadschikistan wirft seine Schatten auch auf andere Staaten und Gesellschaften Zentralasiens, wie z. B. auf Kirgisien. „Dieses Land mit seinen kolossalen landschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontrasten stellt ein Mosaik sehr unterschiedlicher Welten und Gesellschaften dar, die in Widerspruch und Konkurrenz geraten.“² Neben *interethnischen Gegensätzen*³ bestehen innerhalb der kirgisischen „Nation“ sozialökonomische und kulturelle Trennlinien sowie eine starke regionale Differenzierung zwischen dem Norden und dem Süden mit den hauptstädtischen Antipoden Bischkek und Osch. Der regional unterschiedliche Verlauf der Kolonisierung durch Rußland, unterschiedliche politische Organisationsformen vor der Kolonisierung (Stammesgewalten im Norden,

2 V. Streleckij, *Grozit li Kirgissii raskol?*, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 5. 3. 1993, S. 5.

3 Im Sommer 1990 kam es zu einer der heftigsten Kollisionen zwischen Volksgruppen in der damaligen Sowjetunion: zwischen Kirgisen und Usbeken in der Provinz Osch im Ferganatal. Vgl. A. Bozdağ, *Konfliktregion Kirgisien*, in: *Orient*, (1991) 3, S. 365–393.

Hoheit des Chanats von Kokand im Süden) und eine regional differenzierte Geschichte der Islamisierung sind historische Faktoren, die diesen Gegensatz ausformten. Eine ausgeprägte tribale Differenzierung teilt die Kirgisen in einen „rechten Flügel“ (Kirgisen im Tal des Tschu, im Ferganatal, am Issyk-Kul) und einen „linken Flügel“ (Tal des Talas) und in Stämme, die das Grenzgebiet zu Tadschikistan besiedeln oder die jenseits der Grenze im Pamirgebiet leben. Das relativ kleine Kirgisien demonstriert somit die Heterogenität, die Zentralasien insgesamt charakterisiert und die der verbreiteten Vorstellung von einem monolithischen Turkestan oder Islamistan widerspricht. Die kulturelle Differenzierung wird von ungleicher sozialökonomischer Entwicklung der Regionen verschärft. Ein russischer Autor führte diese Faktoren der Differenzierung in einem Artikel unter der Überschrift „Droht Kirgisien der Zerfall?“ an, gelangte jedoch zu dem Schluß, daß sich über dem stark ausgeprägten Regionalismus und Lokalismus in sowjetischer Zeit ein modernes kirgisches Nationalbewußtsein gebildet habe, das sich heute dem unabhängigen Staat Kyrgystan zuwendet, und daß von lokalen Politikern geschürte separatistische Bestrebungen bislang keinen Massenanhang gefunden haben⁴.

2. Die nationale und nationalstaatliche Ebene

Der Zerfall der Sowjetunion stärkte keine Identifikationsebene so sehr wie die der „nationalen Staatlichkeit“. Dafür sorgte von der Ostsee bis zum Issyk-Kul eine Serie von Souveränitätserklärungen durch Republikparlamente. Die zentralasiatischen Unionsrepubliken standen in diesem Prozeß zwar nicht an vorderster Front, und die Sowjetunion zerbrach gewiß nicht an ihrer Souveränitätsbehauptung, aber sie fügten sich insbesondere nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 in ihn ein. Aus dem Zerfall der multinationalen Sowjetunion mit ihren pseudoföderativen Strukturen in Gestalt nationaler Gebietseinheiten kristallisierte sich eine beispiellose Konjunktur des nationalstaatlichen Prinzips heraus, auch und gerade in Regionen, in denen die Einteilung von Bevölkerung in „Nationen“ fremdbestimmt vorgenommen worden war und umstrittene Grenzen und Konflikte hinterlassen hatte. Zentralasien ist ein Beispiel für fremdbestimmte und teilweise künstliche „nationale Abgrenzung“. Die unabhängig gewordenen Staaten beruhen heute auf labilen ethno-territorialen Grundlagen.

1991 wurden 36 Streitfälle über nationale Zugehörigkeit bestimmter Gebietsteile in bezug auf

Kasachstan und Mittelasien erfaßt⁵. Sie werden bisher von den Regierungen unter Kontrolle gehalten. Die Präsidenten der fünf Republiken betonten die Unantastbarkeit bestehender Grenzen, aber der Nachdruck, mit dem entsprechende Erklärungen abgegeben wurden, verrät einiges von dem Konfliktpotential, um das es hier geht. Einerseits gefährden entsprechende Streitfälle die Stabilität unabhängig gewordener Staaten, andererseits wirken sie aber auch als ein Faktor nationaler Solidarisierung und nationalstaatlicher Bewußtseinsbildung. Für den Herausforderer wird die territoriale Revisionsbestrebung zum Bezugspunkt für Identifikation, für den Herausgeforderten deren Abwehr. Territoriale Integrität wird dann zum nationalen Heiligtum wie in Aserbaidschan und Georgien oder in Kasachstan angesichts russischer Anspielungen auf die Bevölkerungsstruktur im Norden der Republik und daraus abgeleiteter territorialer Revisionsansprüche.

Problematisch ist die historiographische und kulturelle Untermauerung des „unabhängigen Nationalstaates“. Auf der Suche nach modernen „Nationalhelden“ läßt sich kein usbekischer oder turkmenischer Sukarno, Kenyatta oder Gandhi finden, mit dem sich eine Tradition des Unabhängigkeitskampfes für die Identität postkolonialer Staaten begründen ließe. So greifen Usbeken bei dieser Suche tief in die Vergangenheit zurück, auf Herrscherfiguren wie Timur Lenk oder Babur, die aber gerade keine *nationalen*, sondern *dynastische* Zusammenhänge repräsentieren. Gleiches gilt für die Inanspruchnahme kultureller Heroen. Wem gehört mittelasiatische, turkopersische und ostislammische Kultur in einer Epoche, in der nationalstaatliche Zuordnungen dominieren, die dieser Kultur zuwiderlaufen? Bei der „Vernationalstaatlichung“ von Dichtern und Denkern, Theologen und Wissenschaftlern der kulturellen Glanzzeiten Mittelasiens tritt insbesondere Usbekistan hervor und verstärkt den Argwohn seiner Nachbarn⁶. Dabei ist die ethnonationale Besetzung der Vergangenheit in sowjetischer Zeit vorgeformt worden. In Usbekistan konnte sich ein auf die Unionsrepublik bezogener, aber „Turkestan“ beanspruchender Nationalismus schon seit den sechziger Jahren gegen sowjetische Internationalismuskonventionen entfalten⁷. Was damals von der kommunistischen Partei noch als „Glorifizierung der Vergangenheit“ und

5 Vgl. V. A. Kolosov, Ethno-territorial conflicts and boundaries in the former Soviet Union. International Boundaries Research Unit, Territory Briefing 2, Durham 1992, S. 4.

6 Vgl. S. Nettleton, Uzbek Independence and Educational Change, in: Central Asian Monitor, (1992) 3, S. 19f.; ders., Heroes old and new, in: Far Eastern Economic Review vom 26. 11. 1992, S. 39–41.

7 Vgl. J. Critchlow, Nationalism in Uzbekistan, Boulder – San Francisco – Oxford 1991.

4 Vgl. V. Streleckij (Anm. 2).

„Verherrlichung von Feudalherren“ moniert wurde, ist heute Ausdruck neugewonnener historiographischer Freiheit.

3. Die transnationale Ebene

Mit jedem Schritt in vorsowjetische Vergangenheit bewegt sich nationale Historiographie in Mittelasien aber in einem transnationalen Raum. Und bei der kulturellen „Wiedergeburt“ wird Transnationales, Völkerverbindendes auch bewußt angesprochen, so etwa bei der Rückbesinnung auf das Kommunikationssystem der Seidenstraße, eine historische Reminiszenz, die heute sogar einem modernen transasiatischen Verkehrssystem zugrunde gelegt werden soll. Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken mit turksprachigen Titulnationen bastelten seit 1990 an wirtschaftlichen und politischen Kooperationsprojekten auf der Basis eines vermeintlichen historischen „Turkestan“ oder integrierten sich in einen weiteren türkischen Zusammenhang mit der Türkei als Partner. In Tadschikistan zielt eine über die Republikgrenzen hinausgehende Orientierung in den nichttürkischen Teil Westasiens, nach Iran, Afghanistan und Pakistan und setzt der türkischen Integration das persische Erbe Zentralasiens entgegen⁸. Ein Kooperationsprojekt wie die wiederbelebte ECO (Economic Cooperation Organization) versucht sogar, diese widersprüchlichen Ausrichtungen in einer Art westasiatischer EG mit der Türkei, Iran, Pakistan, Aserbaidschan und den zentralasiatischen Staaten zu integrieren. Insgesamt wirken solche transnationalen Integrationsaktivitäten wie der zweite Schritt vor dem noch nicht oder unvollständig vollzogenen ersten, der nationalen Integration.

III. Islam und nationale Identität

Mit der gerade behandelten Frage korrespondiert eine andere, die eine amerikanische Autorin als „an axiom in the study of the peoples in Soviet Central Asia“⁹ bezeichnete: die Korrelation religiöser und ethnischer Identität, die Beziehung zwischen Islam und Nation. In der sowjetischen und

8 Vgl. B. G. Fagner, Die „Wiederentdeckung“ des Persischen in Mittelasien, in: U. Tworuschka u. a. (Hrsg.), Gottes ist der Orient. Gottes ist der Okzident. Festschrift für Abdoldjavad Falaturi, Kölner Veröffentlichungen für Religionsgeschichte, Bd. 21, Köln u. a. 1991, S. 249–262.

9 M. Atkin, Religious, national, and other identities in Central Asia, in: J.-A. Gross (Ed.), Muslims in Central Asia, Durham – London 1992, S. 46–72.

westlichen Literatur über Zentralasien wurde seit langem festgestellt, daß der Islam in der Sowjetunion als „nationale Tradition“ wider die sowjetischen Gegenbemühungen tradiert und bewahrt wurde. Doch wie bei dem oben dargelegten Zusammenhang wird deutlich, daß er Identität und Loyalität der Bevölkerung sowohl auf der lokalen als auch auf der nationalen (nationalstaatlichen) und der transnationalen Ebene im Blick hat. Die Frage bleibt offen, welche die entscheidende ist.

Sehr deutlich tritt die lokale Bedeutung islamischer Institutionen hervor. „Die Art und Weise, in der Mullahs und gewöhnliche Gläubige ihre Unterweisung im Islam erlangen, fördert die lokale Orientierung.“¹⁰ Die „Wiedergeburt“ des Islam vollzog sich in den letzten Jahren besonders auf der Ebene traditioneller Institutionen wie der Stadtviertel- und Nachbarschaftsgemeinschaft, der *mahalla*, die einen lokalen Wirkungskreis haben. In sowjetischer Zeit verbanden sich Aktivitäten, Personen und Institutionen des „nichtoffiziellen Islams“ mit bestimmten Orten, Familien und Sippen, teilweise gefördert durch Familienerblichkeit innerhalb traditioneller geistlicher Stände, die auch in sowjetischer Zeit weiterbestanden¹¹. Die subnationale Differenzierung wurde nicht zuletzt durch die bereits erwähnte regional ungleiche Islamisierung in Zentralasien hervorgehoben. Nehmen wir als Beispiel Kasachstan: Hier wurden die südlichen Regionen Ksyl-Orda, Dschambul, Tschimkent u. a. Jahrhunderte früher und strenger in das „Haus des Islam“ eingebunden als die nördlichen Steppenregionen, in die der Islam erst seit dem 14. Jahrhundert vordrang und die nicht vor dem 18. Jahrhundert in ihm halbwegs verwurzelt waren. Vom Nord-Süd-Gegensatz in Kirgisien war bereits die Rede. Auch hier spielt bei der regionalen Differenzierung der Islam und die unterschiedliche Ausprägung von Religiosität – hier ein nomadischer islamisch-animistischer Synkretismus, dort ein Zentrum islamischen Traditionalismus in der Südprovinz Osch – eine wesentliche Rolle.

Heute wird der Islam freilich als Instrument nationaler Integration im Rahmen „unabhängiger Nationalstaaten“ benutzt. So besetzte er in Kirgisien, einem Land, das weit davon entfernt ist, ein „islamischer Staat“ zu sein, einen exponierten Platz in der Verfassungsdiskussion. Die Frage, ob der Hinweis auf den Islam in die Präambel des Grundgesetzes gehört, war dort Thema heftiger Auseinan-

10 Ebd.

11 Vgl. W. Buschkow, Tadschikistan vor dem Bürgerkrieg. Eine traditionelle Gesellschaft in der Krise, Bericht des BIOst, (1993) 26.

dersetzungen. Sie wurde negativ entschieden. Doch selbst der usbekische Präsident Karimow, der sein jegliche Opposition unterdrückendes Präsidialregime heute als ein Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus darstellt, bediente sich bei der Umstellung der ideologischen Grundlage seiner Herrschaft von der kommunistischen Ideologie auf die des Nationalstaates islamischer Symbole.

Doch seiner eigentlichen Bestimmung nach ist der Islam *transnational* ausgerichtet. Diese Ausrichtung stellte die erste in der Sowjetunion 1990 gegründete Partei auf der Basis des Islam, die „Islamische Partei der Wiedergeburt“ (IPW), deutlich heraus. Sie appellierte an alle Muslime in der Sowjetunion ohne Berücksichtigung der Nationalität, wobei aber auf der Gründungskonferenz Vertreter bestimmter Nationalitäten wie Tadschiken und Angehörige nordkaukasischer Völker dominierten. Diese Partei legte sich eine straffe Organisationsstruktur zu, von Basiseinheiten über regionale Strukturen bis hinauf zu zentralen Organen wie dem Parteitag, dem Gelehrtenrat (Rat der *Ulema*), einem Koordinationskomitee und Parteisekretären. Während solche Organisationsstränge an den Aufbau der KPdSU erinnern, bediente sich die IPW gleichzeitig traditioneller Institutionen und Kommunikationsformen. So hielten ihre Mitglieder auf lokaler Ebene Versammlungen ab, die der Einrichtung der mittelasiatischen und insbesondere in Tadschikistan verbreiteten „Männervereine“ entsprachen. Die Partei war bemüht, sich ihren Mitgliedern als Familie zu präsentieren und widmete der Parteimitgliedschaft und ihren Anforderungen, dem Feindcharakter der gesellschaftlichen Umwelt und gegenseitigen Schutz- und Trutzbeziehungen breiten Raum¹². Ihre ideologischen Postulate gingen weit über die religiöse und kulturelle Sphäre hinaus und verdeutlichten die Untrennbarkeit von Religion, Gesellschaft und Politik im Islam.

Der erste Sekretär oder *amir* der IPW, der Dagestaner Achtajew, definierte die Erlangung einer transnationalen islamischen Republik auf verfassungsmäßigem Wege als das politische Fernziel der Partei. Ein radikaler Flügel polemisierte scharf gegen die säkularistische Ordnung, die bestehenden politischen Systeme im nachsowjetischen Orient und gegen das „gottlose Modell der Türkei“ und forderte die Einführung der „islamischen Ordnung“ in allen Lebensbereichen, während ein gemäßiger Flügel die „religiöse Aufklärung“ in den Vordergrund stellte und sich von der Fixierung auf

den „islamischen Staat“ distanzierte. Auch die Anhänger des „islamischen Staates“ sprachen sich für seine gewaltlose Einführung aus. Der Iran gilt ihnen zwar als Modell, aber selbst die radikalen Kräfte in der IPW betonen, daß die revolutionären Erfahrungen im Iran nicht auf die ehemals sowjetischen Muslime übertragbar seien.

„Fundamentalistische“ Züge lassen sich in den Aussagen des Parteiprogramms der IPW und in Artikeln ihrer Zeitschrift „Al Wahdat“ (Einheit) finden. So polemisierten einige Autoren aus ihrem Umfeld gegen die „kommunistischen Mullahs“, d.h. die durch Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden kompromittierte offizielle *Ulema*, und gegen die nachsowjetischen Machteliten in Zentralasien, die allesamt eine „heidnische Ordnung“ bewahrten. Die IPW polemisiert gegen politische Parteien, in denen der Islam mit westlicher Demokratie vermischt oder in den Dienst des Nationalstaates gestellt wird, gegen jegliche „Hybridisierung des Islam“, d.h. gegen islamisch-sozialistische, islamisch-demokratische oder islamisch-nationalstaatliche Synthesen.

Vor allem das Bild westlicher Kultur im Schrifttum der IPW erscheint in einem fundamentalistischen Sinne feindbildhaft, zugleich aber auch „importiert“. Es wurde in einigen Artikeln entfaltet, die in Auszügen oder ganz aus arabischen Quellen übernommen wurden. So erschien in der zweiten Ausgabe von „Al-Wahdat“ der Artikel einer palästinensischen Autorin, in dem diese einen Überblick über antiislamische Aggressionen des Westens von den Kreuzzügen bis zur Gründung Israels gibt. Die zentrale Botschaft lautet: Die Muslime müssen um des Überlebens der eigenen Kultur willen den Wesensgehalt westlicher Zivilisation begreifen, und der bestehe in Atheismus und Materialismus. Auch andere Artikel dieser Art, wiederum teilweise Übersetzungen arabischer Vorlagen ins Russische, ziehen gegen die anthropozentrische Zivilisation des Westens und ihre politische Manifestation, die westliche Demokratie, zu Felde und setzen ihr den Islam entgegen, in dem allein Gott die Quelle der Souveränität und der Gesetzgebung ist. Und dabei ergibt sich eine interessante Verbindung: Einige der antiwestlichen Artikel im Schrifttum der IPW wurden in der Zeitschrift „Den“, dem Sprachrohr der großrussischen Rechten, nachgedruckt. In ihnen wird dargelegt, daß Rußland der Offenbarungskultur des Islam näher stehe als der westlichen Aufklärungskultur. Verbündete im nichtislamischen Ausland sehen die Islamisten der IPW am ehesten in jenen ideologischen Kräften, die im Russischen als „*počvennyje*“, d.h. „bodenständig“ bezeichnet werden. Und die finden sich im antiliberalen, anti-

¹² D. Mikulski, Die Islamische Partei der Wiedergeburt. Eine Studie zum Islamismus in der GUS, in: Bericht des BIOst, (1993) 25.

westlichen und antisemitischen Lager der russischen Rechten. Daß diese Kräfte auch die imperiale Tradition Rußlands repräsentieren, fällt dabei weniger ins Gewicht als die Gemeinschaft in der Ablehnung westlicher Einflüsse.

Doch daraus abzuleiten, daß die ehemals sowjetischen Muslime einen dem Westen militant abgewandten transnationalen islamischen Block bilden, wäre ein großer Irrtum. Der Einfluß der IPW ist lokal begrenzt. So hat diese Partei in Kirgisien lediglich Anhänger unter der usbekischen Minderheit und ist in Kasachstan überhaupt nicht vertreten. In Usbekistan und Tadschikistan ist sie heute wieder verboten und trifft auf die Repression autoritärer Regime, die damit ihren Einfluß wahrscheinlich nur fördern. Die Grenzen des islamischen transnationalen Appells werden deutlich, wenn man einen zentralen Programmpunkt der IPW mit der Wirklichkeit vergleicht. Die Partei wendet sich in ihren Gründungsdokumenten mit Nachdruck gegen Nationalismus und nationalstaatliche Ordnungsstrukturen, da diese die Muslime voneinander trennen und ein Erbe der europäischen Kolonialherrschaft darstellen. Nach Aussage eines ihrer Ideologen, Gajdar Dschemal, vereint die IPW die Muslime aller Nationalitäten gegen den Nationalismus. Doch in Wirklichkeit unterlag auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion auch der Islam in den letzten drei Jahren dem Trend ethnischer und nationalstaatlicher Aufgliederung. Der sogenannte „offizielle Islam“, seit 1943 in vier regionalen geistlichen Verwaltungen oder Muftiaten für die Muslime Zentralasiens, Transkaukasiens, des Nordkaukasus und der Wolga-Ural-Region organisiert, zerfiel in nationale und republikbezogene Verwaltungen, ein Vorgang, den eine tatarische Zeitung mit den Worten „Ein ordentlicher Nationalstaat braucht seinen Nationalmufti“ kommentierte. Aber auch der oppositionelle Islam folgte entgegen seiner panislamischen Parole diesem Trend. Auch die IPW gliedert sich seit 1992 in nationale Strukturen auf, die sich zunehmend verselbständigten. In Zentralasien gelang es nicht, eine einheitliche Struktur dieser Partei aufzubauen, vor allem wegen tadschikisch-usbekischer Widersprüche. So ist transnationaler Islamismus in Zentralasien vorläufig eine Parole, entspricht die Vorstellung einer „islamischen Revolution“ von Tatarstan im Norden bis Tadschikistan im Süden dem Islam-Thriller Scholl-Latourscher Art. Freilich bieten die politisch, wirtschaftlich und kulturell labilen und gegenüber Störungen und Einmischungen von außen anfälligen Verhältnisse in Zentralasien durchaus Einflußschneisen für fundamentalistische Heilsbotschaften.

IV. Bürgerkrieg in Tadschikistan

Die bitteren Erfahrungen, die Tadschikistan in knapp zwei Jahren staatlicher „Unabhängigkeit“ machen mußte, führten zur Verhärtung der politischen Verhältnisse im übrigen Zentralasien. Sie dienen neu-alten Machteliten in den Nachbarrepubliken, besonders in Usbekistan, als Legitimation für die Priorität „stabiler Verhältnisse“ vor politischer und gesellschaftlicher Reform. Dabei wird ein Teilspekt des tadschikischen Konfliktszenarios, der „islamische Fundamentalismus“, über Gebühr herausgestellt und als Propagandamittel eingesetzt. Unter dem Vorwand, ihn abzuwehren, werden in Usbekistan heute wieder oppositionelle Gruppierungen unterdrückt, Bürgerrechtler mundtot gemacht und Meinungsfreiheit reduziert. Die russischen Streitkräfte in Tadschikistan liefern das auf das Stereotyp des „islamischen Fanatikers“ reduzierte Bild ihres Gegners den Medien in ihrer Heimat.

Die Auswirkungen des Bürgerkriegs auf die Bevölkerung Tadschikistans verdeutlichen folgende Daten: Die Todesopfer allein von 1992 werden überwiegend auf 20 000 beziffert; etwa 120 000 Familien wurden obdachlos, d. h., daß etwa 800 000 Menschen in Tadschikistan (1991: 5,4 Mio. Einwohner) „Binnenflüchtlinge“ sind; zwischen 70 000 und 100 000 Tadschiken haben die afghanische Grenze überschritten und leben in Lagern in Nordafghanistan unter dem ideologisch-politischen Einfluß verschiedener innerafghanischer Konfliktparteien. So überlagern sich zwei segmentäre Gesellschaften im Kriegszustand, die tadschikische und die afghanische, mit ihrem jeweiligen Chaos. Die Wirtschaft in Tadschikistan, die schwächste unter den ehemaligen Sowjetrepubliken, liegt darnieder. 1992 ging die Produktion materieller Güter um schätzungsweise 35 Prozent zurück. Fast alle Vertreter höher qualifizierter Berufe haben das Land verlassen. 40 Prozent der Sommerernte konnten nicht eingefahren werden. In Kurgan-Tjube und in Badachschan brachen Hungersnöte aus. Der materielle Schaden durch die Kämpfe 1992 wird mit 200 Mrd. Rubel beziffert.

Das Konfliktgeschehen vollzog sich auf unterschiedlichen, sich gegenseitig überlagernden Ebenen von Antagonismen. Da war 1992 der *politische Gegensatz* zwischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten Nabijew, jener Figur aus der Zeit vor der Perestrojka, die 1985 als Parteichef Tadschikistans von Moskau abgesetzt worden war und dann im innenpolitischen Machtkampf nach dem Zerfall der UdSSR vom kommunistisch dominierten Par-

lament zu seinem Vorsitzenden und im November 1991 in einer umstrittenen Volkswahl zum Präsidenten gekürt wurde. Gegen den Versuch, unter Nabijew das Ancien régime zu restaurieren, erhob sich Opposition in verschiedenen Lagern. Der sogenannte „tadschikische Frühling“ von 1992 sah eine hier nie gekannte Pluralität politischer Kräfte. Gegen die alte Machtclique traten auf: die im September 1989 gegründete *Volksfront „Rastochez“* (Wiedergeburt), die sich als „nationaldemokratische“ Bewegung definiert und die Unabhängigkeit Tadschikistans und seine „nationale Wiedergeburt“ auf der Grundlage persischer Kultur vertritt; die 1990 gegründete *Demokratische Partei*, die eine Umgestaltung des politischen Systems und die Überwindung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten Tadschikistans, insbesondere seines Status als bloßer Rohstofflieferant, fordert; als stärkste und in der Bevölkerung wirksamste oppositionelle Gruppierung gilt die *tadschikische IPW*, die sich im Dezember 1992 von der ehemals unionsweiten Mutterpartei trennte; eine paniranische Bewegung unter dem Namen „*Großarjana*“ (Aryana-ye bozorg), die eine kulturelle und politische Vereinigung aller Persischsprechenden erstrebt, die heute über Iran, Afghanistan und Tadschikistan verstreut sind; und schließlich eine regionale Bewegung namens *La'l-e Badachschan* (Rubin von Badachschan), welche die Interessen des unterentwickelten und unterprivilegierten östlichen Landesteils, des autonomen Gebietes Berg-Badachschan und der dort lebenden Pamirvölker, vertritt. Demgegenüber stand die kommunistische Partei als mitgliederstärkste Organisation. Sie verteilte Anfang 1992 125 000 Mitgliederausweise, zu gut einem Viertel an die in Tadschikistan lebenden Usbeken, die dem Ancien régime einen wesentlichen Rückhalt bieten. Die Partei war nach dem Augustputsch 1991 aufgelöst, aber im Dezember per Präsidentendekret wieder zugelassen worden. Sie vertritt in ihren programmatischen Äußerungen eine Mischung aus Restauration und Reform, das verbale Bekenntnis zur „zivilen Gesellschaft“, zur Verfassung und zum Rechtsstaat, in der Wirtschaft eine Kombination von Markt und Staatsplanung¹³.

Auf einer zweiten Ebene besteht der *Gegensatz von Islamismus und Säkularismus*. Wie die Machteliten in den übrigen zentralasiatischen Republiken richtet sich das Regime in Duschanbe, in diesem Punkt gemeinsam mit einem Teil der Opposition, auf das säkulare Modell der Türkei und nicht auf das Gegenmodell des Iran aus, wenn auch alle relevanten politischen Bewegungen in Tadschikistan das Erbe persischer Sprache und Kultur hoch-

halten und dem tadschikischen „Nationalgefühl“ ein antitürkisches Ressentiment zugrunde liegt. Die Gegenposition, die eine islamische Ordnung für Staat und Gesellschaft vorsieht, ist in der IPW beheimatet. Aber auch die tadschikischen „Islamisten“ bilden keinen einheitlichen ideologischen Block und vertreten unterschiedliche Grade der Radikalität in ihren Vorstellungen für die Durchsetzung einer solchen Ordnung. Offiziell vertritt die IPW in Tadschikistan unter ihrem Vorsitzenden Muhammadscharif Himmatzoda ein Konzept der Re-Islamisierung durch erzieherische Mittel und langfristige Vorbereitung der Bevölkerung für den islamischen Staat.

In Tadschikistan hat der Islamismus die längste in sowjetische Zeit zurückreichende Vorgeschichte. Erste fundamentalistische Gruppen traten hier bereits um 1977 auf. Sie orientierten sich ursprünglich an klassischen Mustern fundamentalistischer Ideologie wie den Lehren der Moslebrüder und negierten das Sowjetsystem ebenso wie die traditionelle Gesellschaft, deren Erneuerung im Sinne der Re-Islamisierung sie forderten. Gegen 1983 versuchten diese Gruppen, ihre Aktivitäten im nationalen Rahmen der Unionsrepublik zu koordinieren und gaben im Untergrund eine Zeitschrift „*Chidojat*“ heraus¹⁴.

Entscheidend ist aber eine dritte Ebene, die sowohl die politischen Auseinandersetzungen als auch die kulturellen Gegensätze umschließt: die *Ebene regionaler Antagonismen*. In dem komplizierten regionalen Konfliktszenario treten vier Landesteile als Hauptakteure und Konkurrenten hervor: die „Nomenklaturaregion“ Chodschent, ehemals Leninabad, im Norden, die beiden Südprowinzen Kuljab und Kurgan-Tjube und das autonome Gebiet Berg-Badachschan im Osten, das sich 1992 zur autonomen Republik erhöhte.

Die politische Opposition gegen Nabijew und das Ancien régime in Duschanbe war vor allem eine oppositionelle Koalition bislang benachteiligter, vom Machtmonopol ausgeschlossener regionaler Gruppen. Machtverteilung basierte im sowjetischen Tadschikistan auf traditionellen lokalen Loyalitäten. Seit Jahrzehnten kam die einheimische kommunistische Machtelite aus dem industriell (halbwegs) entwickelten Norden, aus der Provinz Leninabad. Gegen dieses regionale Machtmonopol rannte seit 1991 eine Opposition aus Vertretern der politisch benachteiligten, zumeist auch wirtschaftlich unterentwickelten Landesteilen an. Die Oppositionsbewegungen von der Demokratischen Partei bis zur IPW rekrutierten ihre Mitglieder vorwiegend aus solchen Regionen wie

13 Vgl. S. Tadjbakhsh, The „Tajik Spring of 1992“, in: *Central Asia Monitor*, (1993) 2, S. 21–28.

14 Vgl. W. Buschkow (Anm. 11), S. 25–27.

Gharm am Nordrand des Pamir, dem Hissar-Tal um Duschanbe, den südlichen Städten Kurgan-Tjubes. Dazu kam eine zunehmend sezessionistische Entwicklung in der Osthälfte des Landes, im autonomen Gebiet Berg-Badachschan. Unter den dort in tiefster Unterentwicklung und Isolation lebenden Pamirvölkern, die teilweise als Schiiten auch in konfessionellem Gegensatz zu den Tadschiken leben, entwickelte sich heftige Opposition gegen die alte Machtclique in Duschanbe und eine politische Autonomiebewegung in Gestalt der La'l-e Badachschan. Sie schaltete sich im Frühjahr und Sommer 1992 in die Machtkämpfe in Duschanbe maßgeblich ein und zog den Zorn der kommunistischen Machthaber auf sich, der sich heute in der systematischen Verfolgung und Ermordung von Landsleuten aus der Pamirregion in Duschanbe entlädt. Die unter so heterogenen ideologischen Etiketten wie „Demokraten“, „Islamisten“ und „Nationalisten“ agierende Opposition erstritt sich 1992 die Mitwirkung an der Regierungsgewalt und errichtete nach dem Sturz Nabijews eine Koalitionsregierung, die im Westen voreilig als Verkörperung des „islamischen Staates“ gehandelt wurde. In der Tat sicherte sich die IPW den Löwenanteil bei der Besetzung der Ministerien.

Diese Regierung, die mit den anstehenden Problemen nicht im entferntesten fertig werden konnte, wurde im Herbst und Winter 1992 von Anhängern des alten Regimes aus Chodschent und Kuljab in einem eskalierenden Bürgerkrieg bekämpft. Dabei verschob sich das regionale Gewicht im prokommunistischen Lager von der Herrschaftsregion Chodschent zu den Vertretern der Provinz Kuljab, aus der gewissermaßen die Hilfskräfte für die alten Machthaber rekrutiert worden waren. Zum Hauptmatador unter den prokommunistischen Streitkräften wurde der Führer einer „Volksfront“ aus Kuljab, Sadak Safarow. Als diese Streitkräfte im Dezember 1992 die Macht in Duschanbe zurückeroberten, kamen die Kuljabi bei der Besetzung der neuen Regierung zur Geltung. Das neue Regime unter dem Staatsratsvorsitzenden Emomali Rachmonow stellte den bewaffneten Oppositionskräften ein mehrmals verlängertes Ultimatum für die Ablieferung ihrer Waffen und erhielt politische und militärische Unterstützung aus Rußland, Usbekistan und den benachbarten zentralasiatischen Republiken.

Internationale Menschenrechtsorganisationen klagten die Machthaber in Duschanbe an, bei massiven militärischen Operationen gegen ihre politischen Gegner Angehörige bestimmter Volksgruppen und Regionen, insbesondere Pamiri und Leute aus Badachschan und Gharm, systematisch zu verfolgen. Das Regime gibt dieses Vorgehen als Abwehr

„fundamentalistischer Rebellen“ im Dienste ganz Zentralasiens und der GUS aus. Und diese Propaganda verkündet eine Art „self fulfilling prophecy“, denn die nach Afghanistan geflohenen Tadschiken geraten dort verstärkt unter den Einfluß islamischer Kräfte, die weitere Gewaltspirale und insbesondere das Eingreifen russischen Militärs verstärkt das Bedürfnis, die Abrechnung mit dem Gegner in den höheren Dienst des *Dschihads* zu stellen.

V. Internationale Einflüsse in Zentralasien

Die internationalen Implikationen der Konflikte in Tadschikistan wurden deutlich, als im Juli 1993 tadschikische Gruppen von afghanischem Territorium aus russische Grenzschrützer angriffen und Moskau mit Artillerieangriffen auf Siedlungen in Nordafghanistan reagierte. Die Tadschikistankrise hat sicherheitspolitische Bindungen der zentralasiatischen Republiken an Rußland verstärkt und in Richtung auf eine Restauration der ehemals sowjetischen Machtverhältnisse gewirkt. Rußland hat sich, wenn auch kaum aus ideologischer Sympathie, dem neokommunistischen Regime in Duschanbe durch Freundschafts- und Hilfsabkommen besonders auf militärischem Gebiet verbunden. Kritiker dieser Politik riefen die Entwicklungen in Erinnerung, die Moskau seinerzeit in den Afghanistankrieg hineinzogen, am deutlichsten der afghanische Konsul in Duschanbe, Muhammad Umar Asir: „Die jetzige Situation in Tadschikistan gleicht der in unserem Land in der Periode der sowjetischen Okkupation: in den Bergen die Partisanen, in den Tälern die Regierungstruppen und die sowjetische Armee.“¹⁵ In den Bergregionen Badachschans, die außerhalb der Kontrolle Duschanbes stehen, baut sich eine Partisanenarmee auf, die sich mit den aus Afghanistan einsickernden Freischärlern verbinden könnte.

Moskau errichtet mit Tadschikistans Nachbarn einen sicherheitspolitischen Verbund im Rahmen der GUS auf der Basis bilateraler Verträge. Zuletzt unterzeichneten am 5. Juli 1993 die Verteidigungsminister Rußlands und Kirgisiens ein Abkommen über militärische Kooperation. Die Sicherung der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan stand von Anfang an im Mittelpunkt solcher Kooperation. Tadschikische Grenztruppen werden von 3 500 russischen Soldaten verstärkt. Im

15 Muhammad Umar Asir, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 9. 7. 1993, S. 3.

Verteidigungsministerium Rußlands wird von dieser Grenze die Sicherheit des gesamten GUS-Raumes abhängig gemacht. Neben den Grenzschildern ist die 201. Russische Motorisierte Infanteriedivision in Tadschikistan stationiert, von der die Angriffe auf Stellungen der „islamischen Rebellen“ in Nordafghanistan ausgingen. Neben Rußland ist offenbar Usbekistan im Nachbarland Tadschikistan, zu dem es seit der „nationalen Abgrenzung“ durch die Sowjetmacht in gespannten Beziehungen steht, militärisch am stärksten engagiert. Auch Kasachstan und Kirgisien haben Truppen entsandt, wobei in Kirgisien der Entsendung heftige innenpolitische Debatten vorausgegangen waren.

Derartige Entwicklungen korrigieren das anfangs verbreitete Bild, das die internationalen Beziehungen im nachsowjetischen Zentralasien einseitig zwischen den Einflußpolen Türkei und Iran ansiedelte. So auffällig die Kooperation der turksprachigen Republiken mit Ankara und die Rivalität um Einfluß in der neuen Staatenwelt zwischen der Türkei und dem Iran auch gewesen sein mögen, die internationalen Beziehungen in dieser Region lassen sich doch nicht auf den türkischen, mittelöstlichen und islamischen Kontext einschränken. Zentralasien liegt zwischen Rußland, China und Südwestasien. Rußland wird ein außen- und sicherheitspolitischer und außenwirtschaftlicher Eckpfeiler in der Umgebung dieser Region bleiben. Die Türkei wird kaum den Platz einnehmen, den Rußland allein in den Außenhandelsbeziehungen der betreffenden Staaten besetzt. Für ein Land wie Kasachstan ist China von weitaus größerer Bedeutung als der Iran. Schon heute ist es sein wichtigster Handelspartner nach Rußland.

Der in westlichen Kommentaren anfangs stark verbreitete Turan-Iran-Manichäismus wurzelte in der Angstfixierung auf den islamischen Fundamentalismus als Entwicklungsmöglichkeit in Zentralasien und die wiederum in überzogenen Vorstellungen über ideologische Einflußmöglichkeiten des Iran. Die Sorge vor dem iranischen Einfluß veranlaßte die USA Anfang 1992 zu einer Änderung ihrer Strategie gegenüber den asiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR. Im September 1991 hatte Außenminister Baker noch Kriterien für die internationale Anerkennungswürdigkeit sowjetischer Nachfolgestaaten aufgestellt, denen einige orientalische Unionsrepubliken kaum standhalten konnten. Bald darauf wichen solche Ansprüche einer Containment-Politik gegenüber dem Iran. Nun wurde selbst Tadschikistan, wo damals das Nabiljew-Regime die alten Machtverhältnisse restaurierte, westlicher Anerkennung würdig. Bei seinem Besuch in Duschanbe im Februar 1992 erklärte der amerikanische Außenminister, gleich-

sam unter dem Banner von Hammer und Sichel, daß das Land den Bedingungen für internationale Anerkennung entspreche und auf dem Wege zur Demokratie sei¹⁶.

Die Angstfixierung auf denkbare ideologische Ausstrahlungen des Iran wurde von einigen amerikanischen Kommentatoren kritisiert: „Diese Länder haben das Recht und die Notwendigkeit, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren, und das schließt Handel mit dem Iran oder anderen islamischen Staaten ein. Eine Panikreaktion in Washington könnte genau die Art religiöser Polarisierung bewirken, die vermieden werden soll.“¹⁷ Auch die Krise in Tadschikistan, die einer Einmischung von außen kaum bedurfte, wurde einseitig iranischen Machenschaften zugeschrieben, die unbestreitbare Ausrichtung der Tadschiken auf das Iranische mit der Option auf den Gottesstaat der Ayatollahs gleichgesetzt.

Die Turan-Iran-Dichotomie legte eine Ausschließlichkeit nahe, die so in der Wirklichkeit nicht existiert. Die zentralasiatischen Staaten werden natürlicherweise sowohl mit der Türkei als auch mit dem Iran zu tun haben. Dabei hat die Türkei bei neuen kooperativen Beziehungen in der Region einen Vorteil, stößt allerdings auch schon an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Insbesondere der Machtwechsel in Aserbaidschan hat das außenpolitische Konzept in bezug auf einen türkischen Commonwealth in Eurasien durchkreuzt.

Eine Republik wie Turkmenistan, die eine lange Landesgrenze mit dem Iran teilt, kann wohl kaum vor iranischer Berührung geschützt werden und steht heute bereits in kooperativen Beziehungen zur iranischen Nordostprovinz. Der offizielle Iran tritt in Taschkent oder Aschhabad nicht in erster Linie als die Speerspitze eines revolutionären Islam auf, sondern als eine regionale Macht, die ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausbauen will, auch wenn ihr Bemühen zweifellos eine religiöse Dimension hat und islamistische Propaganda einschließt. Die staatliche Unabhängigkeit im ehemals sowjetischen Orient stellt für den Iran zudem nicht so sehr eine günstige Gelegenheit als vielmehr eine Verlegenheit dar. Insbesondere ein aserbaidchanischer Nationalstaat mit enger Anlehnung an die Türkei birgt Gefahren für den Iran, in dem die größte nichtpersische Minderheit von schätzungsweise zehn Mio. Aseri gestellt wird. Das gibt der iranischen Politik in der Region einen eher defensiven als offensiven Charakter¹⁸.

16 Vgl. Congressional Record, 5. 1. 1993, S. 12–14 (Rede von Senator Bill Bradley im US-Senat).

17 International Herald Tribune vom 8. 2. 1992.

18 Vgl. Sh. Hunter in: Central Asia Monitor, (1992) 6, S. 11.

Hinter der Angst vor iranischer Expansion stehen simplizistische Wahrnehmungen der „islamischen Wiedergeburt“ in Zentralasien. Auch wenn bei allen Völkern der Region kulturelle und nationale „Wiedergeburt“ von verstärktem Interesse am Islam und seiner Rolle in der Geschichte und Kultur Mittelasiens begleitet wird, variiert diese Hinwendung regional erheblich. Und auch in Regionen, in denen islamistische Strömungen in Mittelasien hervortreten, bedeutet dies nicht zwangsläufig die Option für das iranische Modell des islamischen Staates. Aufrufe zur Übernahme dieses Modells stießen selbst bei der IPW in Tadschikistan

auf Zurückhaltung: „Mit dem Iran verbindet uns Sprache, Tradition und eine alte Kultur, und Tadschikistan ist bereit, mit ihm zu kooperieren. Aber Tadschikistan ist ein selbständiger Staat und berechtigt, sein Modell und seinen Entwicklungsweg selber zu wählen.“¹⁹ Auch in der innerlich zerrissenen tadschikischen „Nation“, die reale staatliche Unabhängigkeit nicht erlangt hat, und in einer Partei, die transnational-islamisch ausgerichtet ist, besteht offenbar Abneigung, alte Abhängigkeiten gegen neue einzutauschen.

19 D. Usmon, stellvertretender Vorsitzender der IPW, in: Nezavisimaja gazeta vom 5. 2. 1992.

Ökonomie und Ökologie in Zentralasien

I. Die sowjetisch geprägte Wirtschaftsstruktur

Die Auflösung der Sowjetunion und damit die Entlassung in die Unabhängigkeit souveräner Staaten traf kaum eine der ehemals sowjetischen Republiken so unvorbereitet wie die fünf zentralasiatischen Staaten. Dabei standen und stehen sie in der Mentalität ihrer Bevölkerungen, ihrer Kultur und Religion der Moskauer Zentrale noch ferner als die anderen Sowjetrepubliken. Diese sind immerhin auch Europäer, hier geht es dagegen um eine Region im Herzen Asiens entlang der legendären Seidenstraße, die nirgendwo abendländisches Territorium berührte. Doch so sehr das alte Kulturland, insbesondere seine Kernzone, das Zweistromland Transoxanien zwischen den Wüstenflüssen Amu Darja und Syr Darja, die Phantasie anregt, so sehr die Rückkehr dieser Region in eine islamische Einflußzone von den einen begrüßt und von den anderen als Bedrohung angesehen wird, so gibt es doch gute Gründe, die Prägung der Region während der vergangenen siebzig oder hundert Jahre an den Anfang der Beschreibung dieses Wirtschaftsraumes zu stellen. Denn die Folgen der russischen/sowjetischen Phase bestimmen die nahe Zukunft mehr, als den Menschen in dieser Region und ihren Nachbarn lieb sein kann. Die Ökonomie dieser Region ist in einem Maße einseitig ausgerichtet und die Ökologie so nachhaltig zerstört, daß die Entlassung in die Unabhängigkeit kaum mehr Hoffnung läßt als die Unabhängigkeit französischer oder britischer Kolonien vor drei Jahrzehnten.

Zentralasien war für die Landmacht Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das, was für die Seemacht England die überseeischen Gebiete bedeuteten, es war das Ziel der „natürlichen“ Ausdehnung der eigenen Kolonialmacht. Es ging um die Erweiterung und militärische Absicherung des eigenen Territoriums, um Macht im internationalen System und um wirtschaftlichen Gewinn. Die Rohstoffressourcen Mittelasiens hatten es den russischen Zaren angetan, vor allem gab es Gold, und die landwirtschaftlichen und klimatischen Voraussetzungen zum Anbau von Baumwolle waren hervorragend. Angeblich hatte auch dies einen primär machtpolitischen Grund: Baumwollstoffe

wurden für die wachsende russische Armee gebraucht. Wasser gab es in dieser trockenen Region genug für die insgesamt in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts weniger als vier Millionen Menschen, selbst bei einem in Relation hierzu überdimensionierten Baumwollanbau. Riesige Bewässerungsprojekte wurden in Angriff genommen, um der Baumwollproduktion zu hohen Wachstumsraten zu verhelfen. Auch das Gold, das schon vor mehr als hundert Jahren die russische Begehrlichkeit geweckt hatte, blieb der Region als wichtiger Wirtschaftszweig erhalten. Usbekistan hat zuletzt mit 70 Tonnen pro Jahr etwa ein Drittel zur sowjetischen Goldproduktion beigetragen. Doch auch diese Produktion hat der Modernisierung und Effizienzsteigerung in der Ökonomie nicht gedient. Wie Tabelle 1 zeigt, ist der Anteil der Landwirtschaft am Wirtschaftsaufkommen in diesen Ländern außerordentlich hoch, der Anteil der Industrie mit Ausnahme Kasachstans verhältnismäßig niedrig, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß in der Statistik des Nettosozialprodukts die „produktiven“ Bereiche wie Industrie und Landwirtschaft zu Lasten des Dienstleistungsbereichs überschätzt werden.

Tabelle 1: Anteil der Wirtschaftszweige am Nettosozialprodukt der zentralasiatischen Staaten 1991 in Prozent

	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan**	Turkmenistan	Usbekistan
Landwirtschaft	24	36	38	42	43
Industrie	57	45	29	11	33
Bauwesen	9	8	15	10	11
Transport	6	3	4	4	4
Andere	4	8	14	33	9

Quelle: Für Kasachstan vgl. Gerhard Huber/Siegfried Schönherr/Benedikt Thanner, Kasachstan im Umbruch, München 1992, S. 6; für die übrigen Länder vgl. 4 Länder-Berichte des International Monetary Fund, Economic Review, Washington, D. C. 1992: Kirgistan, S. 27, Tadschikistan, S. 31, Turkmenistan, S. 74, Usbekistan, S. 33.

* Bruttoproduktion

** Daten für 1990

Bildet die Region zwischen dem Kaspischen Meer im Westen und China im Osten, zwischen Iran und Afghanistan im Süden und Rußland im Norden eine organische Einheit, geographisch dadurch un-

terstützt, daß dieses Gebiet fast genau identisch ist mit dem Wassereinzugsgebiet des Aralsees, so schwankt sie doch bei ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen zwischen Homogenität und Heterogenität¹.

Gemeinsam ist diesen Ländern die Armut. Das sowjetische statistische Jahrbuch verwies diese Länder auf die letzten Plätze im Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen der 15 Republiken. Tadschikistan nahm mit einem Anteil von 43 % am sowjetischen Durchschnittseinkommen den letzten Rang ein, davor rangierten Usbekistan auf dem vorletzten (48), Kirgistan (53), Turkmenistan (61) und schließlich – noch vor Aserbaidschan – Kasachstan (74 %) als das den europäischen Sowjetrepubliken am nächsten kommende Land². 1989 wiesen zwischen 16 % (Kasachstan) und 51 % der Haushalte (Tadschikistan) ein Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der Armutsgrenze von 75 Rubel aus. Im sowjetischen Durchschnitt gehörten nur 11 % der Bevölkerung zu dieser Einkommensschicht³.

Gemeinsam ist diesen Ländern auch, daß ihr Anteil an der sowjetischen Industrieproduktion wesentlich geringer war als ihr Bevölkerungsanteil und daß sich die Industrie vor allem auf den Bergbau konzentrierte. Alle diese Staaten produzieren weniger Nahrungsmittel, als ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, wengleich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten (einschließlich Baumwolle) weit über dem Unionsdurchschnitt lag. In Kasachstan betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten 20 %, in Usbekistan 29 %, in den anderen zentralasiatischen Staaten lag diese Quote zwischen diesen beiden Werten⁴. Alle diese Länder wiesen bis Anfang der neunziger Jahre im Handel mit Rußland und den anderen Sowjetrepubliken ein beträchtliches Handelsdefizit auf und trugen im Vergleich zu Rußland wenig zum Export der Sowjetunion bei. 17 % der Einwohner der Sowjetunion, die in den fünf zentralasiatischen Ländern leben, hatten einen Anteil von 4,6 % am sowjetischen Export und 9,9 % am sowjetischen Import⁵. Dies führte dazu, daß, mindestens gemessen in sowjetischen Preisen, alle diese Länder dauerhaft einen Nettotransfer an Gütern und Dienstleistungen aus den übrigen Republiken

des Sowjetreichs erhielten. Diese Zuwendung wirkte sich keineswegs als Strukturhilfe zur Modernisierung der Wirtschaft, sondern vielmehr als Alimentierung aus, deren weitgehendes Ausbleiben heute zusätzliche Probleme schafft.

Neben der Gemeinsamkeit dieser Staaten als Rohstofflieferanten für die sowjetische Planungszentrale gab und gibt es auch offensichtliche Unterschiede. Kasachstan allein ist flächenmäßig größer als die anderen vier Staaten zusammen und dabei in sich ein gespaltenes Land. Die Kasachen haben mit knapp über 43 % (Anfang 1993) einen nur wenig höheren Bevölkerungsanteil als die Russen, deren Anteil durch Abwanderung nunmehr auf 36 % gesunken ist⁶. Es ist ein asiatisches Land, doch je nachdem, wo die Grenzlinie zwischen Asien und Europa südlich des Urals bis zum Kaspischen Meer gezogen wird, reicht es bis nach Europa. Im Norden des Landes haben die Russen ein Übergewicht, und dieser Teil ist wirtschaftlich stärker nach Rußland als nach Zentralasien orientiert. Der vom Norden durch eine äußerst dünn besiedelte Zone (Kasachensteppe) getrennte Süden mit der Hauptstadt Almaty (vormals Alma Ata) dagegen ist weiter nach Süden ausgerichtet. Neben dieser geographisch-ethnisch-kulturellen Trennung gibt es eine weitere in der Entwicklung des Landes. Es ist auf der einen Seite ein rückständiges Land mit wenig Leicht- und verarbeitender Industrie und einer vor allem durch Chruschtschows Programme fehlgeleiteten Landwirtschaft. Auf der anderen Seite beherbergt es den ehemals sowjetischen Weltraumbahnhof Baikonur und das seit 1991 geschlossene Atomtestgelände Semipalatinsk mit seinen Tausenden von hochqualifizierten Ingenieuren und Wissenschaftlern. Kasachstan, ein Land, das wie seine zentralasiatischen Nachbarn seit kurzem von den internationalen Organisationen (UN, OECD, EG) als Entwicklungsland anerkannt wird, beansprucht, Atommacht zu sein.

Kein anderes Land Zentralasiens ist so gespalten, wie dies für Kasachstan zutrifft, doch gibt es in drei Bereichen sehr unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen für die verschiedenen zentralasiatischen Staaten. Der erste Bereich betrifft die Ausstattung mit Energierohstoffen. Durch die Auflösung der Sowjetunion wurden diese Länder zu „haves“ und „have-nots“. Zu den „haves“ zählen Turkmenistan und Kasachstan, zu den „have-nots“ die anderen drei Staaten.

Turkmenistan ist in einer ganz besonderen Situation, die dieses Land immer mehr von seinen zentralasiatischen Nachbarn abspaltet. Das Land pro-

1 Vgl. Philipp R. Pryde, *Environmental Management in the Soviet Union*, Cambridge/Mass. 1991, S. 224.

2 Vgl. *Narodnoe Chozjajstvo SSSR*, 1990 g., Moskau 1991.

3 IMF/IBRD/OECD/EBRD, *A Study of the Soviet Economy*, Februar 1991, S. 203.

4 Vgl. Gerhard Huber/Siegfried Schönherr/Benedikt Thanner, *Kasachstan – wirtschaftlich im Umbruch*, IFO Studien zur Ostforschung, München 1992, S. 7; International Monetary Fund (IMF), *Economics Review*, Kyrghystan, Tadjikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Washington, D. C. 1992.

5 Vgl. *Narodnoe Chozjajstvo SSSR (Anm. 2)*, S. 636 u. 644.

6 Vgl. RFE/RL News Brief, 25. Juni 1993, S. 9.

Tabelle 2: Energieproduktion der zentralasiatischen Staaten 1991

	Erdöl (Mio. t)	Erdgas (Mrd. m ³)	Kohle (Mio. t)	Elektrizität (Mrd. kWh)
Kasachstan	27	8	130	79
Kirgistan	0	0	4	14
Tadschikistan	0	0	0	18
Turkmenistan	5	84	0	15
Usbekistan	3	42	6	54

Quelle: Ekonomitscheskaja Gazeta No. 6, Februar 1992, S. 15.

duziert jährlich zwischen 80 und 90 Mrd. m³ Erdgas (derzeit mit abnehmender Tendenz: 1989: 90 Mrd. m³ und 1991: 84 Mrd. m³)⁷, von denen es selbst nur knapp 10 Mrd. m³ benötigt. Es verbleiben rund 75 Mrd. m³ für den Export, die in der Vergangenheit zu in der Sowjetunion üblichen äußerst niedrigen Preisen an das sowjetische Pipeline-Netz abgeliefert wurden. Nur durch diese verzerrte Preisstruktur ist es zu erklären, daß Turkmenistan an viertletzter Stelle des Pro-Kopf-Einkommens der sowjetischen Republiken lag. Heute dürfte es – gemessen in Weltmarktpreisen – vermutlich an erster Stelle unter allen ehemaligen Sowjetrepubliken liegen, denn das Exportpotential bei Erdgas weist einen Wert von mehr als 6 Mrd. US-Dollar auf. Dieses auf eine Bevölkerung von 3,6 Millionen Einwohnern verteilt, ergibt ein Pro-Kopf-Einkommen von 1 500 bis 2 000 US-Dollar allein aus den potentiellen Erdgasexporterlösen.

Doch wenn auch Erdgas ein weltmarktfähiges Produkt ist, kann Turkmenistan bisher dennoch nicht alle Exporte in US-Dollar zu Weltmarktpreisen ummünzen. 1991 wurden 63 Mrd. m³ in die anderen Republiken der GUS und 12 Mrd. m³ nach Europa exportiert⁸. Die Pipelines, praktisch die einzige Überland-Transportmöglichkeit bei Erdgas, sind bisher ausschließlich ins Innere des sowjetischen Reiches gerichtet. Sie reichen, sofern mit den Transitstaaten Einvernehmen erzielt wird, durchaus auch wieder hinaus, nämlich nach Europa, der weltweit größten Abnehmerregion. Doch der Konsens mit den Transitländern muß hart erkämpft und nach turkmenischem Verständnis über Gebühr bezahlt werden. Insbesondere die Ukraine, ein Land, das durch die Auflösung der Sowjetunion wegen seines Energieimportbedarfs hart getroffen wurde, nutzt seine Macht als Durchleitungsmonopolist und fordert beträchtliche Preisabschläge für den eigenen Import turkmenischen Erdgases als Gegenleistung zur Weiterleitung der

Exporte nach Europa. So kann sich Turkmenistan erst längerfristig, wenn sich die Transportabhängigkeiten verteilt haben, seines ganzen Reichtums erfreuen. Die wichtigsten Faktoren turkmenischer Außenpolitik sind deshalb, die Exportinfrastruktur für das Erdgas zu verbessern und den Reichtum des 3,6-Millionen-Volks nicht mit den fast 50 Millionen Nachbarn Zentralasiens oder auch noch mit dem unmittelbaren armen Nachbarn Usbekistan (20 Millionen Einwohner) teilen zu müssen.

Kasachstan als das andere Land mit großen Energieressourcen weist vor allem bei Kohle große Überschüsse auf. 1991 hat Kasachstan 126 Mio. Tonnen Kohle produziert, von denen 51 Mio. exportiert werden konnten, 44 Mio. allein nach Rußland, 5 Mio. nach Kirgistan, Usbekistan und in die Ukraine, die verbleibenden 2 Mio. in andere ehemalige Sowjetrepubliken und in Drittländer⁹. Angesichts der fehlenden Nachfrage nach Kohle auf dem Weltmarkt ist kaum zu erwarten, daß Kasachstan mit seinen Kohleexporten bei seinen Abnehmern in den GUS-Ländern harte Devisen als Gegenleistung aushandeln kann, so daß es sich mit diesem Potential keine Turkmenistan vergleichbare Position erwerben können wird. Bei den anderen fossilen Energieträgern befindet sich Kasachstan derzeit in einer fast ausgeglichenen Position. 1991 wurden in Kasachstan 27 Mio. Tonnen Erdöl und 8 Mrd. m³ Erdgas gefördert, von denen im Rahmen eines regen Austausches mit Rußland 7 Mio. Tonnen Erdöl netto exportiert und 7 Mrd. m³ Erdgas netto importiert wurden¹⁰, was sich wertmäßig ungefähr die Waage hält. Wichtig ist allerdings, daß Kasachstan sich auf eine große Zukunft als Erdöl- und Erdgasproduzent vorbereitet. Eines der größten noch unerschlossenen Erdölfelder der Welt – das Tengis-Feld – befindet sich auf kasachischem Territorium, dazu kommen über 200 weitere nachgewiesene und vermutete Öl-Lagerstätten.

Die anderen drei zentralasiatischen Staaten befinden sich wegen ihres Importbedarfs an Energie in einer großen Notlage. Usbekistan verweist zwar gerne auf seine großen Energieressourcen¹¹, doch konnte das Land mit seiner Erdgasproduktion 1992 in Höhe von 42 Mrd. m³ seinen Eigenbedarf gerade decken und nur noch knapp 4 Mrd. m³ exportieren. Bei Erdöl stand einer Produktion von weniger als 3 Mio. Tonnen ein zusätzlicher Importbedarf von 6 Mio. Tonnen gegenüber. Bei Kohle wird der Bedarf durch eine Eigenproduktion von

⁹ Vgl. G. Huber u. a. (Anm. 4), S. 7.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 56ff.

¹¹ So z.B. der Leiter der Europa-Abteilung im usbekischen Außenministerium Alisher Sharipov, *The Undiscovered Country. Economic Prospects for Uzbekistan*, in: *Harvard International Review*, (1993), S. 26–29.

⁷ Vgl. IMF, *Economic Review, Turkmenistan* (Anm. 4), S. 56.

⁸ Vgl. ebd.

6 Mio. Tonnen und Importe in Höhe von 5 Mio. Tonnen im Jahre 1992 gedeckt¹². Es ist nicht zu erwarten, daß sich Usbekistan in naher Zukunft durch Erdgasüberschüsse oder eine gesteigerte Ölproduktion aus der Rolle des Nettoimporteurs befreien könnte, auch wenn unklar ist, aus welchen Exporterlösen die Mittel dafür aufgebracht werden sollen.

Noch ungünstiger ist die Energiesituation für die beiden Gebirgsstaaten Tadschikistan und Kirgistan. Mit ihrer geringen Kohleproduktion können sie zwar den Eigenbedarf decken, doch Erdöl und Erdgas wird hier praktisch nicht gefördert. So mußte Kirgistan Anfang der neunziger Jahre, als es noch Teil des Unionsverbundes war, 2,7 Mio. Tonnen Erdöl und 1,7 Mrd. m³ Erdgas, Tadschikistan 2,4 Mio. Tonnen Erdöl und 1,6 Mrd. m³ Erdgas importieren. Doch angesichts ihrer negativen Handelsbilanz und der astronomisch wachsenden Energiepreise im Handel zwischen den GUS-Staaten bleibt für diese Länder kaum eine Chance, ihren Energiebedarf zu befriedigen. Beide verfügen im Überfluß über Wasserkraft. So können sie sich eine energie- (d.h. elektrizitäts-) intensive Aluminiumindustrie leisten und auch Strom exportieren, beides aber nicht in einer ausreichenden Größenordnung, um sich ein für ihre Entwicklung erforderliches Exportpotential aufzubauen. Eine verstärkte Nutzung der Wasserkraft wird dieses Problem in absehbarer Zukunft nicht lösen, denn zum einen sind Wasserkraftwerke außerordentlich investitionsintensiv und deshalb viel zu teuer, zum anderen gibt es beim Energieträger Strom in dieser Region keine gesicherten Nachfrager, die verlässlich mit Devisen oder Öl bzw. Erdgas bezahlen würden.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wasser kehren sich die Positionen von Mangel und Überfluß gegenüber dem Energiesektor also um. Die Gebirgsstaaten Kirgistan und Tadschikistan befinden sich in der privilegierten Situation, nicht nur genug Wasser, sondern auch Flüsse von ihrer Quelle an (so auch den Syr Darja und den Amu Darja) zu besitzen, d.h., die Wasserqualität liegt in ihren eigenen Händen. Turkmenistan, das Wüstenland, und Kasachstan, das Steppenland, sind von der Wasserzufuhr besonders abhängig und leiden unter der zum großen Teil selbst verursachten Wasserverschmutzung. Usbekistan nimmt wie bei der Energie eine Mittelposition ein. Das Land zwischen den beiden großen Strömen hätte genug Wasser, wenn nicht die Bevölkerungsdichte in den bewässerten Regionen so hoch wäre – Usbekistan hat mit 21 Mio. Einwohnern eine größere Bevölke-

rungszahl als Kasachstan und alle anderen zentralasiatischen Staaten – und die Baumwoll-Monokultur so exorbitant viel Wasser verschlingen würde. Neben der Ineffizienz der Bewässerungsanlagen ist vor allem die Begrenzung der Wassermenge die Ursache für den Rückgang der Baumwollproduktion in Usbekistan. Dieser Rückgang des wichtigsten Produktionszweiges des Landes wird sich notwendigerweise fortsetzen, wenn die Nahrungsmittelproduktion aufrechterhalten werden soll, und damit wird die Wirtschaftskrise angesichts einer mit 2,4 % jährlich wachsenden Bevölkerung verschärft, von der 70 % unter 30 Jahre sind¹³.

Der dritte Bereich, der die Entwicklungschancen verschieden prägt, ergibt sich aus der ganz unterschiedlichen Reformfreudigkeit dieser Länder. Kirgistan hat mit seinem Präsidenten Akajew und der Verfassung vom 5. Mai 1993 den Weg in Richtung auf ein demokratisches und marktwirtschaftliches System beschritten. Ähnlich reformoffen gibt sich Kasachstans Präsident Nazerbajev, der allerdings die Kluft zwischen abend- und morgenländischen Strukturen in seinem Lande bei seinen Reformbemühungen berücksichtigen muß. Die Änderungen in Richtung auf Demokratie scheinen deshalb weniger kraftvoll vorangetrieben zu werden als die zu einer modernen Marktwirtschaft hin. Nazerbajev glaubt jedenfalls, daß er ein besonders attraktives Land für ausländische Investitionen anbieten kann, mit deren Hilfe er die Modernisierung schaffen will. Tadschikistan hat wegen seines Bürgerkriegs, in dem neben der Austragung ethnischer Rivalitäten persisch orientierte Fundamentalisten und um ihre Positionen fürchtende Altkommunisten verwickelt sind, seine Rolle noch nicht gefunden. Eine Öffnung in Richtung auf ein demokratisch-marktwirtschaftliches System ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Usbekistan und Turkmenistan werden von den alten Klanoberhäuptern regiert. In Turkmenistan besteht kein Grund, von dem stabilen patriarchalischen System abzuweichen, denn die wachsenden Einnahmen aus den Erdgasexporten bieten genug Verteilungsmasse, um der Bevölkerung mehr Wohlstand als in der Vergangenheit zu bieten und sie mehrheitlich an die augenblicklichen Machthaber zu binden. In Usbekistan sind Reformen aller Art riskant. Neben den Usbeken mit einem Anteil von 70 % an der Bevölkerung leben verschiedene Nationalitäten in diesem Land mit einem erheblichen ethnischen Konfliktpotential vor allem in dem dicht besiedelten Fergana-Tal, in dem Pogrome schon 1989 zu Ausschreitungen mit vielen Toten geführt haben. Es ist unwahrscheinlich, daß unter Bedingungen einer sich verschlech-

12 Vgl. IMF, Economic Review, Uzbekistan (Anm. 4), S. 39.

13 Vgl. A. Shapirov (Anm. 11), S. 27.

ternden Umwelt und einem zurückgehenden Wirtschaftsaufkommen Reformen im Sinne einer Privatisierung der Wirtschaft und Schaffung von Wettbewerbsbedingungen gegen die überkommenen Strukturen durchgesetzt werden können. Ein Bereich mit einem kleinen aber für die Entwicklung der Länder wichtigen Anteil am Wirtschaftsaufkommen stellt der Außenhandel dar.

Alle fünf Staaten wiesen sowohl im Handel außerhalb der GUS als auch im innersowjetischen Handel bis 1990 große Defizite auf. Das Exportpotential stützt sich in allen zentralasiatischen Staaten auf Roh- und Grundstoffe wie Erze, Stahl und Aluminium, wobei Usbekistans wichtigstes Exportprodukt mit einem Anteil von 65 % an den Gesamtexporten die Baumwolle ist. Tadschikistans wichtigstes Exportprodukt ist Aluminium (60 %), gefolgt von Baumwolle (22 %). Beiden Staaten gemeinsam ist der Import von Maschinen. Im innersowjetischen Handel hat sich diese Außenhandelsstruktur nach den Preisverschiebungen im Jahr 1991 positiv ausgewirkt. Alle zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme Kasachstans kehrten ihr Handelsdefizit im interrepublikanischen Handel in einen Überschuß um (Tabelle 3). Im Außenhandel außerhalb der Sowjetunion blieben die Handelsdefizite mit Ausnahme Tadschikistans, das seine Importe gewaltig einschränkte, bestehen (s. Tabelle 4). Doch konnte Turkmenistan dieses Defizit dank seiner Erdgasexporte beträchtlich verringern. Für die anderen Staaten wird es schwer sein, ihr Exportpotential zu erhöhen, um damit die Handelsbilanz auszugleichen oder gar dringend benötigte Investitionsgüter zu importieren. Die hohe Inflationsrate des Rubels verdeckt in den Tabellen 3 und 4, wie stark der Rückgang des Außenhandels dieser Länder in den neunziger Jahren real verlaufen ist, nämlich noch stärker als der Rückgang des Sozialprodukts. Insofern bedeutete das Erreichen der Talsohle bei den Exporten schon ein Hoffnungsschimmer für diese Länder.

Tabelle 3: Außenhandel der zentralasiatischen Staaten mit den anderen Republiken der Sowjetunion 1987–1991 in Mrd. Rubel

	1987		1990		1991	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export
Kasachstan	-	-	14,57*	8,20*	-	-
Kirgistan	2,77	2,27	2,86	2,45	5,37	6,33
Tadschikistan	2,90	1,97	2,21	1,67	3,47	3,95
Turkmenistan	2,60	2,33	2,93	2,47	5,64	6,73
Usbekistan	11,40	7,50	11,90	8,20	16,60	17,40

Quelle: Für Kasachstan: Narodnoe Chozjajstvo SSSR (Anm. 2), S. 636; für die anderen Republiken wie Tabelle 1: Kirgistan, S. 35, Tadschikistan, S. 21, Turkmenistan, S. 85, Usbekistan, S. 52.

* Daten für 1989

Tabelle 4: Außenhandel der zentralasiatischen Staaten außerhalb der früheren Sowjetunion 1987–1991 in Mio. Rubel

	1987		1990		1991	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export
Kasachstan	-	-	2 433	1 112	2 877	1 354
Kirgistan*	798	64	1 268	860	443	20
Tadschikistan	353	294	725	308	350	383
Turkmenistan	328	120	685	171	1 302	1 105
Usbekistan	-	-	2 300	1 100	3 600	2 200

Quelle: Für Kasachstan Plan Econ Report, VIII (1992) 30–31, S. 16 f. und RFE/RL Research Report, 2 (1993) 14, S. 42. Für alle anderen wie Tabelle 3.

* Für Kirgistan in Mio. US-Dollar

II. Die ökologische Last

Die Zerstörung des Gleichgewichts im Wassereinzugsgebiet des Aralsees wird zu Recht als die größte Umweltkatastrophe in Mittelasien, wenn nicht weit darüber hinaus, bezeichnet. Die Sorglosigkeit des Umgangs mit nuklearem Material hat weite Gebiete verseucht, die Ölproduktion vor allem in Kasachstan wurde ohne ausreichende Vorsichtsmaßnahmen betrieben, so daß große Flächen mit Ölschlamm bedeckt sind. Das Testgelände für B- und C-Waffen auf der „Insel der Wiedergeburt“ im Aralsee hat noch nicht übersehbare Schäden hinterlassen. Damit sind nur die offensichtlichsten Umweltnotstände angesprochen. Sie deuten jedoch an, wie sehr diese Region, gesteuert von der Planungszentrale in Moskau, in der Vergangenheit auf Kosten der eigenen Zukunft produziert und gelebt hat.

Der ökologische Eingriff am Aralsee kann wie folgt beschrieben werden¹⁴. Von der jährlich verfügbaren Wassermenge in Zentralasien im Umfang von 140 km³ ergießen sich 90 % in das Einzugsgebiet des Aralsees. Die beiden Flüsse Amu Darja (73 km³) und Syr Darja (37 km³) nehmen davon den größten Teil auf. Insgesamt wird in Zentralasien der allergrößte Teil, nämlich 128 km³ für Bewässerung entnommen, wobei naturgemäß ein Teil hiervon, wenngleich von Salz und Chemikalien durchsetzt, in die Flüsse zurückfließt. Diese Wasserentnahme in Zentralasien entspricht 73 % der gesamten Wassernutzung in der früheren Sowjetunion. In dem viel größeren Rußland wird nicht

14 Die Beschreibung stützt sich im wesentlichen auf die folgenden Arbeiten: Philip Micklin, *The Water Crisis in Soviet Central Asia*, in: P. R. Pryde (Anm. 1), S. 213–232; Murray Feshbach/Alfred Friendly, *Ecocide in the USSR*, New York 1992; Mildred Turnbull, *Soviet Environmental Policies and Practices*, Brookfield, Vt. 1991.

einmal ein Drittel dieser Wassermenge zu Nutzzwecken verwendet. Abgesehen von einem außerordentlich hohen Verdunstungsgrad der offenen Bewässerungsanlagen, gibt es auch riesige Wassermengen, die auf Grund ihrer Leitungsführung für den Wasserhaushalt des Aralsees vollständig verloren gehen, so insbesondere der Karakum Kanal, der jährlich über 14 km^3 ableitet. Im Ergebnis führen die beiden großen Flüsse nur noch wenig Wasser (im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1988 waren es $7,4 \text{ km}^3$ im Vergleich zu 60 km^3 im Jahr 1960) in Form einer braunen Chemiebrühe in den See.

Seit 1960 ist der Wasserspiegel um 15 Meter gesunken, der See hat fast die Hälfte seiner Fläche und zwei Drittel seines Volumens verloren¹⁵. Der Salzgehalt des Gewässers hat sich verdreifacht und liegt damit über dem des Toten Meeres. Im See gibt es keine Lebewesen mehr, die Fischerei und Fischverwertung wurden eingestellt. Das Verschwinden des Sees ist für Ende der ersten Dekade des nächsten Jahrhunderts vorausgesagt, wenn keine ernsthaften Maßnahmen zu seiner Rettung eingeleitet werden.

So einschneidend die Vernichtung dieses $66\,000 \text{ km}^2$ großen Sees als Änderung der Geographie dieses Raumes wirkt, so gibt es doch noch Bedrückenderes an dieser Katastrophe: Die Fruchtbarmachung von Boden in dieser Region geschieht nicht nur durch Bewässerung. Der Einsatz einer wachsenden Menge Düngemittel ist notwendig, weil die Böden durch die Monokultur ausgelaugt sind. Pestizide sind auf Grund der einseitigen Bewirtschaftung in steigendem Maße notwendig, und der Einsatz von DDT, obwohl seit 1982 verboten, ist in einer vielfachen Menge im Vergleich zu anderen Landwirtschaftsregionen der früheren Sowjetunion nachgewiesen. Dementsprechend sind Grund- und Flußwasser und damit das Trinkwasser für einen großen Teil der Bevölkerung (etwa die Hälfte der Bevölkerung Zentralasiens lebt in der näheren Umgebung des Syr Darja) in einer hohen Konzentration verseucht. Die Salzwüste, die der trockengelegte Seeboden freigibt, bietet Nahrung für Stürme, die jährlich über 100 Millionen Tonnen eines mit Chemikalien versetzten Salz-Sand-Gemischs zum Teil Tausende von Kilometern weit tragen. In der näheren Umgebung des Sees schlägt sich jährlich über eine Tonne dieses Gemischs pro Hektar nieder, wodurch nicht nur die Böden, sondern auch die auf dem Feld arbeitenden Menschen verseucht werden.

Insbesondere in den seenahen Regionen leiden die Menschen zu einem überwiegenden Teil an Ge-

¹⁵ Vgl. Ulrich Weißenburger, Umweltprobleme in den Nachfolgestaaten der UdSSR, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, April 1993, S. 115.

sundheitsschäden. Hans-Jochen Vogel schreibt in einem Reisebericht: „78 % der Bevölkerung gelten als krank. Von den Ärzten wurden als häufigste Krankheiten Erkrankungen der Atmungsorgane, Infektionskrankheiten, Krebs (vor allem Speiseröhrenkrebs), Leukämie, Anämie und Entzündungen aller Art genannt; 1990/91 seien auch Pest und Cholera aufgetreten.“¹⁶ Weiter werden in diesem Bericht eine Reduzierung der Lebenserwartung um mindestens zehn Jahre, eine Kindersterblichkeit von bis zu 15 % und Krankheitsindikationen bei 95 % der Mütter zum Zeitpunkt der Geburt genannt.

Sofern man die lange diskutierten Lösungsansätze durch Umleiten von nach Norden gerichteten Flüssen oder das Pumpen von Wasser aus dem Kaspischen Meer mit all den daraus folgenden dramatischen ökologischen Problemen außer acht läßt, muß der Lösungsweg bei der Reduzierung des Wasserverbrauchs für Bewässerung und der Verminderung des Einsatzes von Chemikalien liegen. Die Reduzierung des Wasserverbrauchs könnte zum einen dadurch erfolgen, daß große Bewässerungsflächen stillgelegt werden. In diesem Sinn böte sich vor allem an, daß Turkmenistan auf seine Baumwollproduktion mit Hilfe des Karakum-Kanals verzichtet, da es über Erdgas ohnehin zu überdurchschnittlichem Reichtum gelangt. In Usbekistan müßte vor allem die Verschwendung von Wasser durch ineffiziente Anlagen verringert werden. Dies erfordert Investitionsmittel, über die das Land derzeit nicht verfügt, die deshalb, wenn die Rahmenbedingungen geeignet sind, in Form von Entwicklungshilfe von außen kommen müßten. Voraussetzung ist auch die Veränderung der Mentalität beim Baumwollanbau, d. h., die Produzenten sollten verinnerlichen, daß Wasser ein kostbares und tatsächlich auch teures Gut ist. Dies bedeutet, daß nur über eine Systemreform, für die derzeit die Machtkonstellationen nicht gegeben sind, die Problemlösung in Angriff genommen werden kann.

Ein weiterer Lösungsansatz wird derzeit in Kasachstan diskutiert, nämlich, daß der Nordteil (also gewissermaßen der kasachische Teil) des Aralsees, der schon durch eine Landzunge weitgehend vom Südtteil getrennt ist, mittels Dammbau ganz abgetrennt wird und über den Syr Darja gezielt aufgefüllt würde. Dies würde allerdings einen Konflikt mit Usbekistan auslösen, dessen Problem durch den fehlenden Wasseraustausch mit dem Nordteil nur noch größer würde. So bleibt als reale und bestenfalls über mehrere Jahrzehnte wirksame Lösung nur ein integrierter Ansatz, der einen poli-

¹⁶ Hans-Jochen Vogel, Delegationsreise nach Kasachstan und Kirgystan, 28. 4.–7. 5. 1993, Bonn, 10. 5. 1993, S. 9.

tischen und gesellschaftlichen Umdenkungsprozeß bezüglich der Vereinbarkeit von Ökonomie und ökologischem Gleichgewicht ebenso einbezieht wie effiziente und ressourcensparende Technologien zum Einsatz bringt und hierfür die Finanzierung sichert. Dazu bedarf es eines regionalen und internationalen Konsenses, um den man sich bemühen sollte, den aber die bestehenden Konsensbildungsmechanismen in der Region (patriarchalisches Klansystem) bisher ausschließen.

Die nukleare Verseuchung kann hier kurz abgehandelt werden, da ein eigener Artikel diese Problematik zum Inhalt hatte¹⁷. Zusammengefaßt geht es vor allem um die nukleare Verseuchung von großen Landstrichen im Bereich des offiziellen Atomtestgeländes Semipalatinsk, in dem über 700 Atombomben mit dem Potential von 20 000 Hiroshima-Bomben teils oberirdisch, teils unterirdisch gezündet wurden. Von der Verseuchung sind etwa eine Million Menschen unmittelbar und dauerhaft betroffen¹⁸. Doch gelangen laufend weitere Strahlungspotentiale über undichte Stellen der unterirdischen Gesteinsblasen in das Grundwasser und die Flüsse, so daß weitere Verstrahlungen auf Dauer zu erwarten sind. Neben Semipalatinsk, dem größten, haben sich in Kasachstan weitere 19 Atomtestgelände befunden, in deren Einzugsbereich 75 % der kasachischen Bevölkerung leben sollen¹⁹. Die Auswirkungen auf die Gesundheit erweisen sich vor allem in einer akuten Schwächung des Immunsystems.

Wie sehr die zentralasiatischen Staaten auch über diese gravierenden Umweltschäden hinaus in die in der Sowjetunion übliche Sorglosigkeit bei der Belastung der Umwelt einbezogen waren, zeigen die Daten über Luft-, Gewässer- und Bodenverschmutzung. Es werden Werte erreicht, die zu einem großen Teil die selbst festgelegten Grenzwerte um ein Vielfaches überschreiten²⁰.

Stellte man eine Vermögensrechnung für die Anlageinvestitionen (alle Infrastruktur- und Produktionsstätten) dieser Region auf und zöge davon die Negativinvestitionen durch Zerstörung der Umwelt ab, und zwar nur die Schäden, die irgendwann einmal saniert werden müssen, wenn die Region sich im wahrsten Sinne des Wortes als „lebensfähig“ entwickeln will, so käme man nach grober Schätzung auf seine negative Summe. Dies bedeu-

tete, daß das Wachstum vergangener Jahrzehnte ausschließlich auf Kredit zustande gekommen wäre. Nun werden Zinsen und Tilgungszahlungen in Gestalt von Gesundheitskosten bzw. Arbeitsausfällen wegen Krankheit, negativem Wachstum wegen Übernutzung der Böden sowie Wachstumsverzicht, um die Voraussetzungen für Strukturwandel zu schaffen, fällig.

III. Entwicklungsaussichten

Es gibt gute Gründe, dieses auf der ökologischen Zerstörung beruhende pessimistische Bild für die Entwicklungsaussichten ernst zu nehmen. Ein hierfür indikativer Bereich, in dem dramatisches Wachstum stattfindet, ist der Anbau von Drogen. Kasachstan und Kirgistan haben den Opiumanbau für medizinische Zwecke legalisiert und damit die wichtigste Barriere zur Verhinderung von Drogenanbau beseitigt. Opium wird heute auf rund 125 000 ha in Zentralasien produziert, womit es neben Burma zum größten Opiumanbaugebiet geworden ist²¹. Wie aus anderen Regionen der Welt bekannt ist, bringen Drogen zwar dringend benötigte Devisen ein, doch verhindert dieser Wirtschaftszweig die Entwicklung in Richtung auf ein modernes, wettbewerbsorientiertes, auf Rechtssicherheit beruhendes Wirtschaftssystem und ist damit ein wichtiger Indikator für eine mögliche fehlgeleitete Entwicklung. Zentralasien ist dank seiner Baumwollproduktion ohnehin die Ursprungsregion der sowjetischen Mafia und der Wirtschaftskriminalität. Die undemokratische und wettbewerbsfeindliche Führungsstruktur in Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan leistet diesem Gebahren zusätzlich Vorschub. Diese Umstände geben durchaus Anlaß, die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Region mit Sorge zu betrachten.

Es gibt aber auch Ressourcen und Aktivitäten, die eine Entwicklung zum Besseren fördern können. An erster Stelle sind hier die Erdöl- und Erdgaspotentiale in Kasachstan und Turkmenistan zu nennen, die für diese beiden Länder den Zufluß von Devisen und damit auch dringend benötigte Investitionsmittel bereitstellen können. So möchte Kasachstan mit Hilfe verschiedener westlicher Ölunternehmen (das Abkommen mit Chevron vom April 1993 zur Erschließung des Tengis-Feldes ist das bekannteste) seine Erdölproduktion von 27 Mio. Tonnen (1991) auf 42 Mio. im Jahr 2000 er-

17 Vgl. Gundula Bahro, Tödliche Erbschaften – das atomare Potential in Kasachstan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/92, S. 39–46.

18 Vgl. H.-J. Vogel (Anm. 16), S. 3.

19 Vgl. Siegrun Klemmer, Ökologische Problemfelder Kasachstans, Reiseberichte, Delegationsreise nach Kasachstan, 28. 4.–7. 5. 1993, Mai 1993, S. 1.

20 Vgl. U. Weißenburger (Anm. 15), S. 115–149.

21 Vgl. Nancy Lubin, Central Asia, Dangers and Dilemmas, in: Harvard International Review, (1993), S. 6–9.

höhen²². Möglicherweise können längerfristig durch solche Investitionsmaßnahmen auch für das eher überbesiedelte Usbekistan (Gast-) Arbeitsplätze in diesen energiereichen Ländern entstehen, oder die beiden energiereichen Länder könnten einen größeren Anteil an der Schaffung einer sinnvollen Infrastruktur für die ganze Region übernehmen.

Ein anderes positives Element ergibt sich aus dem Bemühen um den Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie und damit um die Entwicklung diversifizierter Strukturen zur Überwindung des zentralistischen sowjetischen Modells. So hat z. B. Usbekistan seine Baumwollexporte in die GUS reduziert und in westliche Länder erhöht. Im Gegenzug zum Export von 16 500 Tonnen Baumwolle hat ein dänisches Unternehmen den Bau einer Jeans-Firma übernommen.

Im Handel mit den GUS-Ländern haben sich die zentralasiatischen Staaten durchaus bemüht, an einem gemeinsamen Wirtschaftsraum festzuhalten. Ihre intensive Abhängigkeit von industriellen Fertigprodukten vor allem aus Rußland hat sie zu dieser konservativen Position bewogen, wenngleich Turkmenistan sich schon früh wieder absonderte. Lange Zeit hielten die zentralasiatischen Staaten an der Rubel- und der Freihandelszone innerhalb der GUS fest. Inzwischen haben diese Staaten erkannt, daß Rußland nur bedingt an der Erhaltung des gesamten Wirtschaftsraumes der GUS interessiert ist. Seit Anfang 1993 versucht Rußland, für Energielieferungen Weltmarktpreise zu verlangen, statt Tausch-Geschäfte abzuschließen, womit ein wesentlicher Vorteil aus der Wirtschaftsgemeinschaft der GUS entfällt. Das Verbleiben in der Rubelzone wird für die anderen Staaten an Bedingungen geknüpft, ohne daß diese Länder einen nennenswerten Einfluß auf die Währungspolitik hätten. So gibt es verschiedene Bemühungen der zentralasiatischen Staaten um die Schaffung einer ökonomischen Subregion, gewissermaßen als Rückfallposition. Bei der Ausarbeitung eines Dokuments für eine gemeinsame Zollpolitik im März 1992 nahm Turkmenistan zwar nicht teil, aber bei der Gipfelkonferenz in Taschkent am 3./4. Januar 1993 hielt sich das Land bei den Bemühungen der fünf Staaten um die Schaffung eines gemeinsamen Marktes nicht zurück. In der Reformpolitik gehen die Staaten mit unter-

schiedlichem Engagement vor. Dies bewog Kirgistan, im Mai 1993 im Alleingang eine eigene Währung einzuführen, wodurch der Handel zwischen den Staaten stark beeinträchtigt wird.

Der weitergehende Ansatz für einen internationalen Wirtschaftsraum bietet die Mitgliedschaft in dem Economic Cooperation Council (ECO), der 1964 von der Türkei, dem Iran und Pakistan gegründet wurde und mit der Aufnahme der zentralasiatischen Staaten im Februar 1992 revitalisiert werden sollte. In der Tat haben mehrere Gipfelkonferenzen des ECO inzwischen stattgefunden. Es geht, wie bereits bei dem ersten Treffen der Staatschefs in Aschhabad (Mai 1992) festgelegt wurde, vor allem um die Schaffung einer Infrastruktur, welche die sternförmige Ausrichtung der zentralasiatischen Staaten auf Moskau hin auflösen soll. So ist vom Bau einer Autobahn und Eisenbahnlinie, die die Hauptstädte von Ankara bis Almaty verbinden soll, die Rede; es geht vor allem um die Errichtung von Pipelines, die Turkmenistan vom GUS-Raum unabhängig machen sollen. Unklar ist jedoch noch immer, wie solche Großprojekte zu finanzieren sind. Immerhin übernimmt die Türkei eine weitreichende Funktion zur Unterstützung des Transformationsprozesses, soweit er in diesen Ländern in Gang kommt.

Gemessen an der Größe der Aufgabe – der ökologischen Sanierung, des Umbaus der Wirtschaftsstruktur und des Abbaus wirtschaftsstruktureller Altlasten sowie der Veränderung des Wirtschaftssystems in Richtung auf ein wettbewerbsorientiertes Marktsystem – erscheinen die wenigen erfolgversprechenden Ansätze wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Verschlechterung der Situation im ökologischen Bereich zum Stillstand zu bringen, wäre schon ein Erfolg. Dabei bedeutete dies nur den Erhalt des Status quo einer für viele Menschen äußerst bedrückenden Situation. Es wäre wichtig, in Einzelbereichen aufzuzeigen, daß Verbesserungen möglich sind, wenn mit der Transformation zu einem effizienteren und dabei auf die Umwelt mehr Rücksicht nehmenden Wirtschaftssystem ernst gemacht würde. Hierfür könnte die Türkei ein besonders wichtiger Partner sein. Dazu wäre auch die Bereitstellung von Investitionsmitteln durch westliche oder nahöstliche Staaten (Saudi-Arabien) von großer Bedeutung. Doch muß realistischere auch klargemacht werden, daß die Voraussetzungen für einen Systemwandel, der eine nachhaltige Entwicklung zuläßt, nicht günstiger sind als in den meisten Ländern der Dritten Welt.

22 Vgl. Sheila Marnie/Erik Whitlock, Central Asia and Economic Integration, in: RFE/RL Research Report, (1993) 14, S. 34–44.

Zentralasien zwischen Nationalbewegung und Autokratie

I. Einleitung

Durch den Zerfall der Sowjetunion und die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken wurde eine der wichtigen Forderungen der Nationalbewegungen erfüllt. Die Definition der Nationalbewegungen bzw. der informellen Gruppen in Zentralasien war jedoch schwierig, weil sich die Themen und Forderungen dieser Bewegungen nicht auf Sezession beschränkten und national begrenzt blieben, sondern darüber hinaus sozialer, demokratischer, ökologischer, ökonomischer und religiöser Natur waren. Hinzu kamen gesellschaftliche Veränderungen und der Übergang zu Privateigentum und marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Des weiteren bestanden die Schwierigkeiten einer Definition der Nationalbewegungen darin, daß ein Teil der republikanischen Machtelite die Forderungen der Nationalbewegungen aktiv unterstützt hatte und dementsprechend ein Segment der Nationalbewegung war.

Nach der Unabhängigkeit der Republiken veränderten sich die Programme und Machtkonstellationen innerhalb der Opposition. Demokratie, innerstaatliche Machtansprüche und Konflikte gewannen zunehmend an Bedeutung und rückten mehr und mehr in den Vordergrund. Die alte Nomenklatura rang um den Erhalt ihrer Machtposition und bediente sich repressiver Maßnahmen gegenüber den aufkommenden Nationalbewegungen in Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenien, die außerhalb der Nomenklatura entstanden waren. Somit kann man nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von einer Identität von Nationalbewegung und Opposition sprechen.

Heute herrschen in den zentralasiatischen Republiken weder totalitäre Systeme noch ausgeprägt demokratische Machteliten, die sich teilweise traditioneller Gesellschaftsformen bedienen und somit versuchen, ihre autoritären Herrschaftsformen zu legitimieren. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Systeme und Strukturen ist eine allgemeingültige Definition unter dem Stichwort Autokratie für Zentralasien problematisch. Die auto-

kratischen Führungen Turkmeniens, Usbekistans und Tadschikistans versuchen, die oppositionellen politischen Kräfte zu neutralisieren, sobald diese ihre Herrschaft gefährden könnten. In Kasachstan und Kirgisien sind hingegen reformkommunistische Kader an der Macht, die mit einem ausgeprägten Präsidialsystem regieren. In allen zentralasiatischen Republiken haben bisher außer Präsidentschaftswahlen keine allgemeinen Wahlen stattgefunden.

Abgesehen von den Herrschaftsverhältnissen kann man das derzeitige Zentralasien trotz des überwiegend gemeinsamen kulturellen und historischen Erbes nicht als eine regionale Einheit betrachten. Die sprachlichen Unterschiede gehen mancherorts über die eines Dialektes hinaus und bilden eine Verständigungsbarriere innerhalb der turksprachigen Bevölkerung. Die Sowjets hatten, statt die Einheit der Turksprachen zu fördern, häufig die Alphabete verändert und Stammes- bzw. Dynastiesprachen als Republikssprachen eingesetzt. Die turksprachigen Usbeken und Turkmenen wiederum besitzen das kulturelle Erbe Irans, so daß die kulturellen Unterschiede z.B. zwischen Kirgisien und Usbeken größer als zwischen den iranischsprachigen Tadschiken und Usbeken sind. Ihre Religion ist durch Islamisierung innerhalb verschiedener Zeiträume ebenfalls segmentiert; somit ist eine einheitliche zentralasiatische Definition des Islam nicht vorhanden. So ist bei den spät islamisierten nomadischen Kasachen und Kirgisien der Islam weniger entwickelt als bei den seßhaften Usbeken.

Auch die ethnische Homogenität Zentralasiens wird unter anderem durch die in den Republiken lebenden Russen durchbrochen. In Kasachstan sind 38 Prozent der Bevölkerung Russen, in Kirgisien 21 Prozent, in Usbekistan 8 Prozent, in Turkmenien 9,5 Prozent und in Tadschikistan 8 Prozent (vor dem Bürgerkrieg). Allein in Kasachstan leben 100 verschiedene Ethnien und Nationen. Über 60 Völker leben allein in der südkirgisischen Osch-Region. Die religiöse, politische und nationale Ethnizität Zentralasiens ist keineswegs homogen, und das politische und ideologische Spektrum ist breit und umfaßt demokratische wie fanatische Strömungen. Selbst innerhalb der Republikgrenzen ist Heterogenität eine normale Erscheinung.

II. Nationalbewegung und Nationalismus

Vor der Oktoberrevolution 1917 kann von einem kasachischen, tadschikischen, kirgisischen oder usbekischen Nationalismus nicht gesprochen werden, vielmehr existierten örtliche Mundarten und stammesgebunden begrenzte Identifikationsmuster; es dominierten kleine ethnische Gruppierungen, die sich oftmals befehdeten. Die von den Sowjets zu meist willkürlich gezogenen Republikgrenzen in Mittelasien standen im Widerspruch zu den ethnischen und religiösen Verbindungen sowie zu den kulturellen Zugehörigkeiten. Die auf der Basis verschiedener türkischer und iranischer Sprachen sowie Dialekte begründeten Republiken bildeten in den siebzig Jahren sowjetischer Herrschaft unterschiedliche kulturelle und nationale Wertsysteme aus, in denen potentielle Konflikte bereits angelegt waren. Somit ist das Nationswerdungs niveau der zentralasiatischen turksprachigen Ethnien auch bedingt durch künstliche Grenzziehung und Wahl einer bestimmten Mundart zur Republikssprache. Die Zerstörung der Strukturen der alten nationalen Eliten kam Anfang der dreißiger Jahre noch hinzu. Durch eine Nationalitätenpolitik, die die Fragmentierung der Turkvölker förderte, sollten sogenannte pan-türkische Tendenzen eingedämmt werden. Die sowjetische Annahme, daß sich die Nation durch die fortschreitende Industrialisierung und Sowjetisierung (Russifizierung) zu einer multiethnischen Gesellschaft integrieren ließe, erwies sich jedoch als utopisch. Vielmehr führte die überwiegend erzwungene Integration der Ethnien und Nationen letztendlich zur Erosion des „realsozialistischen“ Systems.

Der zentralasiatische Nationswerdungsprozeß wurde durch die sowjetische Industrialisierungspolitik sowie durch Stalins Deportationspolitik zusätzlich erschwert. Infolge der Industrialisierung migrierten Millionen russischer Fachkräfte nach Zentralasien. Durch die Deportationen wurde die „Ökologie der zentralasiatischen Ethnien“ zerstört. Die sowjetische Forderung der Zweisprachigkeit galt für die Angehörigen nichtrussischer Völker und förderte letztendlich die Russifizierung.

Die sowjetische Migrations- und Sprachenpolitik provozierte den Widerstand der zentralasiatischen Bevölkerung. Mit Gorbatschows Perestroika wurden die wirtschaftliche Unterentwicklung und Peripherisierung Zentralasiens und die soziale Benachteiligung ins Gedächtnis gerufen, und antikoloniale Themen bildeten die Basis für die ideologische Legitimation der Nationalbewegungen. Glasnost

machte bestehende alte und verborgene nationale Probleme sichtbar. Eine offene Auseinandersetzung mit der zentralasiatischen und türkischen bzw. iranischen Geschichte verlieh den Nationalbewegungen Zentralasiens weitere Schubkraft. Mitte der achtziger Jahre kamen noch nationale ökologische Themen hinzu; insbesondere in Usbekistan und Kasachstan wurden sie zu einem wichtigen Bestandteil nationaler Ideologie. Ende der achtziger Jahre wurden auch interethnische Friedensinitiativen Bündnispartner der Nationalbewegungen. Diese hatten zu Beginn der Perestroika keine eigenständigen Überzeugungssysteme hinsichtlich Nationalismus, Ökologie, Islam und Demokratie.

In allen zentralasiatischen Nachfolgestaaten erfolgte die nationale Wiedergeburt über die Bildung einer neuen politischen Elite und Ideologie, die über den bisherigen Kreis der Nomenklatura und deren realsozialistischen Ideen hinaus ging. Der Entkolonialisierungsprozeß kam allmählich in Gang. Alleine die wachsende demographische Entwicklung der islamischen Völker beruhigte die Führungen der zentralasiatischen Republiken, und beim politischen Zerfall der Sowjetunion spielten sie, im Gegensatz zum Baltikum, keine entscheidende Rolle. Die Republikführungen sahen der Auflösung der Sowjetunion mit gemischten Gefühlen entgegen, weil sie von Moskau wirtschaftliche Hilfeleistungen erwarteten und glaubten, daß sie ohne Transferzahlungen nicht überleben könnten. Die von der alten Ideologie unabhängigen Kräfte und Bewegungen nahmen daher zunächst nur langsam zu. Sie waren nach zwei Richtungen orientiert. Neben der nationaldemokratischen Opposition, die sich als säkularistisch und liberal verstand, entfalten sich gemäßigt auftretende islamische Organisationen, die zunächst auf Gewalt verzichteten. Nur in Turkmenien konnte sich eine Oppositionsbewegung kaum entwickeln; die informelle Bewegung „Agzibirlik“ blieb relativ schwach. Die Entwicklung der nationaldemokratischen Bewegungen als Opposition, insbesondere in Usbekistan und Kirgisien, aber auch in Kasachstan und Tadschikistan, läßt sich wiederum in einem Verlaufsschema erkennen.

1. Teile der nationalen Intelligenz, die überwiegend aus akademischen Kreisen bestanden, stellten gemäßigte politische Forderungen auf, die zunächst von der konservativen bürokratischen Republikführung abgelehnt wurden.

2. Diese nationale Intelligenz unterstützte und organisierte die Bildung informeller Gruppen, die unter anderem die Verwirklichung der Perestroika forderten. Ein Teil der „Reformkommunisten“ war in diesen Prozeß ebenfalls involviert.

3. Die Mobilisierung der Massen erfolgte über die Bildung volksfrontähnlicher Organisationen aus den verschiedenen informellen Gruppen. In Usbekistan waren dies „Birlik“, in Kirgisien die „Demokratische Bewegung Kirgisiens“, die usbekische Minderheitenvertretung in der kirgisischen Stadt Osch, „Usbek Adalet“, in Kasachstan der „Volkskongreß Kasachstans“ und andere kleine Gruppierungen wie „Alasch“, „Azat“, „Sheltakson“, in Tadschikistan die Volksfront „Rastochez“, die „Demokratische Partei Tadschikistan“ sowie die Minderheiten-Volksbewegung „Wahdad“ und in allen zentralasiatischen Republiken die Dependence der „Islamischen Wiedergeburtspartei“. Außerdem bildeten sich Interessenvertretungen der Russen und anderer nationaler Gruppen.

4. Teile dieser Volksfrontbewegungen formierten sich entweder zu einer nationaldemokratischen oder islamischen Partei, andere wurden nicht zugelassen oder verboten. Gegenwärtig sind sämtliche Oppositionsbewegungen und Parteien in Tadschikistan, Turkmenien und Usbekistan verboten, weil sich nach der Unabhängigkeit ihre Aktivitäten vor allem gegen die Herrschaftseliten in den neuen Republiken wandten.

In Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan bildete sich die nationaldemokratische Bewegung gegen die kommunistische Nomenklatura etwas früher als in Turkmenien und Usbekistan heraus. Bereits 1988 entfalteten sich zum Beispiel zirka 300 informelle politische Gruppen in Kasachstan. In diesen sowie in den anderen zentralasiatischen Republiken waren identische Strukturen zu beobachten. Die Nationalbewegung war ein Sammelbecken für eine Vielzahl von heterogenen Initiativgruppen wie Gesprächskreise, Komitees, Foren, Unterschriftenaktionen oder Bürgerinitiativen, die sich am Ende in volksfrontähnlichen Organisationsformen organisierten. Einige bestanden nur kurze Zeit und gingen in anderen Gruppierungen auf. Die lose, teilweise unverbindliche Organisationsform der Volksfronten basierte auf der Beteiligung breiter Bevölkerungsgruppen. Trotzdem kam es zu keiner Institutionalisierung der informellen Gruppen. Außer in den Hauptstädten fehlten der überwiegenden Mehrheit der Organisationen eigene Büros und Versammlungsorte, um nach ihrem basisdemokratischen Verständnis operieren zu können. Allein die „Kirgisische Demokratische Bewegung“ bestand aus 30 Organisationen, von denen sich nur die „Erkin“ und „Asaba“ als oppositionelle Parteien ausbilden konnten.

Die Verbindungen der nationalen demokratischen Kräfte blieben unter den Republiken zwar bestehen, doch durch permanente finanzielle Engpässe und unprofessionelle Kader blieb ihr Einfluß

begrenzt. Die neue nationaldemokratische Elite bestand überwiegend aus systemintegrierten Intellektuellen. Eine revolutionäre demokratische Opposition, die mit dem System alle Verbindungen gebrochen hat und sich ernsthaft um die Übernahme der Regierungsverantwortung bemühte, entstand nur in Tadschikistan. Eine weitere Schwäche der demokratischen Kräfte war, daß ihre Führung kaum internationale Kontakte pflegen konnte, wodurch sowohl die Erfahrungen der internationalen Kräfte als auch deren Hilfe ausblieb. Die islamischen Gruppen waren wesentlich besser organisiert als die demokratische Opposition. Das geheime Sufitum (mystische islamische Bewegung), das traditionellerweise im Untergrund aktiv war, bildete die Basis des radikalen Islam. Doch ihre Hauptkonkurrenz, der offizielle Islam, konnte den Sufismus, außer in Tadschikistan und teilweise in Usbekistan, letztendlich unter Kontrolle halten.

Die alte Nomenklatura in den zentralasiatischen Staaten hatte großes Interesse an Stabilität. Die Republikführungen waren stark zentralistisch organisiert, hatten langjährige Machterfahrung und konnten sich durch enge Kontakte mit der Türkei zuerst legitimieren und später etablieren. Der türkischen Regierung, die selbst euphorische pantürkische Träume hegte, war die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von der Sowjetunion wichtiger als die Ablösung der alten Machteliten. Obwohl die Regierung der Türkei antikommunistisch eingestellt ist, stand sie der autoritären Nomenklatura bei und versäumte es nach der Unabhängigkeit, die demokratische Opposition zu unterstützen. Diesen Fehler haben die iranischen und afghanischen Machthaber im Falle Tadschikistans nach der Unabhängigkeit vermieden und insbesondere die ihrer Ideologie entsprechende islamische Opposition unterstützt.

Obwohl die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken zum Teil ein Geschenk Moskaus war und die demokratische Opposition die Schlußphase der Entkolonialisierung ihrer Republiken mit Teilen der Nomenklatura (Reformkommunisten) gemeinsam erreicht hat, blieb ihr Einfluß auf die Demokratisierung Zentralasiens begrenzt. Die alte Machtelite behielt die Kontrolle des Demokratisierungsprozesses in ihrer Hand. Somit war auch der Nationalismus ein Instrument der alten Nomenklatura, das zur Rechtfertigung der Abtrennung der Republiken vom Zentrum diente. Da der zentralasiatische Nationalismus nicht mit einem Aufstieg des liberalen Bürgertums einherging, sondern eine Kontinuität mit dem alten Bürokratismus aufwies, wandelte sich die Form der Herrschaft in das eines autokratischen Systems. Während des Augustputschs 1991 wurde die Demokratisierung nicht

durch den Druck der breiten Bevölkerung, kanalisiert in volksfrontähnlichen Organisationen, in Gang gesetzt, sondern sie blieb, mit Ausnahme von Kirgisien, von oben verordnet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb für die Nomenklatura zunächst der republikbezogene Nationalstaat die einzige mögliche Alternative, um ihre Machtinteressen zu erhalten. Nationalismus als Ideologie konnte das vom Realsozialismus hinterlassene Vakuum füllen, nicht aber die Demokratie, die für Zentralasien genauso nötig war wie die sanfte Entkolonialisierung vom ehemaligen Zentrum. Die Besonderheit dieses Nationalismus war, daß er nicht genau definiert wurde und seine Grundlagen auf der von den Sowjets bestimmten alten politischen Ordnung und den Republikgrenzen beruhten.

Der Nationsbildungsprozeß der zentralasiatischen Republiken ist keineswegs abgeschlossen. Nationalismus und Demokratie sind mit dem Fortschreiten der Staatenbildung meist schwer miteinander zu vereinbaren und können somit ethnische Zusammenstöße und Diskriminierung der Minderheiten hervorrufen. Dies verstärkt die Widersprüche zwischen den Ideologien und erschwert das innenpolitische Miteinander in den zentralasiatischen Nationen mit ihrem Staatsbildungsprozeß. Der zentralasiatische Nationalismus zeigt so seine reaktionäre Seite. Progressiv-demokratische Züge kamen lediglich zum Ausdruck, als man sich für die Entkolonialisierung von Rußland aussprach und sich auch gegenüber konservativen Republikführungen zur Wehr setzte. Das Eintreten für Menschenrechte, die Verteidigung der ökologisch geschädigten Heimat und der Wunsch nach der Wiedererlangung einer gemäßigten islamischen Identität hatten angesichts der Zwangsatheisierung durch die Sowjets demokratische Züge. Die Forderungen nach einem Mehrparteiensystem und nach pluralistischer Machtbeteiligung der Opposition waren ebenfalls fortschrittliche Inhalte der nationalen demokratischen Bewegung.

Anders als in Usbekistan hat sich in Kirgisien, Kasachstan und Turkmenien eine mehr auf Clanstrukturen innerhalb des Stammesverbandes begründete subnationale Identität bewahrt, die sowohl bei politischen Ämtern als auch bei den nationalen Bewegungen eine wichtige Rolle spielt. Die feudalen und vorfeudalen Verhältnisse haben den Realsozialismus überlebt. Die Existenz dieser subnationalen Identität beeinflusste auch die Wahl der Präsidenten. Der turkmenische Präsident Nijasow gehört einem der wichtigsten Stämme seines Landes, den „Tekke“ an, der traditionell Machtpositionen besetzt hat. Der kasachische Präsident Nazarbajew wiederum stammt aus der süd-kasachischen Stammesföderation „Ulu Dschus“. Die kirgisische Opposition wirft dem Präsidenten

Akajew ebenfalls vor, er bevorzuge bestimmte Stammesinteressen in Kirgisien. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in Zentralasien immer wieder die traditionellen Herrschaftseliten von benachteiligten tribalen oder regionalen Gruppen und Herrschaftseliten abgelöst oder gezwungen wurden, die Macht zu teilen.

Der Nationalismus in Zentralasien war unter anderem ein Ausdruck der Ablehnung russischer bzw. sowjetischer kolonialer Bestrebungen. Er wurde dort mit einer islamischen Komponente türkischer bzw. iranischer Prägung ausgestattet. Dieser postkommunistische Nationalismus, der seit dem Zweiten Weltkrieg ständig wächst, gehörte zu den wichtigsten Kräften sowohl des Staats- als auch des Nationswerdungsprozesses. Diese nationale Wiedergeburt mobilisierte in Zentralasien einen Teil der Bevölkerung und führte mit zum Zerfall des Sowjetsystems. Der Nationalismus entzündete aber auch alte und neue gewaltsame interethnische Konflikte. Der Islam war insofern für die nationale Komponente bedeutsam, weil durch ihn die nationale Identitätsfindung verstärkt wurde. Islam und Turkismus spielten eine integrierende und konflikthemmende Rolle bei den ausufernden gewaltsamen Konflikten unter den Turkvölkern Zentralasiens. Aber auch der Versuch islamischer und nationalistischer informeller Gruppen, nach dem Osch-Konflikt in Kirgisien durch gegenseitige Kontakte die interturkische Feindschaft zu überwinden und eine ideologische Einheit Turkistans zu schaffen, ist an dieser Stelle zu nennen.

Es scheint, daß der mit sozialen Inhalten gefüllte Islam und Nationalismus für die alte Nomenklatura in Zentralasien der einzige Rivale um die Macht sein wird. Ein republiküberschreitender „supranationaler“ Turkismus und Islam ist bisher jedoch gemäßigt aufgetreten. In Usbekistan sind Vertreter dieser Ideologie unter anderem die Oppositionspartei „Erk“ und die kleine „Turkistanische Partei“, die für eine sogenannte „türkisch-islamische Synthese“ eintritt, die Größe eines Kulturvereins jedoch bislang nicht überschritten hat. In Kasachstan propagiert die radikale panturkisch-islamische Partei „Alasch“ den Aufbau eines einheitlichen Turkistans, sie verfolgt die Idee einer Einheit der Turkvölker und wird von türkischen rechtsextremistischen Gruppen unterstützt. Auch anderen nationalen Organisationen sind solche supranationalen Ideen nicht fremd. Bestrebungen zu einer zentralasiatischen Supranationalität gehen ebenfalls von der usbekischen Nomenklatura aus, die sich als natürliche Erbin Turkistans sieht und für die bevölkerungsreichste Republik Hegemonianspruch über Zentralasien erhebt. Dies erweckt jedoch wiederum bei der Atommacht Kasachstan Mißtrauen. Diese supranationalen Ideen werden

wahrscheinlich in diesem Jahrhundert eine Utopie sowohl für Zentralasien als auch für die Turkvölker und den Islam bleiben. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der zentralasiatischen Republiken in der Economic Cooperation Organisation (ECO) befindet sich noch im Anfangsstadium und geht über einen Republikegoismus noch nicht hinaus.

Der Nationalismus ist in den Grenzen der jeweiligen Republik nicht nur innerhalb der intellektuellen Eliten, sondern auch in der Bevölkerung stark ausgeprägt. Der republikbezogene Nationalismus wurde von der Nomenklatura mit Hilfe der Souveränitätserklärungen gefördert, die in allen zentralasiatischen „Obersten Sowjets“ verabschiedet wurden und somit die wichtigste Teilforderung der Nationalbewegungen befriedigten. Doch auf lange Sicht gesehen, erscheint dies als eine Übergangsphase, die sich zugunsten der Einheit Zentralasiens und der Turkvölker ändern wird, wenn eine entsprechend konstruktive und weltwirtschaftsintegrierende Politik sowohl von der Türkei als auch von den zentralasiatischen Turkrepubliken ausgehen wird. Angesichts dieser Möglichkeit verliert aber der Supranationalismus an Bedeutung und eine friedliche Entwicklung könnte somit erfolgen.

Gegenwärtig versucht jedoch Rußland seine Regionalmachtsinteressen zu sichern und den Einfluß auf Zentralasien wieder auszudehnen. Auch die Behandlung der russischen Minderheiten in Zentralasien ist eine Hilfe für die Argumentation Moskaus, die GUS beizubehalten und die betroffenen Staaten unter Druck zu setzen, ihre russischen Minderheiten zu schützen. Doch die Russische Föderation selbst hat Mühe, ihre Wirtschaft zu konsolidieren und ihre Einheit aufrechtzuerhalten. Viele Republiken der russischen Föderation haben mittlerweile ihre Souveränität ausgerufen; selbst die russischen Provinzen verfolgen separatistische Pläne.

III. Islam und Ökologie als Komponenten der Nationalbewegung

In Zentralasien waren Islam und Nationalismus stets eng miteinander verflochten. Trotz der Assimilationsversuche konnte die islamische Identität in der ehemaligen Sowjetunion nicht zerstört werden. Sie erwies sich als resistent gegenüber der atheistischen Staatsdoktrin. Somit wurde der Islam in Zentralasien zu einer bedeutenden Komponente des Traditionalismus, der Identitätsfindung und des Nationalismus. Dennoch sollte

die islamische Renaissance nicht mit dem politisch fanatischen Fundamentalismus verwechselt werden.

Die wichtigste islamische Opposition war die „Islamische Wiedergeburtspartei“, die im Juni 1990 in Astrachan gegründet wurde und einen islamisch-supranationalen Charakter für die gesamte UdSSR aufwies. „Zweigstellen“ existierten in allen zentralasiatischen Republiken. Die ethnische und nationalstaatliche Trennung sollte für alle muslimischen Völker der Sowjetunion überwunden werden. Die Partei ist gegenwärtig in Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan verboten; in Kirgisien und Kasachstan scheint sie derzeit sehr schwach zu sein. Die „Islamische Wiedergeburtspartei“ kämpfte in Tadschikistan mit anderen demokratischen Kräften gegen die alte Nomenklatura. Gleichzeitig stellt sie eine Alternative zum sogenannten „offiziellen Islam“ dar, der mit den ehemaligen Republikführungen eng zusammenarbeitete. 1990 wurde außerdem die „Islamische Demokratische Partei“ in der usbekischen Stadt Namangan gegründet, die heute als Hochburg der fundamentalistischen Bewegung Usbekistans eingeschätzt wird. Unter ihrer Bevölkerung soll das islamische Recht (Scharia) gelten. Da die islamischen Kräfte im Untergrund arbeiten, ist dies momentan schwer einzuschätzen. Sowohl die usbekische Führung, eine moskautreue Nomenklatura in nationalistischem Gewand, als auch Moskau versuchen allerdings, die „islamische Gefahr“ hochzuspielen und nehmen sie als Vorwand, die Opposition zu unterdrücken und den eigenen Machterhalt zu sichern. Weiter dient dieses neue Feindbild des Islam zur Legitimation, um die russische Waffenproduktion und die Militärstrukturen aufrechtzuerhalten.

In Alma-Ata, der Hauptstadt Kasachstans, wurde 1990 die Bewegung „Islam und Demokratie“ so wie die „Liga muslimischer Frauen“ gegründet. Dennoch existiert in Kasachstan keine islamische Opposition, die der kasachischen Führung gefährlich werden könnte. Die islamischen Parteien Zentralasiens, aber auch Teile der nationalen Bewegungen haben den Islam als Ideologie gegen die Moskauer Zentrale und den Marxismus benutzt. In Zentralasien formierte sich nach der Erlangung der Unabhängigkeit die Opposition gegen die Kontinuität der alten Herrschaftselite in einem islamischen und einem demokratischen Flügel. Nach der Unabhängigkeit distanzieren sich die nationalen demokratischen Bewegungen insbesondere in Tadschikistan und Usbekistan von den islamischen Bewegungen, gingen aber gegen die Republikführungen gerichtete Aktionsbündnisse ein. Es wäre jedoch verfehlt, in Kirgisien und in Kasachstan die Bedeutung des Islam zu über-

schätzen. Die demokratischen Kräfte dieser spätislamisierten Republiken treten für den Islam, aber auch für die Erhaltung der Muttersprache, Unabhängigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Wohnraum, Arbeitsbeschaffung sowie Ökologie ein. Zudem gibt es in Kirgisien und Turkmenien eine starke Religiosität, die Überreste feudalistischen und vorfeudalistischen Nomadentums aufweist.

Ein weiteres Anliegen der demokratischen Bewegungen war die Sorge um die Ökologie. Der Schutz des Territoriums vor Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen des Menschen war oberstes Anliegen und erhielt nationalen Symbolcharakter. Themen wie die katastrophale ökologische Zerstörung durch die Monokultur in den Baumwollregionen, die Austrocknung des Aral- und Balkaschsees sowie die Zustände auf dem Atomtestgelände Semipalatinsk wurden von den Nationalbewegungen als Kampfmittel gegen die Russen und die nach wie vor herrschende Nomenklatura eingesetzt. So tritt in Usbekistan die Volksfront „Birlik“ für die Rettung des Aralsees und die durch die sowjetische Baumwollmonokultur schwer geschädigte Umwelt ein und weist auf die von ökologisch bedingten Deportationen bedrohten, in Westusbekistan lebenden Karakalpakken hin. Die Ökologiebewegung Novaja-Semipalatinsk in Kasachstan, die sich gegen die Nukleartests der Republik engagierte, wurde zu einer Bewegung größeren Maßstabs. Sie war Kern der nationalen Unabhängigkeitsbewegung. In Kirgisien waren kleine informelle Gruppen wie „Ekolog“ und das „Komitee zur Rettung des Issykkul“ von Bedeutung. Auch in Turkmenien war die Frage der Ökologie ein zentraler Punkt im Programm von „Agzibirlik“. In Turkmenien haben die enormen ökologischen Schäden bereits zu der höchsten Säuglingssterblichkeit innerhalb der ehemaligen Sowjetunion geführt. Eine 1990 von Komsomol-Mitgliedern in Taschaut gegründete Zeitung, die die ökologischen Proteste verstärkt problematisierte, wurde nach sehr kurzer Zeit verboten.

IV. Autokratische Machtelite und Demokratie

Mittlerweile hat sich die alte Machtelite Zentralasiens den größten Teil der Forderungen der Nationalbewegungen und islamischen Organisationen zu eigen gemacht. In allen Republiken herrschen jedoch überwiegend die alten Machteliten, die unterschiedlich gewichtete autokratische Strukturen

aufweisen. In Kasachstan ist die Opposition nicht verboten und kann ihren politischen Aktivitäten nachgehen. Der reformkommunistische Präsident Nazarbajew verfügt jedoch über eine starke Machtposition. Er ist ermächtigt, Staatsprogramme zu bestätigen und den Umlauf der Nationalwährung zu kontrollieren. Das Kabinett ist ihm rechenschaftspflichtig. Die Vertreter des Präsidenten in den Regionen können von Nazarbajew sowohl ernannt als auch ihres Amtes enthoben werden. Die besondere ethnische Zusammensetzung Kasachstans erklärt die gemäßigte Nationalitätenpolitik Nazarbajews, der interethnische Konflikte zu vermeiden und Extremisten unter Kontrolle zu halten versucht. Aber auch Nazarbajew glaubt, autoritären Führungsstil und Marktwirtschaft miteinander verbinden zu können.

Ein extrem autokratisch geführter Staat in Zentralasien ist Turkmenien. Für eine wirtschaftliche Liberalisierung sind hier deutliche Anzeichen zu beobachten, während eine politische Demokratisierung bislang gänzlich ausblieb. Die Macht liegt hier noch ungebrochen in den Händen der alten kommunistischen Parteieliten. Eine wirkliche Oppositionsbewegung konnte sich in Turkmenien bislang nicht bilden. Die Intellektuellen Turkmeniens wandten sich zwar gegen den Moskauer Zentralismus und Kolonialismus, gegenüber der turkmenischen Nomenklatura, die nach wie vor Parlament und Regierung beherrscht, blieben sie jedoch machtlos. Nijazow wurde 1992 ohne Gegenkandidat erneut zum Präsidenten gewählt. Die neue Verfassung Turkmeniens sieht ein Präsidialsystem vor, das dem Präsidenten weitgehende Rechte einräumt. Er hat nicht nur die Befugnis, die Minister, sondern auch alle Richter und Generalstaatsanwälte zu ernennen. Der Präsident kann das Parlament auflösen, wenn es dem Ministerpräsidenten das Vertrauen entzieht. Religiöse und ethnische Parteien sind nicht zugelassen. Vertreter der oppositionellen Gruppe „Agzibirlik“ wurden für kürzere Zeit in Haft genommen, weil sie in Kirgisien an der Menschenrechtskonferenz teilnehmen wollten.

In Usbekistan sind sowohl die demokratische Volksbewegung „Birlik“ (nach eigenen Angaben 600 000 Mitglieder) als auch die „Islamische Wiedergeburtspartei“ bislang verboten und müssen im Untergrund arbeiten. Mitglieder der führenden demokratischen Opposition wurden wiederholt inhaftiert und gefoltert. Im April 1993 wurden erneut mehrere Oppositionsvertreter festgenommen. Die Kommunistische Partei wurde nur formell aufgelöst und in „Demokratische Volkspartei“ umbenannt. Ende 1991 wurde Islam Karimow zum Präsidenten gewählt. Der einzige zugelassene Gegenkandidat, Muhammed Salih von der

Oppositionspartei Erk, warf ihm Wahlfälschung vor. Die Toleranz gegenüber der kleinen und unbekannteren Partei Erk täuscht ein pluralistisches System vor, um sich nach außen demokratisch zu legitimieren. Trotzdem wurde die Oppositionszeitung von „Erk“ im Januar 1993 verboten, das Parteigebäude beschlagnahmt und Parteimitglieder vor Gericht gestellt. Wenn Karimow die demokratischen Kräfte weiterhin zu unterdrücken trachtet, wird er nur die im Untergrund arbeitenden Fundamentalisten stärken. De facto wird auch Usbekistan nach wie vor in Regierung und Parlament von der alten Nomenklatura beherrscht. Seitdem Karimow als Präsident bestätigt wurde, baut er ein Präsidialsystem auf. Er regiert autoritär und hauptsächlich mit präsidialen Dekreten, wobei ihm ein Präsidialrat zur Seite steht. Gewaltenteilung existiert faktisch nicht.

Präsident Karimow verhalf den moskautreuen Kräften in Tadschikistan mit Waffen und Truppen zum Sieg über die demokratische und islamische Oppositionen, die er ebenfalls fürchten muß. Rußland förderte die Zusammenarbeit mit Karimow und anderen autokratischen Führungen Zentralasiens (außer in Kirgisien) und versucht, innerhalb der muslimischen GUS-Republiken und im Kaukasus seinen Einfluß beizubehalten. Karimow und der turkmenische Präsident Nijasow sind Persönlichkeiten mit stark autokratischen Zügen. Sie verfolgen dieselbe Linie und halten eine Demokratie westlichen Musters für die zentralasiatischen Republiken für nicht geeignet. Wie sich zeigt, ist politische Stabilität der beste Garant für eine wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung eines säkularen, nicht fundamentalistischen Staates. Die zentralasiatische Herrschaftselite rechtfertigt ihre autoritäre Haltung und ihre präsidiale Demokratie mit der gewaltigen Last der neuen Staats- und Nationenbildung und der wirtschaftlichen Konsolidierung ihrer Republiken. Die gegenwärtige politische Entwicklung, wie sie vor allem in Turkmenien, Usbekistan und Tadschikistan praktiziert wird, läßt nur pessimistische Prognosen für die Zukunft zu.

In Tadschikistan, wo die nationalen demokratischen und islamischen Kräfte gemeinsam für die Ablösung der alten Kader kämpften und sich sogar ein halbes Jahr an der Macht beteiligten, ist die Opposition geschlagen worden. Nach dem Sieg der moskauorientierten Kräfte wurden ihre Anhänger brutal verfolgt, verschleppt und ermordet. Viele flüchteten nach Afghanistan. Im Sommer 1993 verbot das oberste Gericht Tadschikistans jegliche Betätigung oppositioneller Parteien und Bewegungen. Die Opposition Tadschikistans soll jedoch eine provisorische Regierung auf afghanischem Territorium ausgerufen haben.

Die russischen Truppen versuchen, die Grenze zu Afghanistan gegen die Islamisten zu verteidigen, obwohl Rußland keine gemeinsame Grenze mit Tadschikistan hat. Der Propagandaapparat der alten Machtelite und der Moskauer Zentrale konnte auch dem Westen glaubhaft machen, daß die angeblich große „islamisch-fundamentalistische“ Gefahr abgewehrt worden sei. Dadurch wurde die Position der alten Moskauer Machteliten in ganz Zentralasien gefestigt. Durch die Stationierung russischer Truppen an der tadschikisch-afghanischen Grenze wird weiterer Widerstand der Islamisten provoziert und ein zusätzlich destabilisierender Faktor in der Region gebildet.

Die Zusammenstöße in Osch und der latente interethnische Konflikt zwischen der kirgisischen Bevölkerung und der usbekischen Minderheit in der Osch-Region beschleunigten den Machtwechsel und den gemäßigten Demokratisierungsprozeß in Kirgisien. Die nationalen Ausschreitungen lösten jedoch auch permanente Migrationsprozesse aus. Die russische Regierung sah in der alten Nomenklatura der jeweiligen zentralasiatischen Republik den einzigen Garanten für den Schutz der russischen Minderheiten in Zentralasien. In Kirgisien ging die Nationalbewegung zunächst von ehemaligen Reformkommunisten und nationalen demokratischen Kräften aus. Der rasche Zerfall der Sowjetunion verhinderte jedoch ein allmähliches Anwachsen der demokratischen Kräfte. Das Entstehen einer politischen Kultur stagnierte und die Demokratisierung des Landes wurde weitgehend von der alten kirgisischen Führung übernommen. Ehemalige Reformkommunisten haben auch hier die Mehrheit in Parlament und Regierung. Die Republik Kirgisien ist formell eine Präsidialdemokratie mit ausgeprägten Rechten für den Präsidenten. Die Opposition ist gespalten und hat keinen Massencharakter, kann sich jedoch ohne Einschränkung politisch betätigen. Regierung und Opposition streben eine Art Konsenspolitik an. Um jedoch die demokratischen Bestrebungen zum Erfolg zu führen, ist eine Konsolidierung der Wirtschaft dringend notwendig.

V. Perspektiven der Nationalbewegungen

Ihrem Wesen nach waren die alternativen Nationalbewegungen antirussische, antizentralistische und antiparteiokratische Reformbewegungen, die punktuell eine Mobilisierung der Massen erreichten und auch bis zur Unabhängigkeit der jeweiligen Republiken eine gewisse Kontinuität verzeich-

neten. Die Ziele der Nationalbewegungen glichen sich in etwa in allen Republiken. Es ging vor allem um Themen wie die Stärkung des Nationalgefühls, Erhaltung der Muttersprache, Menschenrechte, Unabhängigkeit, Wohnraum, Arbeitslosigkeit, Demokratie oder Ökologie. Immer wieder wurden die Veränderung des gesamten Sowjetsystems wie der Übergang zu Privateigentum und Marktwirtschaft betont. Die Stärkung des Nationalgefühls und der Identitätsfindung benutzten die Nationalbewegungen auch, um die Sowjetidentität zu überwinden und so immer wieder supranationale Elemente als Perspektive für die Kultur Zentralasiens in Aussicht zu stellen. Der Islam und die „Idee Turkestans“ dienten als pantürkische ideologische Ressource. Die führenden Kräfte innerhalb der Nationalbewegung waren zunächst Intellektuelle und Studenten, die zu einem gewissen Maße die Bevölkerung mobilisieren konnten. Teile der nationalen Nomenklatura – insbesondere die „Reformkommunisten“ – beteiligten sich an den gemäßigten Forderungen der Nationalbewegung. Aus allen Bevölkerungsteilen der jeweiligen Republiken kam zumindest eine emotionale Unterstützung für die Nationalbewegungen, weil man sich von der Unabhängigkeit materielle Vorteile versprach.

Die Schwäche der Nationalbewegungen war das Fehlen einer programmatischen Zielsetzung, mit der die Massen weiter kontinuierlich mobilisiert werden konnten. In Zentralasien fehlte eine entschlossene und geschlossene Oppositionspartei. Die demokratische Opposition war bis zur Unabhängigkeit auf die Republikführung fixiert. Sie verzögerte immer wieder die Gründung einer allumfassenden oppositionellen Partei; statt dessen bezeichneten sich kleine Gruppierungen als „Partei“. Mit der Unabhängigkeit der Republiken waren die ideologischen Ressourcen zum großen Teil entweder verbraucht oder von der Republikführung übernommen. Somit scheint die Dynamik der Nationalbewegungen vorläufig erschöpft, sie haben ihre historische Funktion erfüllt.

Die national-demokratisch-islamische Bewegung ging in Usbekistan wegen der staatlichen Repressionen und Verbote in den Untergrund. Das Verbot dieser Kräfte in Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenien bedeutet nicht die Vernichtung dieser Kräfte, sondern eine Ruhepause für die Republikführungen; die Aktivitäten der Opposition werden sich langfristig intensivieren.

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß auch unter der Bevölkerung ein nachlassendes Interesse an einem Machtwechsel zu verzeichnen ist, da sie mit der Bewältigung der schwierigen ökonomischen Lage beschäftigt ist und die Widerstandsbotschaft sie aufgrund der Kontrolle der staatlichen Medien

nicht erreicht. Die Bevölkerung hat den Übergang zur Marktwirtschaft ohne staatliche Subventionen mit sozialen Ängsten aufgenommen; insbesondere die Inflation des Rubels und die Zunahme der Arbeitslosigkeit bereitet Verwirrung und Sorge. Die Sehnsucht nach dem alten System hat bei dem sozial schwachen Teil der Bevölkerung zugenommen. In Turkmenien und Usbekistan, aber auch in Kasachstan achtete die Republikführung auf eine gewisse soziale Verträglichkeit beim Übergang zur Marktwirtschaft. In Usbekistan mußte die Regierung Anfang 1992 die Preiserhöhungen zunächst zurücknehmen, da sonst von den Studenten und der übrigen Bevölkerung blutige Protestaktivitäten zu erwarten gewesen wären. Eine entscheidende Rolle spielen die wirtschaftliche Verflechtung und technologische Abhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von Rußland, die die alten Nomenklatura zu einer wirtschaftlichen Kooperation zwingen. Die alternative Nationalbewegung, die Rußland als Kolonialmacht definierte und die russischen Minderheiten in den Republiken mit ihren Aussagen zur Massenflucht veranlaßte, wurde von Moskau nicht unterstützt. Die russische Regierung sah die alten Machteliten sogar als einzigen Garanten gegen interethnische Unruhen. Die interethnischen Zusammenstöße und Konflikte in Zentralasien schürten latente Ängste und provozierten die nationalen und ethnischen Minderheiten – insbesondere die russische –, eigene nationale Organisationen zu gründen. Diese existentiellen Ängste lösten einen Migrationsprozeß der Fachkräfte in den Republiken aus. Somit haben es die Nationalbewegungen erreicht, sich ohne kriegerische Konfrontation vom Zentrum zu lösen. Die Opposition war jedoch nicht in der Lage, die Demokratie in den Republiken zu festigen und die interethnische Toleranz zu fördern; die Verwirklichung ihres Anspruchs auf politische Stabilität überließ sie der alten Nomenklatura.

Im Gegensatz zur Organisationschwäche der alternativen intellektuellen Nationalbewegungen verfügten die Republikführungen mit ihren machterfahrenen alten bürokratischen Kadern über eine dominierende Organisationsform. Interne Konflikte innerhalb der Partei waren kaum vorhanden. Der überwiegende Teil der Abgeordneten wurde bei den Wahlen 1990 zum Obersten Sowjet aus dem alten kommunistischen Parteiapparat gewählt, ohne oppositionelle Gegenkandidaten zuzulassen. 1990 führten alle zentralasiatischen Republiken das Präsidialsystem ein. Dennoch hatten sämtliche neu gewählten Präsidenten, mit Ausnahme von Kirgisien, vor ihrer Wahl das Amt des ersten Republiksekretärs der KPdSU inne. Nach dem Putschversuch im August 1991 konnte die alte Nomenklatura ohne Machtverlust ihre Herrschaft in den Republiken ungehindert ausüben.

In Kirgisien und Kasachstan wurden die Widersprüche innerhalb der Führungselite durch die Machtübernahme der Reformkommunisten fast aufgehoben. Eine fehlende demokratische Kultur, der Glaube an die Staatsführung und der rasche Zerfall der Sowjetunion verhinderten das Wachsen und die Konsolidierung der nationalen demokratischen Kräfte, die der Bevölkerung Zentralasiens weder ihre organisatorischen noch ihre demokratischen Forderungen transparent machen konnten. Sie mußten die staatliche Unabhängigkeit nicht erkämpfen, sondern bekamen sie praktisch über Nacht und konnten dadurch keine demokratischen Erfahrungen sammeln. Die Nomenklatura hat die demokratischen und islamischen Kräfte solange benutzt, bis die Unabhängigkeit von Moskau erreicht war. Als die Gefahr, die von der Opposition ausging, als ernst eingeschätzt wurde, reagierte sie mit Verfolgung und Verboten. Dies war sowohl in Usbekistan und Tadschikistan als auch in Turkmenien der Fall.

Es scheint, daß der Westen zur Zeit indirekt damit einverstanden ist, daß die alte Nomenklatura in den zentralasiatischen Republiken ihre Machtposition aufrechterhält. Die westliche Hilfe an Rußland, aber auch die wirtschaftlich-kulturelle Unterstützung der zentralasiatischen Regierungen durch die Türkei festigten die Machtposition der postkommunistischen Herrschaftseliten. Nur ein starkes Rußland und eine moskauorientierte republikanische Herrschaftselite kann den Zusammenhalt der GUS gewährleisten. Hier liegt der Widerspruch in der Haltung der westlichen Industriestaaten, die, indem sie eine Unterstützung der demokratischen und gemäßigten islamischen Opposition vermeiden, eine autokratische Machtelite stillschweigend akzeptieren. Ein Investitionsboykott und der Stop technischer Hilfe könnte die

Nomenklatura zwingen, demokratische Regeln zu beachten. Ohne äußere Unterstützung ist die demokratische Opposition indes nicht in der Lage, die mit Rußland zusammenarbeitenden Republikführungen zu entmachten und an der Macht zu partizipieren.

Dennoch werden es die Autokraten Zentralasiens in Zukunft schwer haben, ihre dubiosen Mächenschaften fortzuführen, die Opposition zu verbieten und der Bevölkerung allgemeine Wahlen vorzuhalten. Wenn das Bekenntnis zum Pluralismus und zu den Menschenrechten für die westlichen Staaten nicht nur eine Floskel bleiben soll, muß der Westen sich dafür einsetzen, daß in Zentralasien alle Oppositionskräfte am politischen Prozeß teilhaben können. Letztendlich destabilisiert eine Unterdrückung der Opposition die politische Lage, denn der Widerstand aus dem Untergrund wächst. Der Westen sollte nicht nur allein das Interesse an Nuklearsicherheit und an einem günstigen Investitionsklima in den Vordergrund stellen, sondern auch der demokratischen Entwicklung mehr Aufmerksamkeit schenken. Gefährlich werden diese Länder erst, wenn keine demokratisch legitimierte Regierungen an der Macht sind.

Im Bewußtsein der Mehrheit der zentralasiatischen Bevölkerung hat sich gegenwärtig die nationale Identität auf der Grundlage der Republikgrenzen und durch die Erlangung der Unabhängigkeit gefestigt. Die nationalen Ideen der oppositionellen Intelligenz der Republiken Zentralasiens wurden von der regierenden Nomenklatura stillschweigend übernommen und in ihre Politik integriert, wobei die Herrschaftsstrukturen annähernd gleich geblieben sind. Es ist wahrscheinlich, daß zukünftig Machtkämpfe zwischen dem alten Parteiapparat und der nationaldemokratischen Oppositionsbewegung stattfinden werden.

Krisenherd Aserbaidshan: Der Krieg um Berg Karabach

I. Einleitung

Seit mehr als fünf Jahren führen Armenier und Aserbaidshaner einen erbitterten Krieg um Berg (Nagorny) Karabach. Was als ethnischer Konflikt und innersowjetische Angelegenheit begann, hat sich zu einem offenen Krieg zwischen zwei Staaten entwickelt, der sowohl die politische und gesellschaftliche Entwicklung in beiden Ländern bestimmt als auch die Stabilität der gesamten Region bedroht. Mit der Besetzung aserbaidshanischen Territoriums durch armenische Kampfverbände und dem Ende Juni erfolgten Machtwechsel in Aserbaidshan ist der Krieg in eine entscheidende Phase getreten. Bei einem neuerlichen Scheitern der gegenwärtigen Friedensgespräche unter Vermittlung der KSZE droht eine weitere Eskalation mit kaum absehbaren Konsequenzen.

Vereinfacht gesehen stehen sich zwei Grundprinzipien des Völkerrechts gegenüber: das Recht auf Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen. Auch die von beiden Staaten durch ihre Mitgliedschaft anerkannten KSZE-Prinzipien beinhalten sowohl die territoriale Integrität als auch das Prinzip der Menschenrechte. Für Aserbaidshan liegt der Grund des Konfliktes im armenischen Chauvinismus und Irredentismus, der unberechtigte Gebietsforderungen stellt, um seinen Traum von einem neuen großarmenischen Reich zu erfüllen. Armenien dagegen sieht neben der seiner Meinung nach ungerechten Zugehörigkeit Berg Karabachs zu Aserbaidshan die Ursache in der Unterdrückung der armenischen Bevölkerung Karabachs durch die aserbaidshanische Verwaltung und stellt damit den Konflikt als Problem des Rechtes auf Selbstbestimmung und der Menschenrechte dar. Während Aserbaidshan den Krieg als einen Konflikt zwischen zwei Staaten betrachtet, in dem Armenien Teile aserbaidshanischen Territoriums besetzt hält, spricht Armenien von einem Krieg zwischen Aserbaidshan und dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden Berg Karabach, an dem es selbst nicht beteiligt sei.

II. Verlauf und Eskalation des Konfliktes

Als im Februar 1988 der Gebietsowjet des zu Aserbaidshan gehörenden Autonomen Gebiets Berg Karabach beschloß, den Anschluß Karabachs (75 Prozent Armenier bei einer Bevölkerung von 188 000) an Armenien zu beantragen, wurde diese Forderung in der Armenischen Republik von einer Massenbewegung aufgenommen. Unter der Vereinigungssparole bildete sich eine nationale demokratische Bewegung, die rasch in Gegensatz zum herrschenden Regime geriet. Da Moskau einer Änderung der Zugehörigkeit Karabachs nicht zustimmte, verabschiedete der Oberste Sowjet Armeniens unter dem Eindruck antiarmenischer Pogrome in Aserbaidshan (Sumgait) am 15. Juni 1988 eine Entschließung über die Aufnahme Berg Karabachs in die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik (SSR).

Die Verschärfung des Konflikts konnte auch durch die direkte Kontrolle Karabachs durch Moskau nicht verhindert werden. Das von der UdSSR eingesetzte Komitee der Sonderverwaltung von Januar bis November 1989 betrachtete Aserbaidshan als Versuch Moskaus, das Ausscheiden Karabachs schrittweise zu vollziehen. Dies führte zur aserbaidshanischen Wirtschaftsblockade und zur Intensivierung der Kämpfe zwischen paramilitärischen Einheiten beider Seiten. Auf die Rückgabe der Verwaltung Berg Karabachs an Aserbaidshan folgten eine stärkere Bekämpfung der separatistischen Bewegung und die Intensivierung einer offensiven aserbaidshanischen Siedlungspolitik.

Auch in Aserbaidshan führte das Karabach-Problem zur Bildung einer nationalen demokratischen Unabhängigkeitsbewegung, die von der Volksfront angeführt wurde. Als die Demonstrationen und Streiks im Januar 1990 einen Höhepunkt erreichten, konnte die Herrschaft der Kommunisten nur durch eine blutige Intervention der Roten Armee erhalten werden. Unter dem Vorwand, die armenische Bevölkerung zu schützen, besetzte sie Baku, wo es zu antiarmenischen Pogromen gekommen war. Nachdem im März 1991 die natio-

nale Bewegung durch Wahlen die Macht in Armenien übernommen hatte und die Unabhängigkeit erklärt wurde, unterstützte die Sowjetarmee Truppen des aserbaidshanischen Innenministeriums bei der Deportation armenischer Dörfer.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Aserbaidshans in der Folge des Moskauer Augustputsches 1991 endete die Unterstützung Aserbaidshans durch Moskau. Die armenischen Karabacher sahen die Möglichkeit, als eigenständige Republik durch Anschluß an den neuen Unionsvertrag ihre Unabhängigkeit zu erlangen. Am 4. September 1991 proklamierten sie ihre Republik Berg Karabach. Vorausgegangen war die unter internationalem Druck zurückgenommene Vereinigungsabsicht Armeniens zugunsten einer Politik, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht Karabachs beruft. Die folgende Zeit ist gekennzeichnet durch ein zunehmend offensives Vorgehen der armenischen Kampfverbände. Nach dem Absturz bzw. Abschluß eines Hubschraubers mit Vermittlern aus Rußland und Kasachstan sowie aserbaidshanischen Militärs und Journalisten im November 1991 brach Aserbaidshan die diplomatischen Beziehungen zu Armenien ab und annullierte den Autonomiestatus von Berg Karabach.

Eine armenische Großoffensive im Frühjahr 1992 brachte endgültig die Wende zu einem offenen Krieg. Mit der Einnahme von Aserbaidshanern bewohnter Orte in Karabach, mit dem Fall der Stadt Schuscha und der Eroberung des sogenannten „humanitären Korridors“ um Latschin, der Armenien mit Berg Karabach verbindet und die Versorgung mit Lebensmitteln und Waffen gewährleistet, gewannen die Armenier die militärische Oberhand in Karabach, was zur Vertreibung der aserbaidshanischen Bevölkerung führte. In Baku hatte dies im Zusammenhang mit einem armenischen Massaker an der Bevölkerung des Ortes Chodschaly die Machtübernahme der aserbaidshanischen Volksfront zur Folge. Während die Türkei immer mehr zur Schutzmacht des nicht in die GUS eintretenden Aserbaidshans wurde, stellte sich Rußland durch die Unterzeichnung eines Militärpaktes mit Armenien vom Mai 1992 offen auf dessen Seite.

Nachdem eine vom neuen Präsidenten Ebulfez Eltschibey eingeleitete aserbaidshanische Gegenoffensive im Juni zunächst einige Orte zurückerobern konnte, dehnten sich die Kampfhandlungen im Herbst 1992 immer mehr auf aserbaidshanisches Territorium außerhalb Karabachs aus. Eine erneute armenische Großoffensive von Februar bis April 1993 konnte die Kontrolle über das gesamte Karabach gewinnen und einen zweiten Korridor im Norden in der Region von Kelbadschar einrich-

ten. Inzwischen halten armenische Kampfverbände ein Zehntel (Juni 1993) des aserbaidshanischen Territoriums besetzt und stießen unter Ausnutzung der innenpolitischen Krise in Baku im Juni auf die Orte Agdam und das im Süden gelegene Fisuli vor. Vom Weltsicherheitsrat der UNO wurde in einer Resolution am 30. April unter Bezugnahme auf die territoriale Unversehrtheit aller Staaten der Abzug aller armenischen Besatzungskräfte aus den eroberten Gebieten Aserbaidshans gefordert.

III. Historische Hintergründe des Konflikts

Ebenso wie beim Vergleich der widersprüchlichen Informationen beider Seiten aus dem Kriegsgebiet entsteht auch bei der Betrachtung beider Standpunkte der Eindruck, es handle sich um zwei verschiedene Ereignisse und Probleme. Während für Aserbaidshaner feststeht, daß Berg Karabach seit alters her ein Teil Aserbaidshans ist, in das Armenier erst im 19. Jahrhundert unter Vertreibung der Stammbevölkerung eingewandert waren, sehen Armenier Karabach als historischen Teil Ostarmeniens, in dem bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts armenische Fürstentümer existierten. Vor der russischen Eroberung war das historische Karabach – Karabach ist ein türkisches Wort und bedeutet „Schwarzer Garten“ – eines der unabhängigen muslimischen Khanate in Transkaukasien mit muslimischer Mehrheit. Nach dem ersten russisch-persischen Krieg geriet Karabach, das ökonomisch immer mit Baku verbunden war, 1805 unter russische Herrschaft. Die darauf einsetzende armenische Einwanderungswelle aus den armenischen Siedlungsgebieten in Ostanatolien und Iran veränderte die Bevölkerungsstruktur. Unter dem Schutz des Zarenreiches stieg der Anteil der Armenier im 19. Jahrhundert ständig als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen Rußlands mit Persien und dem Osmanischen Reich¹.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts waren die armenisch-aserbaidshanischen Beziehungen immer von blutigen Massakern begleitet, so im sogenannten tatarisch-armenischen Krieg 1896–1905. Eine wesentliche Ursache des Konflikts waren die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit der Zugewanderten sowie ihre privilegierte Stellung im

1 Die Zahl der Armenier stieg von 200 000 im Jahr 1846 auf 1,35 Mio. 1918. Vgl. Eva-Maria Auch, „Ewiges Feuer“ in Aserbaidshan. Ein Land zwischen Perestroika, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1992) 8, S. 16.

Zarenreich. Der Streit um den Besitz von Karabach bildete damals wie heute den Gegensatz zwischen beiden Volksgruppen. In der Zeit der unabhängigen bürgerlichen Republiken 1918–1920 erhoben beide Staaten Anspruch auf Karabach, was erneut zu kriegerischen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Massakern an der Zivilbevölkerung führte. Im russisch-türkischen Friedensvertrag von Moskau 1921 wurde im Zuge eines Kompromisses der russischen Revolutionsregierung mit der Türkei Atatürks Karabach Aserbajdschan zugesprochen, wobei sich Moskau auf die Seite des turksprachigen, bevölkerungsreicheren und ökonomisch wichtigeren Aserbajdschan stellte. 1923 wurden die Gebirgsgegenden des historischen Karabach als Autonomes Gebiet in die Aserbajdschanische Sowjetrepublik eingegliedert, und zwar in der Form, daß sich eine armenische Mehrheit in dem ethnisch gemischten neuen Autonomem Gebiet ohne direkte Grenze mit Armenien ergab². Da Armenien sich zu keiner Zeit mit dieser Lösung abgefunden hat, wurde Karabach im armenischen Nationalismus zu einem Symbol des Kampfes um den Anschluß armenischer Siedlungsgebiete.

IV. Armenischer Nationalismus

Der armenische Nationalismus, der sich im Kampf um Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich entwickelt hatte, ist gezeichnet durch das kollektive Trauma von 1915, als durch die von den Jungtürken veranlaßten Zwangsdeportationen Hunderttausende umkamen und viele in das von Russen beherrschte Ost-Armenien flüchteten. Die Erinnerung daran und die Verbitterung über den Verlust der Siedlungsgebiete in Ostanatolien sowie die Gebietszuteilungen von Nachitschewan und Berg Karabach an Aserbajdschan hielten den armenischen Nationalismus auch unter der Sowjetherrschaft lebendig. So war die zwangsläufige Folge der Lockerung in der Phase der Perestroika das Wiederaufrollen des Karabach-Problems, wobei die nationalistischen und irredentistischen Hoffnungen auf ein realistisch erscheinendes Ziel ausgerichtet wurden. Karabach wurde mit den Ereignissen von 1915 verknüpft, antiarmenische Pogrome stellen im armenischen Bewußtsein die Verlängerung dieser Massaker dar. Zwar wird betont, daß die Vereinigungsbewegung allein von Karabach ausging, doch ohne die nationale Begeisterung, mit der die Kampagne im eigentlichen Armenien zur Massenbewegung wurde und das

Karabach-Problem zum wichtigsten nationalen Thema, hätte die einsetzende Eskalation nicht stattgefunden. Angeheizt wurde die nationale Stimmung durch Maßnahmen der Gegenseite; die Bemühungen Bakus, den Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte Karabachs zu Armenien zu verhindern, besonders aber die aserbajdschanische Verkehrs- und Wirtschaftsblockade lösten im durch das Erdbeben ohnehin geschwächten Armenien große Verbitterung aus, was sich in der Zuspitzung der Übergriffe und militärischen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten niederschlug. Die antiarmenischen Pogrome von Sumgait 1988 und Baku 1990, der armenische Flüchtlingsstrom aus Aserbajdschan und die Bombardierung von Stepanakert, der Hauptstadt Karabachs, führten dazu, daß die Armenier Karabachs ihren Kampf als Existenzkampf gegen türkische Vernichtungsversuche betrachten.

Auf beiden Seiten waren die den Konflikt tragenden Bewegungen gleichzeitig auch Träger des Kampfes um die Unabhängigkeit. So ging die jetzige Regierung Armeniens aus der Karabach-Bewegung hervor. Präsident Ter-Petrosjan erkannte allerdings realistischerweise schnell, daß sein ökonomisch am Boden liegendes Land ohne friedliche Koexistenz mit dem mächtigen Nachbarn Türkei auf Dauer nicht überleben kann. Um die wirtschaftliche Kooperation in die Wege zu leiten, wurde von der Forderung des Anschlusses von Berg Karabach abgerückt und mit dem Beitritt zur KSZE die Integrität der Grenzen Aserbajdschans anerkannt. Mit Rücksicht auf das Ausland wurde auch die selbsternannte Republik Berg Karabach nicht anerkannt. Da aber die extrem nationalistische Daschnak-Partei, die auch die Führung der Karabach-Armenier stellt, inzwischen zur Partei mit dem stärksten Rückhalt in der Bevölkerung geworden ist, kann der gemäßigte Nationalist Ter-Petrosjan seine Absicht der Normalisierung des armenisch-türkischen Verhältnisses nicht verwirklichen.

So bleibt nur die einseitige Hinwendung an die traditionelle Schutzmacht Rußland, nach Meinung vieler Armenier die einzige Hoffnung. Im Gegensatz zu den Aserbajdschanern verstehen sie den Krieg als Ausdruck einer Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam. Die Renaissance des alten nationalistischen Denkens produziert die alten geopolitischen Konstellationen: Armenien als Keil Rußlands in die islamische Welt, wobei der Konflikt mit Aserbajdschan das größte Hindernis für den direkten Zugang der Türkei nach Zentralasien bildet. Daß Rußland dabei seine eigenen Interessen im Sinne hat und daher auch keine verlässliche Stütze ist, wissen auch die armenischen Nationalisten. Für sie ist die russische Haltung

2 Vgl. Audrey L. Altstadt, Nagorno-Karabagh – „Apple of Discord“ in the Azerbaijan SSR, in: Central Asian Survey, 7 (1988) 4.

aserbaidtschanfreundlich und die „pro-türkische“ Politik Ter-Petrosjans nationaler Verrat. Auch die bis zu den letzten Eroberungen stets armenienfreundlich gebliebene amerikanische Haltung wird wegen ihrer Unterstützung der Türkei und der bisherigen Führung Aserbaidtschans, die gegen den iranischen Einfluß in der Region gerichtet ist, kritisiert. Die armenische Furcht vor einer Achse USA-Türkei-Aserbaidtschan deckt sich mit den Ängsten der iranischen Führung.

Die Anerkennung der territorialen Integrität Aserbaidtschans ist weder mit den Zielen der Karabach-Armenier noch mit den ursprünglichen Vereinigungsabsichten zu vereinbaren. Einziger Ausweg aus diesem Dilemma ist die Abkehr von der Vereinigungspolitik hin zur Strategie der Schaffung einer unabhängigen armenischen Republik Berg Karabach unter der Begründung des Rechts auf Selbstbestimmung und Autonomie. Sollte dieses Konzept der Etablierung eines zweiten armenischen Staates samt einem dazugehörenden verbindenden Korridor Erfolg haben, wäre das Ziel einer späteren Vereinigung dennoch nicht aufgehoben. Durch die Meinungsverschiedenheiten mit der Karabach-Führung gibt sich die Regierung in Eriwan international unangreifbar, wenn Verletzungen des internationalen Rechts oder die Behinderung der Friedensgespräche mit Hinweis auf die eigene Einflußlosigkeit begründet werden. So wird zwar die selbsternannte Republik Karabach nicht anerkannt, gleichzeitig aber betont, daß sie auf dem Weg zu einem unabhängigen Staat sei. Die Grenzen Aserbaidtschans wurden anerkannt, doch entschied das Parlament mit der Mehrheit der Nationalisten, Karabach nicht als Teil Aserbaidtschans zu betrachten.

Während Aserbaidtschan die armenische Behauptung, daß keine armenischen Truppen, sondern nur „Selbstverteidigungskräfte“ aus Berg Karabach an den Eroberungen beteiligt seien, immer bestritten hat, wird dies nach der Besetzung der Region Kelbadschar auch von westlichen Stellen bezweifelt. Die „Selbstverteidigungskräfte“ bestehen neben Karabachern aus armenischen Flüchtlingen sowie aus Freiwilligen und aus Soldaten wie Offizieren der früheren Sowjetarmee. Ob sie nun von der armenischen Armee unterstützt werden oder nicht, ihre überlegene Kampfmoral resultiert aus der verinnerlichten Überzeugung, einen Kampf ums eigene Überleben zu führen. Fest steht aber, daß sie bedeutend besser als die Aserbaidtschaner ausgerüstet sind und logistische Hilfe aus Eriwan bekommen³.

³ Vgl. Elizabeth Fuller, *Paramilitary Forces Dominate Fighting in Transcaucasus*, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report*, Munich, 2 (1993) 25, S. 75–77.

V. Aserbaidtschanischer Nationalismus

Gegenüber dem alten Kulturvolk der Armenier ist Aserbaidtschan eine noch junge Nation, deren nationale Identität in ihrem Entwicklungsprozeß – heute wie 1905 und 1918 – verknüpft ist mit dem Konflikt mit der armenischen Volksgruppe. Es war die Neuauflage des Karabach-Konflikts, die in der Zeit der Perestroika zu einem neuen nationalen und politischen Erwachen führte, das sich auch gegen die Zentralmacht richtete. Die Flüchtlingsströme der aus Armenien vertriebenen Aserbaidtschaner und die damit verbundene Entstehung von Slums, Obdach- und Arbeitslosigkeit in Baku verschärfte die Aggressionen gegen die sozial und wirtschaftlich besser gestellten Armenier in Aserbaidtschan. Im Bewußtsein der meisten Aserbaidtschaner kamen die separatistischen Forderungen einem Schock gleich, man fühlt sich von den Armeniern, denen man – nach eigenem Verständnis – Gastfreundschaft gewährt hatte, hintergangen. All dies führte dazu, daß Karabach zum Symbol für territoriale Souveränität wurde, dessen Verlust die Integrität und damit das Leben der Nation gefährdet. Karabach wurde zu einem nationalen Symbol und der Konflikt zum Katalysator des Nationalismus.

Getragen wurde die Unabhängigkeitsbewegung durch die von intellektuellen Dissidenten gegründete Volksfront. Das Programm der Volksfront bekannte sich zu sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten und strebte die Unabhängigkeit Aserbaidtschans sowie die Auflösung seines kolonialen Status an. Der Vorwurf, die aserbaidtschanische Bevölkerung Karabachs nicht schützen zu können, führte im Mai 1992 zur Ablösung des kommunistischen Präsidenten Mutalibov und zur Machtübernahme der Volksfront, was durch die anschließende Wahl ihres Vorsitzenden Ebulfez Eltschibey, eines populären, westlich ausgerichteten Nationalisten, zum Präsidenten zunächst gefestigt wurde.

Die Politik der Volksfront wie auch anderer, zum Teil aus der Volksfront hervorgegangener Parteien stand unter dem Motto „Modernisierung, Türkisierung, Islamisierung“. Unter Modernisierung versteht man den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft, Islamisierung bedeutet das Bekenntnis zum Islam als Teil der nationalen Kultur und des nationalen Selbstverständnisses. Islamischer Fundamentalismus spielt im aserbaidtschanischen Nationalismus entgegen armenischen Behauptungen keine Rolle. Turkismus als eines der

tragenden Elemente der aserbajdschanischen Identität beinhaltet eine weite Bandbreite verschiedener Ausprägungen und Nuancen des Nationalismus. Extreme Panturkisten, die von einem großtürkischen Reich Turan träumen, sind sowohl in der Türkei als auch in Aserbajdschan eine Minderheit. Zwar kommt die größte moralische Unterstützung für Aserbajdschan von der türkischen Rechten, doch ist der Führer der extremen türkischen Nationalisten, Alparslan Türkeş, für Eltschibey in erster Linie ein Antikommunist, der die Türkei vor dem Kommunismus bewahrt habe⁴. Dies unterstreicht sein Verständnis des Turkismus als einer Bewegung gegen den Kommunismus und gegen die Russifizierung. Als Verehrer Kemal Atatürks ist seine Vision die einer Reihe unabhängiger, demokratischer und laizistischer turksprachiger Staaten. Aserbajdschan läge im Zentrum dieser türkischen Staatenwelt und würde eine Brücke zwischen der Türkei und Zentralasien bilden. Von allen Turkrepubliken der ehemaligen UdSSR, die sich zur westlichen Demokratie und zum türkischen Modell des Laizismus bekannt haben, war es nur Aserbajdschan, das dies wirklich ernst gemeint hat. Für Aserbajdschan war der türkisch-aserbajdschanische Nationalismus die wichtigste treibende Kraft auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit.

VI. Die Niederlage der nationaldemokratischen Bewegung

Der im Juni vollzogene Machtwechsel in der Folge eines Militärputsches leitet eine neue Phase der postsowjetischen Entwicklung Aserbajdschans ein. Die Ereignisse verdeutlichen, daß der Krieg zur Hauptdeterminante der politischen Entwicklung geworden ist. Wie schon Mutalibow, so wurden auch dem ersten demokratisch gewählten Präsidenten Eltschibey militärische Niederlagen zum Verhängnis.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion boten nur der Nationalstaat und nach dem Bankrott der kommunistischen Ideologie nur der ethnische Nationalismus Alternativen, um das entstandene Vakuum zu füllen. So entstand mit der Volksfront eine nationale demokratische Bewegung, wobei im Kampf um Unabhängigkeit und die Errichtung eines Nationalstaates das wichtigere Element der Nationalismus und nicht das Prinzip der Demokratie war.

⁴ So in einem Gespräch mit dem Verfasser im Juni 1992 kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten.

Der Kampf gegen die Moskauer Zentrale und gegen die eigene kommunistische Führung sowie der Kampf um Berg Karabach vereinigte unterschiedliche Kräfte von radikalen bis gemäßigten Gruppierungen. In der Phase des Aufbaus eines neuen Staates zerfällt diese Allianz in um die Macht kämpfende Gruppen.

Erst wenn Aserbajdschan sich von innen und außen nicht mehr in seiner Existenz bedroht fühlt, kann die Idee der Demokratie zur Stabilisierung des Staates beitragen, was wiederum Voraussetzung für die Bereitschaft zur Abtretung von Autonomierechten an Berg Karabach ist. Ein Land, in dem die Herrschaft von oben Tradition hat, in dem die neugegründeten Parteien in erster Linie organisatorische Anhängsel ihrer Führer sind, um an die Macht zu kommen, ist verwundbar gegen alle Arten von Umwälzungen.

Eltschibey ist es nicht gelungen, eine schlagkräftige reguläre Armee anstelle von unkoordinierten paramilitärischen Gruppen aufzubauen. Zeitweilige militärische Erfolge konnten nur unter massiven Verlusten errungen werden. Die Streitkräfte sind ohne Disziplin und ohne Vertrauen in die politische Führung den armenischen Truppen nicht gewachsen. Desertationen und Freikauf vom Militärdienst sind an der Tagesordnung. Dazu kommen die bessere Führung der armenischen Truppen – in der Sowjetarmee gab es weitaus mehr armenische als aserbajdschanische Offiziere – und die Verwicklung der Armee Aserbajdschans in den Machtkampf. Das Fehlen einer neuen Verfassung, der Mangel an konstitutionellen Regeln und an demokratischem Bewußtsein begünstigen diese Machtkämpfe.

Die Auseinandersetzung mit Armenien hat zwar den Unabhängigkeitskampf und den Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt, ist aber heutzutage das hauptsächlichste Hindernis auf dem Weg zu einer Demokratie westlichen Zuschnitts. Krieg bedeutet Verhängung des Ausnahmezustandes, weitgehende und unkontrollierbare Vollmachten der Exekutive, Aufschiebung wichtiger Reformen, Ausnahme Gesetze und – als wichtigstes Mittel der Regierung – den Erlaß von Dekreten des Präsidenten. Das Fehlen eines gewählten Parlamentes bedeutet, daß die verschiedenen Kräfte der Gesellschaft nicht repräsentiert werden.

Im Laufe der Eskalation verloren die gemäßigten Elemente auf beiden Seiten an Boden. Wenn man davon überzeugt ist, daß das nationale Überleben auf dem Spiel steht, sind alle Mittel bis hin zur ethnischen Säuberung gerechtfertigt. So gibt es in diesem Denken auch keine Zwischenstufen wie etwa verschiedene Grade der politischen Autonomie.

Die Grenzen und die Souveränität sind bedroht, und mit einer Inflationsrate von 1300 Prozent, 1 Million Arbeitslosen, 500 000 Flüchtlingen (April 1993), der Senkung des Nationaleinkommens im Jahre 1992 um 21,7 Prozent (zum Vergleich Armenien: 44,7 Prozent), der Industrieproduktion um 21,8 Prozent (Armenien 50,3 Prozent) treibt der Krieg Aserbajdschan in die wirtschaftliche Katastrophe, 1992 kostete der Krieg jeden Tag 20–30 Mio. Rubel, das bedeutet 40 Prozent des Staatsbudgets (für 1993 auf 70 Prozent geschätzt)⁵.

Die Folge dieser Situation ist der Ruf nach einem effektiven Staat und nach straffer Führung, das heißt nach einem starken Mann. Ein Andauern des Krieges auf Jahre führt unweigerlich zu einer Radikalisierung der Gesellschaft und erhöht die Gefahr eines Abgleitens in autokratische Verhältnisse.

Eltschibey's wachsende Kompromißbereitschaft bereitete seinen Fall vor: Ihm wurde angelastet, durch den geplanten Handel mit dem armenischen Präsidenten Ter-Petrosjan die nationalen Interessen zu verraten⁶. Die nationale Mobilisierung soll jetzt wieder unter neuer Führung beziehungsweise mit Hilfe der alten Machteliten, auf die man nach dem Scheitern der Volksfront nicht verzichten kann, stattfinden.

Ausgelöst wurde der Umschwung durch den Anführer einer Privatarmee, Suret Huseinow, der in Aserbajdschan als Volksheld gilt, jedoch von Eltschibey im Februar als Kommandant der Truppen von Berg Karabach abgesetzt wurde. Zu seiner von abziehenden russischen Militärs mit Waffen versorgten Truppe liefen immer größere Teile der regulären Armee über. Dies führte schließlich zur Machtübernahme von Haidar Alijew. Als ehemaliges Mitglied des Moskauer Politbüros unter Breschnew und langjähriger Vorsitzender der Kommunistischen Partei Aserbajdschans verkörpert er die Eigenschaften, die nach Meinung eines großen Teils der Bevölkerung deren Lage verbessern könnte: Autorität, Durchsetzungskraft, Pragmatismus und Flexibilität. Er kann sich auf Teile der alten Nomenklatura ebenso stützen wie auf ehemalige Oppositionelle. Seine Partei „Neues Aserbajdschan“ findet großen Anklang in der ehemaligen Anhängerschaft der Volksfront. Durch Verhandlungen, die er eigenmächtig als Parlamentspräsident der aserbajdschanischen Exklave Nachitschewan mit Armenien führte, konnte er im

Mai 1993 die Einstellung der armenischen Angriffe auf Nachitschewan erreichen. In der Popularität Alijew's spiegelt sich das Bedürfnis nach Autorität angesichts der schwachen und unsicheren Führung Eltschibey's wider, gemischt mit nostalgischen Gefühlen für das alte System. Unter seiner Führung konnte das Land in den siebziger Jahren eine Phase gewisser Stabilität erlangen, als er zwar Industrie und Landwirtschaft einseitig nach gesamt-sowjetischen Bedürfnissen ausrichtete, aber durch ein ausgeprägtes Klientelsystem und informelle Kanäle einem Teil der Bevölkerung ein gutes Auskommen bescherte. Hinsichtlich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umwandlungen wird von ihm angesichts des ständig sinkenden Lebensstandards ein Kurs vorsichtiger Reformen statt einer Radikalkur erwartet.

Die gewaltsame Vertreibung des ersten frei gewählten aserbajdschanischen Präsidenten und seine Ersetzung durch einen Repräsentanten des alten Regimes stellt Aserbajdschan in eine Reihe mit den Ländern Zentralasiens, in denen die Herrschaft des alten Apparates wieder stabil geworden ist. Mit Suret Huseinow ist obendrein ein Vertreter einer neuen Schicht an die Macht gekommen, die im Zuge des Zusammenbruchs des alten Systems zu schnellem Reichtum gelangen konnte. Ihm werden Mafia-Verbindungen nachgesagt, die Volksfront sieht in ihm eine Marionette Moskaus. Die Machtfülle, die er in Absprache mit Alijew durch die Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten und die Verfügungsgewalt über Innen- und Verteidigungsministerium sowie durch den Oberbefehl über die Armee erhalten hat, ist ein Anzeichen dafür, daß sich auch in Aserbajdschan ein autokratisches Regime etablieren könnte. Die Machtteilung zwischen Alijew und Huseinow symbolisiert die doppelten Erwartungen, die man an sie stellt: Von Huseinow erwartet man militärische Siege, von Alijew harte, aber geschickt geführte politische Verhandlungen. Mit der Niederlage der Volksfront beginnt jetzt die dritte Etappe in der politischen Geschichte Aserbajdschans nach der Erlangung der Unabhängigkeit; auch diese wird weiter durch die Entwicklung des Krieges bestimmt werden.

VII. Internationale Auswirkungen des Krieges

Die internationale Dimension des Krieges zeigt sich auch in den Auswirkungen, die der Machtwechsel auf das Verhältnis der direkt oder indirekt am Konflikt beteiligten Staaten zueinander hat.

⁵ Vgl. Yasin Aslan, *Azerbaycan'ı Bekleyen Tehlikeler, Bagimsizliga Celme Girisimleri*, in: *Yeni Forum*, Ankara, Februar 1993, S. 57.

⁶ Suret Huseinow behauptete, Eltschibey hätte vorgehabt, auf Teile Karabachs zu verzichten, um Ter-Petrosjan gegen den wachsenden Einfluß der Opposition an der Macht zu halten, in: *Cumhuriyet* vom 1. Juli 1993.

Der Machtverlust der Volksfront bedeutet fürs erste den Sieg eines eigenständigeren, sich auf Aserbajdschan konzentrierenden Turkismus auf Kosten eines übergreifenden, sich an die Türkei anlehrenden Panturkismus. Alijew wird, im Gegensatz zu Eltschibey, dessen antirussische sowie antiiranische Politik von seinen Kritikern als weltfremd und idealistisch bezeichnet wurde, wegen der wirtschaftlichen Probleme und in der Hoffnung auf eine Änderung der russischen Haltung im Konflikt mit Armenien eine von vielen gewünschte Wiederannäherung an Rußland in die Wege leiten und somit den Staaten Zentralasiens folgen.

Für Aserbajdschan war die Ausrichtung auf seinen einzigen internationalen Fürsprecher Türkei bisher eine Richtlinie der Außenpolitik. Eine militärische Unterstützung jedoch wurde von Eltschibey offiziell mit dem Hinweis auf die zwangsläufig damit verbundene internationale Isolierung der Türkei und die Heraufbeschwörung eines Religionskrieges abgelehnt, dies auch in der Erkenntnis, daß die türkische Regierung nicht so weit gehen würde. In Wirklichkeit hatte Eltschibey sich eine stärkere Unterstützung der Türkei erhofft, ebenso wie auch ein Eingreifen der Türkei bei seiner Absetzung.

Da die von den Aserbajdschanern erwartete militärische Unterstützung durch die Türkei bis auf die Entsendung ehemaliger Offiziere als Militärberater ausblieb – ebenso wirtschaftliche Investitionen infolge des Krieges⁷ – und türkische Hilfsleistungen für das durch die Blockade geschwächte Armenien in der Türkei diskutiert wurden, sind viele Aserbajdschaner, die die türkische Rücksicht auf Rußland und den Westen nicht verstehen, nach der anfänglichen Euphorie von der Türkei desillusioniert. So hat sich die Meinung durchgesetzt, daß weder das Vertrauen auf die Hilfe der Türkei noch eine antirussische Haltung bei der Lösung des nationalen Hauptproblems weiterhelfen. Statt dessen erhofft man sich jetzt mehr von einer Verbesserung der Beziehungen zu Rußland, das seine bisherige Unterstützung Armeniens mit Blick auf die größere ökonomische Bedeutung Aserbajdschans korrigieren könnte.

In seiner ersten Rede als neuer Parlamentspräsident betonte Alijew, daß Aserbajdschan sich keinem regionalen Bündnis anschließen wolle. Daß hier auch wirtschaftliche, das heißt Erdölinter-

sen eine Rolle spielen, zeigt die Tatsache, daß Alijew die mit britischen sowie amerikanischen Firmen und mit der türkischen staatlichen Erdölgesellschaft vereinbarten Verträge über die Förderung aserbajdschanischen Öls neu aushandeln will. Rußland, das die aserbajdschanischen Erdölquellen 70 Jahre lang ausbeuten durfte, wurde bisher dabei übergangen. Die Verträge sollten im Juni 1993 endgültig abgeschlossen werden, was durch den Putsch und ihre unmittelbar darauf erfolgende Annulierung verhindert wurde⁸. Ein Rückgang der türkischen Einflußnahme zugunsten einer stärkeren Kooperation mit Rußland und Iran würde mit Aserbajdschan das wichtigste Glied in der amerikanisch-türkischen Strategie der Förderung der türkischen Interessen in den muslimischen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR verlieren.

Der Iran fürchtet nach wie vor die türkisch-aserbajdschanische Zusammenarbeit und die Entstehung einer nationalen Bewegung unter den 15 Millionen iranischen Aseris. Die von Eltschibey durch seine Wiedervereinigungsabsichten mit Südaserbajdschan (nordwestlicher Iran) angeheizten Spannungen kamen Armenien zugute, das seine traditionell guten Beziehungen zu Iran ausgebaut hat. Allerdings kann es wegen des religiösen Aspekts des Konflikts nicht bedingungslos mit iranischem Wohlwollen rechnen. Ein weiteres militärisches Vordringen der Armenier wird weder von den iranischen Aseris noch von den Islamisten hingenommen werden. Zwar wünscht sich Iran kein starkes Aserbajdschan, aber auch keinen aserbajdschanischen Flüchtlingsstrom nach Iran. Als Parlamentspräsident von Nachitschewan hatte Haidar Alijew – die früheren Kommunisten tendieren im allgemeinen mehr zu Iran als zur Türkei – gute Beziehungen zur Türkei gepflegt, aber auch stetig das Verhältnis zu Iran, dem größten Handelspartner Aserbajdschans, ausgebaut. Zwar bedeutet der Machtwechsel in Aserbajdschan eine deutliche Verringerung des türkischen Einflusses in ganz Zentralasien, doch wird auch die neue Führung nicht auf die starke Bindung zur Türkei verzichten. Alijew ist kein Interessenvertreter Moskaus, er wird anders als Eltschibey versuchen, zu allen drei Regionalmächten ausgewogene Beziehungen im Sinne der nationalen Interessen Aserbajdschans aufzubauen.

7 Der von der Türkei gewährte Kredit in Höhe von 250 Mio. US-Dollar ist an Investitionen und Projekte türkischer Unternehmen in Aserbajdschan gebunden. Da diese wegen des Krieges zurückgestellt wurden, gibt es nach Angaben des Vorsitzenden des Türkisch-Amerikanischen Unternehmervereins seit September 1992 praktisch keine türkische Investitionstätigkeit mehr in Aserbajdschan, in: Milliyet vom 1. 7. 1993.

8 Nach der Ablösung Eltschibey wurden die Rebellen durch Kräfte unterstützt, die die Ölverträge sabotieren wollten; vgl. Türkiye vom 8. 7. 1993. Auch über den Weg der vereinbarten Pipeline, die nach türkischen Vorstellungen zu einem späteren Zeitpunkt auch kasachisches Öl über Baku ans Mittelmeer transportieren sollte, wird wieder neu spekuliert. Gegen eine Verlegung der Pipeline an die russische Küste des Schwarzen Meeres spricht jedoch, daß die dortigen Häfen nicht geeignet sind; vgl. Nokta vom 4.–10. 7. 1993, S. 28.

VIII. Vermittlungsinitiativen und Perspektiven

Eine Verhandlungslösung des Konflikts müßte sowohl die territoriale Souveränität Aserbaidschans als auch die Minderheitenrechte der Armenier gewährleisten, ebenso die Minderheitenrechte der aus Karabach vertriebenen aserbaidshanischen Bevölkerung.

Sämtliche Vermittlungsversuche, von russischerkasachischer und iranischer Seite sowie von seiten der KSZE, sind bisher gescheitert. Als am 7. Mai 1992 unter iranischer Vermittlung ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, begann einen Tag später die armenische Offensive gegen Latschin. Auch die armenischen Eroberungen im März und April 1993 mit der Einnahme eines zweiten Korridors begannen nach der Ankündigung einer russisch-türkischen Vermittlungsinitiative. Die hierauf folgenden Friedensgespräche unter Beteiligung Rußlands, der USA und der Türkei wurden durch den Machtwechsel in Aserbaidshan Ende Juni gestoppt. Der dabei vereinbarte Rückzug der Armenier aus der eroberten Region von Kelbadschar erfolgte bisher nicht beziehungsweise wurde verzögert. Eine auf den letztgenannten Friedensgesprächen aufbauende neue Initiative der KSZE-Vorbereitungsgruppe für eine Friedenskonferenz in Minsk mußte unter dem Druck Ter-Petrosjans von der Führung Karabachs widerstrebend akzeptiert werden, trotzdem setzten die armenischen Kampfverbände ihre Eroberungsoffensive auf aserbaidshanischem Territorium fort. Die Vorschläge einer erneuten Vermittlungsinitiative der Minsker Gruppe der KSZE unter Beteiligung von elf Staaten wurden inzwischen von Aserbaidshan und Armenien anerkannt; auch die armenische Führung Karabachs hat unter internationalem und armenischem Druck zugestimmt, ihren Eroberungsfeldzug unter Ausnutzung der innenpolitischen Krise in Aserbaidshan aber bis auf weiteres fortgeführt, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern und eine Sicherheitszone um Karabach aufzubauen.

Die von der KSZE geplante Minsker Friedenskonferenz hat noch nicht stattfinden können. Grund des Scheiterns ist die Statusfrage, das heißt die Nichtanerkennung der Gleichberechtigung der armenischen Vertreter Karabachs als Verhandlungspartner, auf der die Armenier Karabachs bestehen. Vor einer eventuellen Rückgabe des „humanitären Korridors“ fordern sie dessen Siche-

rung durch internationale Friedenstruppen. Aserbaidshan ist zwar bereit, den Armeniern Karabachs kulturelle Autonomie zu gewährleisten, doch als einzigen Sicherheitsgaranten sehen diese momentan ihre militärischen Verbände. Angesichts der Realität des Krieges ist dies verständlich. Weder gibt es Aserbaidshanner auf von Armeniern kontrolliertem Gebiet noch umgekehrt. Sobald ein Ort erobert ist, wird die ansässige Bevölkerung ermordet oder vertrieben. Garantien würden die armenischen Karabacher nur von einer neutralen Seite akzeptieren. Eine militärische Trennung aber durch Friedenstruppen, welcher internationalen Organisationen auch immer, könnte den Krieg zwar einfrieren, aber keine Lösung bieten. Militärische Trennung wäre de facto unabhängig vom Status stets eine Loslösung Karabachs von Aserbaidshan, das den Konflikt als innere Angelegenheit betrachten möchte.

Auch der amerikanisch-türkische sogenannte Goble-Plan⁹, der durch Gebietsaustausch eine Verbindung zwischen Armenien und Berg Karabach sowie einen Korridor zwischen Nachitschewan und Aserbaidshan herstellen will, wird von allen Beteiligten abgelehnt. Von dieser Lösung würde nur die Türkei profitieren, die dadurch einen direkten Zugang zu Aserbaidshan und damit auch nach Zentralasien hätte. Rußland und Iran möchten diesen Zugang verhindern; Armenien wäre vom Iran abgeschnitten, Aserbaidshan würde einen Teil seines Staatsgebietes verlieren. Daß Eltschibey angeblich bereit gewesen sein soll, diesem Plan zuzustimmen, war mit ein Grund für seine Entmachtung. Der Machtwechsel zugunsten einer mit Rußland kooperierenden Regierung könnte die Lage insofern verändern, als Rußland Druck auf Armenien und Karabach ausüben könnte.

Der Druck des traditionell und gefühlsmäßig mit Armenien verbundenen Westens, dessen öffentliche Meinung früher hauptsächlich auf armenischen und russischen Informationsquellen fußte, auf Armenien ist stärker geworden. Für Aserbaidshan spricht vom westlichen Standpunkt aus, daß es in ökonomischer Hinsicht interessanter ist und daß es bisher dem türkischen und nicht dem iranischen Vorbild gefolgt war. Doch die nach Meinung der Aserbaidshanner nur halbherzige Verurteilung der armenischen Eroberungen und die fast ausschließliche Beschränkung französischer und amerikanischer Hilfsmaßnahmen auf Armenien und Georgien haben auch in Aserbaidshan die Auffassung von der Doppelmoral des Westens, die in der

9 So benannt nach dem Befürworter dieses Plans, dem amerikanischen Nahost-Spezialisten Paul Goble.

islamischen Welt nach dem Golfkrieg und den Ereignissen in Bosnien zum Allgemeingut geworden ist, bestärkt.

Wie bei einer eventuellen kulturellen oder beschränkten politischen Autonomie ein Zusammenleben beider Volksgruppen im durch den Krieg völlig zerstörten Berg Karabach angesichts ihres abgrundtiefen Hasses aussehen könnte, kann man

sich kaum vorstellen. Gelingt es den gegenwärtigen KSZE-Friedensbemühungen oder einem verstärkten Druck Rußlands auf beiden Seiten nicht, eine auf einem andauernden Waffenstillstand aufbauende Verhandlungslösung durchzusetzen, ist auch in Armenien ein Machtwechsel zugunsten der extremen Kräfte und eine damit verbundene weitere Eskalation des Krieges nicht auszuschließen.

Wolfgang Günter Lerch: Die Türkei als regionale „Großmacht“. Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38–39/93, S. 3–10

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor zwei Jahren sind unter anderem die turksprachigen Republiken des Kaukasus und Mittelasiens unabhängig geworden: Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kyrgystan. Fünfzig Millionen Muslime blicken auf die Türkische Republik und erwarten von ihr Hilfe. Wie Deutschland ist auch die Türkei von der politischen Entwicklung überrascht worden, da noch in den achtziger Jahren niemand mit diesem weltgeschichtlichen Umbruch gerechnet hatte.

Die Probleme der neuen Länder Mittelasiens sind vielfältig und komplex. Zunächst hat der Zusammenbruch der alten sowjetischen Strukturen zu krisenhaften Situationen der jeweiligen Volkswirtschaften geführt. Ankara, das seine Außenpolitik neu definieren muß, hat schon geholfen und will auch weiter helfen. Im Westen gilt die Türkei auch als Modell für die Entwicklung von säkularisierten islamischen Staaten. Doch als Schwellenland sind die ökonomischen Mittel der Türkei begrenzt. So scheinen Träume von einer türkischen Vormachtstellung im Kaukasus und Mittelasien schwerer zu verwirklichen zu sein, als viele geglaubt haben, zumal der Türkei in der Islamischen Republik Iran ein einflußreicher Konkurrent erwachsen ist.

Uwe Halbach: Islam und Nationalstaat in Zentralasien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38–39/93, S. 11–20

Der Beitrag geht der Frage nach, inwieweit die zentralasiatischen Völker unter den sowjetischen Bedingungen „nationaler Staatlichkeit“ zu Nationen und ihre ehemaligen Unionsrepubliken zu „Nationalstaaten“ geworden sind. Anders gefragt: Wie entscheidend sind Loyalitäten und Identifikationen unter- und oberhalb der „nationalen“ Ebene geblieben? Das Beispiel Tadschikistan zeigt die Relevanz dieser Fragestellungen. Welche Rolle spielt der Islam als ein transnationales Wertesystem in der Region, und welche Einflußmöglichkeit bietet er für äußere islamische Mächte wie den Iran? Welche Rolle spielen regionale und tribale Differenzierungen innerhalb ein und derselben „Nation“ wie der tadschikischen? Der Aufsatz beabsichtigt, einseitigen Interpretationen der komplizierten Entwicklungen in einem Land wie Tadschikistan und im übrigen Zentralasien wie z. B. der Reduktion kultureller Prozesse auf die „fundamentalistische Bedrohung“ entgegenzuwirken.

Friedemann Müller: Ökonomie und Ökologie in Zentralasien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38–39/93, S. 21–28

Die Wirtschaft Zentralasiens ist durch 70 Jahre sowjetischer zentralistischer Planwirtschaft und die davorliegenden Jahrzehnte russischer Kolonialherrschaft geprägt. Die Region wurde zum Lieferanten von Bodenschätzen wie Gold, Erze, Kohle, Erdgas und Baumwolle für die Sowjetunion. Die Infrastruktur ist entsprechend ausgerichtet. Es fehlt an verarbeitender Industrie und an ökonomischer Kooperation mit den Nachbarn. Die Ausbeutung der Wasserressourcen und die monokulturelle Nutzung der Böden führte zu einer dramatischen Verschlechterung der Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung.

Die ökologische Situation hat sich in mehrfacher Weise zugespitzt. Durch die Zerstörung des Wasserhaushalts im Einzugsgebiet des Aralsees wurde ein Teufelskreis aus Vergiftung der Böden durch den Einsatz von immer mehr Düngemitteln und Pestiziden, der Ausbreitung der mit Chemikalien durchsetzten Salzwüste und den dadurch verursachten Krankheiten sowie Armut und hohen Geburtenraten ausgelöst, wie er sich in kaum einer Region der Dritten Welt so exemplarisch entwickelt hat. Hinzu kommt eine nukleare Verseuchung weiter Landstriche durch Atomtests.

Eine Entwicklungspolitik muß in dieser Region gleichzeitig äußerst schwierige Prozesse in Gang setzen. Erstens muß ein Strukturwandel weg von der auf die Moskauer Zentrale ausgerichteten Produktion und Infrastruktur vollzogen werden. Dazu gehören der Aufbau einer verarbeitenden Industrie, der Abbau der Baumwollmonokultur sowie ein intensiverer wirtschaftlicher Austausch zwischen den fünf Staaten und der nahen Umgebung der Region. Zweitens müssen wenigstens die dringendsten Umweltschäden beseitigt werden. Drittens muß ein technologisch effizientes, ressourcensparendes und umweltschonendes Wirtschaftssystem entwickelt werden, das den freien und fairen Wettbewerb fördert. Dem stehen aber die derzeitigen Machtstrukturen in drei der fünf zentralasiatischen Staaten im Wege.

Abidin Bozdağ: Zentralasien zwischen Nationalbewegung und Autokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38–39/93, S. 29–37

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken verschärfte sich der Machtkampf zwischen alter Nomenklatura einerseits und demokratischer und islamischer Opposition andererseits. In Usbekistan und Tadschikistan gelang es der alten Machtelite, die Oppositionsbewegungen zu zerschlagen, während diese in Turkmenistan von Anfang an schwach entwickelt war. Kasachstan und Kirgistan werden von reformkommunistischen Eliten mit Hilfe ausgeprägter Präsidialsysteme regiert. Sowohl autokratisches System als auch die Nationalbewegung sind in den einzelnen Republiken keineswegs einheitlich ausgeprägt.

Die Entstehung der Nationalbewegungen und Oppositionsparteien Zentralasiens ist verbunden mit der Forderung nach Entkolonialisierung. Auf der ideologischen Grundlage von Nationalismus und Islam standen Demokratisierung, Menschenrechte und Ökologie im Mittelpunkt ihrer Programme. Zwar haben die oppositionellen Gruppen infolge ihrer Repression durch die autokratischen Führungen zur Zeit kaum eine Möglichkeit zur Entfaltung, doch ist die Fortsetzung der Unterdrückungspolitik der von Rußland gestützten zentralasiatischen Machthaber für die Zukunft keineswegs gewährleistet.

Rainer Freitag-Wirringhaus: Krisenherd Aserbaidschan: Der Krieg um Berg Karabach

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38–39/93, S. 38–46

Im aserbaidshanisch-armenischen Krieg um Berg Karabach stehen sich die Prinzipien der territorialen Integrität und der Selbstbestimmung gegenüber. Für Aserbaidschan ist der Krieg ein armenischer Eroberungskrieg, für Armenien einer zwischen Aserbaidschan und dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden Berg Karabach. Seit Ausbruch dieses Konfliktes vor fünf Jahren hat er sich zu einem offenen Krieg entwickelt, dessen Verlauf bis heute durch eine zunehmende militärische Überlegenheit der armenischen Kampfverbände gekennzeichnet ist.

Schon seit Anfang des Jahrhunderts ist Karabach Objekt des Streits zwischen beiden Volksgruppen. Für den armenischen Nationalismus ist es ein Symbol für die Bedrohung armenischer Siedlungsgebiete durch türkischen Vernichtungswillen, für den aserbaidshanischen Nationalismus Symbol für territoriale Souveränität; der Konflikt mit den Armeniern fungiert bei ihnen als Katalysator für die Entwicklung der nationalen Identität und der Errichtung eines Nationalstaates. Der durch die Entwicklung des Krieges hervorgerufene Machtwechsel in Aserbaidschan im Juni 1993 – Ablösung der nationaldemokratischen Volksfront zugunsten von Vertretern der alten Nomenklatura – leitete eine neue Phase der postsowjetischen Entwicklung ein. International bedeutet dies eine Verringerung des türkischen Einflusses in der Region zugunsten Rußlands und Irans. Dies kann sich in einer Modifizierung der bisherigen einseitigen Schutzmachtrollen (Türkei für Aserbaidschan, Rußland für Armenien) niederschlagen. Wenn jedoch die gegenwärtige KSZE-Vermittlungsinitiative ebenso scheitert wie alle bisherigen, ist eine weitere Eskalation zu erwarten.